

Aufgrund seiner Merkmals-tiefe ermöglicht der Zensus 2011 Untersuchungen zu speziellen Fragestellungen. Analysen zur Erwerbstitigkeit am 9. Mai 2011 in Berlin und Brandenburg zeigen, dass es strukturelle Unterschiede zwischen Personen, die überwiegend zu Hause arbeiten, und allen Erwerbstitigen gibt. Aber auch Unterschiede zwischen Stadtstaat und Flächenland sind erkennbar. S. 48

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**
9. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. BbgPG
Hartmut Bömermann
Redaktion
Nicole Dombrowski, Steffi Kuß,
Dr. Holger Leerhoff,
Anja Malchin, Dr. Thomas Troegel,
Ramona Voshage (Leitung)

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
TASTOMAT GmbH,
15345 Petershagen/Eggersdorf

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2015
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg blickt noch einmal auf die Landtagswahl 2014 in Brandenburg zurück. Weitere Themen sind Bildungsrisiken, das statistische Profil von Heimerwerbstätigen und neue Visualisierungsformen für die inhaltliche Erschließung statistischer Daten.

Thomas Lehmann befasst sich in seinem Beitrag „Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl 2014 in Brandenburg“ mit einer besonderen Form der amtlichen Wahlstatistik, die eine Auswertung der Wahlbeteiligung und der Parteipräferenzen nach Altersklassen und Geschlecht zulässt. Im Unterschied zu Nachwahlbefragungen, die am Wahltag von Wahlforschungsinstituten durchgeführt werden („Exit Poll“-Befragungen), liegt dieser Untersuchung

das tatsächliche Wahlverhalten in ausgewählten Wahllokalen zugrunde. Wegen der großen Fallzahl sind wesentlich detailliertere und belastbarere Ergebnisse – auch für kleine Parteien – möglich: In welchen Altersgruppen war die Wahlbeteiligung vergleichsweise hoch? Wie wählten die Jüngeren/die Älteren? Welche Partei spricht alle Altersgruppen gleichermaßen an? Wie haben die Wähler



Kurzberichte

- ▣ Präsentation der Tourismuszahlen 2014 **3**
- ▣ Mikrodaten im Statistischen Informationssystem Berlin-Brandenburg **4**
- ▣ DGD-Jahrestagung 2015 – Spektrum demografischer Forschung in Deutschland **7**
- ▣ Kommunales Bildungsmonitoring am Beispiel des Landkreises Barnim **8**

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▣ Veränderungen der Verdienststrukturerhebung als Datengrundlage für die Überprüfung und Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns **10**
- ▣ ISCED 2011 **14**
- ▣ ESSnet DARA – Pilotstudie eines dezentralen Zugangs zu europäischen Mikrodaten **16**

Neuerscheinungen

- ▣ „Kleine Statistiken“ für die Länder Berlin und Brandenburg **21**
- ▣ Dritter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder erschienen **59**

Statistik erklärt

- ▣ Armutsgefährdungsgrenzen **36**

Historisches

- ▣ Über Inhalt und Methode einer Berliner Schulstatistik Schulstatistik um 1870 – Teil 1 **60**

Fachbeiträge

Wahlen

- ▣ **Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl 2014 in Brandenburg** **22**
Thomas Lehmann

- ▣ **Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Landtagswahl im Land Brandenburg am 14. September 2014 – eine Aggregatdatenanalyse** **31**
Ricarda Nauenburg, Jörg Feilbach, Cathleen Faber

**Fachgespräch mit Landeswahlleiter Bruno Küpper
Nach der Wahl ist vor der Wahl** **34**

Bildung

- ▣ **Bildungskapital verringert Bildungsrisiken** **36**
Ulrike Rockmann, Klaus Rehkämper, Holger Leerhoff

Bevölkerung

- ▣ **Funktionale Darstellungen der Daten der Bevölkerungs- und Kommunalstatistik** **40**
Jörn Ehlert

Zensus

- ▣ **Wer arbeitet überwiegend zu Hause?** **48**
Verena Kutzki

rinnen und Wähler ihre Erst- und Zweitstimme aufgeteilt? Welches Profil hat „meine“ Partei? Hat das Geschlecht noch einen Einfluss auf das Wahlverhalten?

Einen anderen Zugang zu den Ergebnissen der Landtagswahl wählen Ricarda Nauenburg, Jörg Feilbach und Cathleen Faber. In ihrem Beitrag „Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Landtagswahl im Land Brandenburg am 14. September 2014 – eine Aggregatdatenanalyse“ werden die Ergebnisse der Wahl mit sozialdemografischen Indikatoren korrelativ in Beziehung gesetzt. Mit Hilfe dieser ökologischen Korrelationen kann ein Profil der Parteien und der Nichtwähler – über die sonst nur wenige Informationen verfügbar sind – erstellt und grafisch veranschaulicht werden.

Mit einem wichtigen Aspekt der Bildung befassen sich Prof. Dr. Ulrike Rockmann, Prof. Dr. Klaus Rehkämper und Dr. Holger Leerhoff im Beitrag „Bildungskapital verringert **Bildungsrisiken**“. Untersucht werden die Wirkungsbeziehungen zwischen sozialem und kulturellem Kapital für Bildungsverläufe und Risikolagen. Die Übersetzung theoretischer Konzepte in empirisch überprüfbare Hypothesen und die Wahl geeigneter Indikatoren ist eine nicht geringe Hürde, die dabei zu nehmen war. Die Ergebnisse der Untersuchung weisen auf eine nach wie vor bestehende Handlungsnotwendigkeit hin, damit scheiternden Bildungsverläufen gegengesteuert werden kann.

„Bilder sagen mehr als 1000 Worte“ heißt ein geflügeltes Wort, das die Verwendung von Grafiken in der Statistik begründen und befördern soll. Anders als die Mathematik, die als reine Wissenschaft erst spät die Visualisierung akzeptiert hat, arbeiten Statistiker schon lange mit grafischen Darstellungen. Zunächst, um Informationen für ein breiteres Publikum mit Hilfe von Kreis-, Säulen- und Liniendiagrammen leichter erfassbar zu machen, später zur Modelldiagnose und Mustererkennung. Jörn Ehlert stellt in seinem Beitrag „Funktionale Darstellungen der Daten der Bevölkerungs- und Kommunalstatistik“ neue Diagrammtypen vor, die nicht zum statistischen Standardrepertoire gehören, aber den Einblick in die Struktur der Daten erleichtern können. Die **Visualisierung** als Werkzeug bei der Erkennung von

Mustern in großen Datenseen, wie sie unter dem Stichwort Big Data als Aufgabe formuliert ist, wird die Entwicklungen in diesem Bereich in den nächsten Jahren deutlich intensivieren.

Die Daten des Zensus 2011 ermöglichen Untersuchungen zu speziellen Fragestellungen, für die sonst kaum ausreichend Daten zur Verfügung stehen. Verena Kutzki geht der Frage nach „Wer arbeitet überwiegend zu Hause?“. In die Abhängigkeitsbetrachtung der **Heimerwerbstätigen** können auf der Basis des Zensus 2011 eine Vielzahl von Merkmalen einbezogen werden, wie Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildung, Beruf, Haushaltstyp und Flächenland/Stadtstaat. Im Vergleich mit den Erwerbstätigen insgesamt werden die Unterschiede in den Merkmalsprofilen nachgewiesen.

Ich hoffe, dass der eine oder andere Beitrag Ihr Interesse findet.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Hartmut Böermann
verantwortlicher Redakteur

Kurzbericht

Präsentation der Tourismuszahlen 2014

von Astrid Langer

Am 18. Februar 2015 präsentierte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) im Rahmen einer Pressekonferenz des Regierenden Bürgermeisters und visitBerlin (Berlin Tourismus & Kongress GmbH) die neuesten Zahlen zum Berlin-Tourismus.

Auch 2014 verzeichnete Berlin mit 28,7 Mill. Übernachtungen einen Rekord. So stieg die Übernachtungszahl gegenüber dem Vorjahr um 6,5%. Die Besucherzahlen entwickelten sich ebenfalls positiv. Die Zahl der Gäste stieg auf 11,8 Mill. bzw. um 4,8%. Mit diesem Ergebnis wies der Tourismus in Berlin wie seit mehr als zehn Jahren eine günstigere Entwicklung als im Bundesdurchschnitt aus. Der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, konstatierte: „2014 war das bisher beste Tourismus- und Kongressjahr für Berlin. Die Hauptstadt zählt zu den am stärksten wachsenden internationalen Metropolen. Berlin hat sich unter den Top 3 der Reiseziele Europas fest etabliert.“

Die 4,5 Mill. ausländischen Gäste buchten 12,5 Mill. Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben der Stadt. Das entsprach einem Anstieg um 5,2% bzw. 8,1% im Vergleich zum Vorjahr. Mit 43,6% war ihr Anteil an allen Übernachtungen so hoch wie nie zuvor.

Wie bereits in den vergangenen Jahren kamen die meisten internationalen Gäste aus Großbritannien, den USA und Italien. Überdurchschnittliche Steigerungsraten wiesen aber auch Besucherinnen und Besucher aus Süd-Korea (44,5% mehr Gäste), Irland (+31,7%) und Portugal (+22,6%) auf. Das Ergebnis von 2014 unterstreicht die deutlich gewachsene Internationalität der Stadt. Im ersten Jahr 1992

der einheitlichen Tourismusstatistik für ganz Berlin hatte dieser Anteil noch 26,8% betragen.

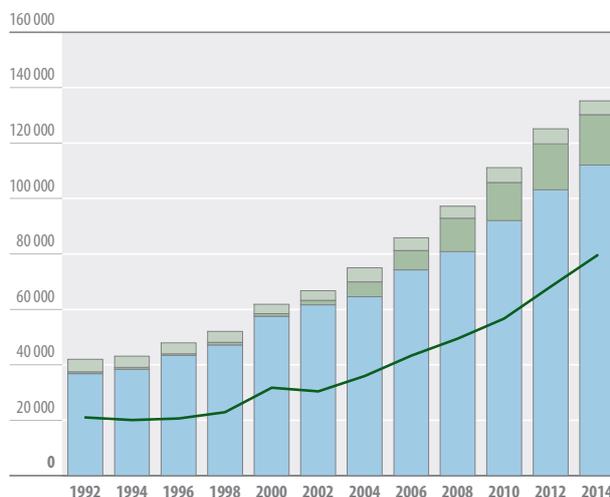
Insgesamt blieben die deutschen und internationalen Gäste durchschnittlich 2,4 Tage in der Stadt. Die Bettenauslastung stieg von 50,2% im Jahr 1992 auf 58,3% im Jahr 2014, wobei sich in diesem Zeitraum gleichzeitig das Bettenangebot verdreifacht und seit dem Jahr 2003 nahezu verdoppelt hat (siehe Abbildung a).

Astrid Langer ist Leiterin des Referats *Handel, Gastgewerbe, Tourismus, Außenhandel* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Weitere Daten zum Tourismus in den Ländern Berlin und Brandenburg sind abrufbar unter: www.statistik-berlin-brandenburg.de
Aktuelle Faltblätter können im Kapitel „Produkte“ heruntergeladen werden.



a | Bettenangebot und Bettenauslastung in den Beherbergungsstätten Berlins seit 1992 nach Betriebsarten



v. l.: Christian Tänzler (Pressesprecher visitBerlin), Burkhard Kieker (Geschäftsführer visitBerlin), Michael Müller (Regierender Bürgermeister von Berlin) und Astrid Langer (Referatsleiterin Handel, Gastgewerbe, Tourismus, Außenhandel; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg)



Kurzbericht

▣ Mikrodaten im Statistischen Informationssystem Berlin-Brandenburg

von **Katja Baum** und **Ramona Voshage**

Das Statistische Informationssystem Berlin-Brandenburg (StatIS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) ermöglicht einen kostenlosen und direkten Zugriff auf ausgewählte Mikrodaten im Internet. Diese können von Nutzer/-innen in Form von dynamischen Tabellen individuell zusammengestellt und ausgewertet werden. Dafür werden die Merkmale einer Statistik frei miteinander kombiniert, was ganz neue, eigenständige Auswertungsmöglichkeiten eröffnet. StatIS hebt sich damit von der traditionellen und weit verbreiteten Art der Veröffentlichung von statischen Tabellen ab.

In der Datenbank stehen Mikrodaten zu unterschiedlichen Sachgebieten – über Bevölkerung und öffentliche Sozialleistungen bis hin zum Zensus 2011 – für Berlin und Brandenburg zur eigenen Auswertung bereit. StatIS bietet die veröffentlichten Daten so kleinräumig wie möglich an, um das Analysepotenzial zu erhöhen. Aufgrund von Erhebungsdesign und von Geheimhaltungsaspekten können jedoch nicht alle Statistiken in derselben regionalen Tiefe dargestellt werden. Das Einwohnerregister in Berlin kann beispielsweise bis auf die kleinste räumliche

Einheit der Lebensweltlich orientierten Räume – die Planungsräume – ausgewertet werden. Im Gegensatz dazu werden die bisher in StatIS veröffentlichten Bildungsstatistiken (Berufsbildungsstatistik, Studentenstatistik) für Berlin und Brandenburg auf Landesebene angeboten.

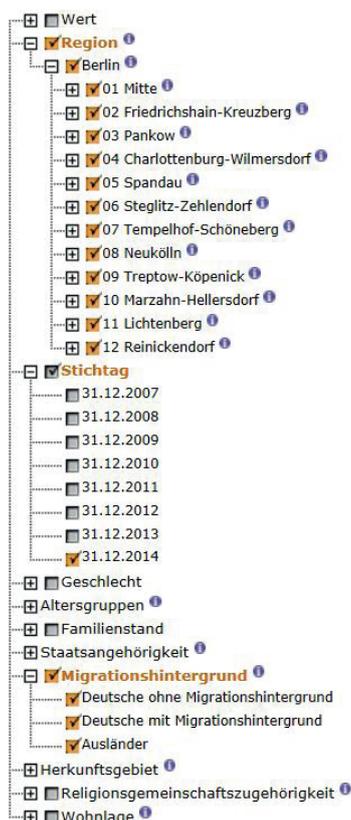
Ein weiteres Ziel von StatIS ist es, den Aufbau von Zeitreihen innerhalb einer Statistik zu vereinfachen. Daher sind für alle verfügbaren Statistiken mehrere Berichtsjahre in StatIS eingepflegt. Durch methodische Änderungen innerhalb einer Statistik können Merkmale oder Ausprägungen dieser nicht immer konsistent im Zeitverlauf dargestellt werden. Daher ist es nicht möglich, alle Statistiken für denselben Zeitraum in StatIS zur Verfügung zu stellen. Alle Statistiken werden jedoch immer um das aktuelle Berichtsjahr erweitert, sodass der aktuelle Rand jeder Statistik zur Auswertung bereitsteht.

Aufbau und Funktionsweise von StatIS

Für jede Statistik gibt es einen Merkmalsbaum, welcher die zur Verfügung stehenden Merkmale und deren Ausprägungen übersichtlich aufzeigt. StatIS-Nutzende können Merkmale und deren Ausprägungen durch wenige Klicks einer Tabelle hinzufügen oder sie entfernen. Mithilfe dieser flexiblen Merkmalsauswahl werden ganz gezielt die benötigten Informationen aus StatIS herausgearbeitet, die nicht in veröffentlichten Basisdaten (z. B. Statistischen Berichten) enthalten sind. Die Bedienfelder ermöglichen es den Nutzenden, die Position der Merkmale innerhalb der Tabelle selbst zu bestimmen.

Über die Exportfunktion können StatIS-Tabellen in gängige Dateiformate (z. B. Excel) umgewandelt werden. Somit ist eine effektive Weiterverarbeitung der Daten gewährleistet.

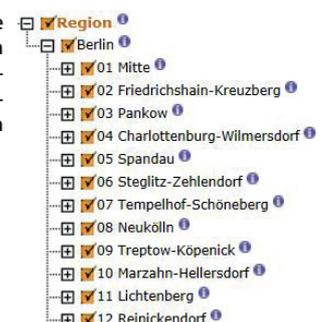
a | Merkmalsbaum des Einwohnerregisters



b | Bedienfelder von StatIS

Hinzufügen:	Reihe	Spalte	Schicht	Filter
Verbinden:	Reihe	Spalte	Schicht	
Name:	<input type="text"/>			Gruppe
<input checked="" type="checkbox"/> Auto	<input type="button" value="Übernehmen"/>			

c | Merkmalspezifische Info-i's (Merkmal Region und dessen Ausprägungen) beim Einwohnerregister Berlin



Neben der individuellen Datenrecherche bietet StatIS den weiteren Vorteil, Zeitreihen übersichtlich darzustellen. Zeitaufwändiges Zusammenstellen der Daten aus unterschiedlichen Jahresveröffentlichungen entfällt.

Eine kostenlose Registrierung als StatIS-Nutzer/-in bietet darüber hinaus die Möglichkeit, die erstellten Tabellen direkt in StatIS abzuspeichern und jederzeit wieder aufzurufen. Sie können so um weitere Variablen oder um das aktuelle Berichtsjahr erweitert werden.

Metadaten, also beschreibende Informationen zu der Statistik bzw. zu deren Merkmalen, werden in StatIS in Form von sogenannten Info-i's angeboten. Das globale Info-i enthält allgemeine Informationen der jeweiligen Statistik, z. B. die Erhebungsmethodik oder Hinweise zur erfolgten Geheimhaltung. Die merkmalspezifischen Info-i's sind an bestimmten Merkmalen bzw. an Ausprägungen dieser zu finden und geben nähere Erklärungen zu den Variablen bzw. Ausprägungen.

Geheimhaltung wird gewährleistet

Da es in StatIS keine Einschränkungen bezüglich der Merkmalsauswahl gibt, nimmt die Geheimhaltung eine zentrale Rolle ein. Die erstellten mehrdimensionalen Tabellen können fachlich und regional sehr tief gegliedert sein, was das Enthüllungsrisiko erhöht. Die dynamische Tabellierung der angebotenen Merkmale ist nur möglich, da die Mikrodaten vor deren Veröffentlichung in StatIS durch pre-tabulare Methoden anonymisiert werden. Je nach Statistik werden dabei verschiedene Geheimhaltungsmethoden angewendet: Während die Daten des Einwohnerregisters oder die des Zensus 2011 (Gießing et al. 2014) mit dem datenverändernden Verfahren SAFE geheim gehalten werden, erfolgt die Anonymisierung in anderen Statistiken z. B. durch Vergrößerungen (Höhne 2010). Dieses Vorgehen verhindert die eindeutige Identifikation von Personen oder Betrieben bzw. Unternehmen.

In manchen Fällen muss, um eine Re-Identifikation von Merkmalsträgern zu verhindern, auf die Veröffentlichung bestimmter Merkmale verzichtet werden. Demnach ist auch bei StatIS der Zusam-

menhang zwischen einer starken Anonymisierung und einer damit einhergehenden Verringerung des Informationspotenzials zu beobachten (Bömermann u. Lohauß 2012). Durch die pre-tabulare Geheimhaltung der Mikrodaten ist eine aufwändige Geheimhaltungsprüfung nach der Erstellung der Tabelle (post-tabular) nicht mehr notwendig.

StatIS als bedeutsame Informationsquelle für unterschiedliche Nutzergruppen

Generell können bei der Nutzung von amtlichen Daten mindestens vier Nutzergruppen unterschieden werden (Bömermann u. Lohauß 2012):

- Bürger/-innen als breite Öffentlichkeit,
- Expertennutzer/-innen,
- Open Data und
- wissenschaftliche Forschung.

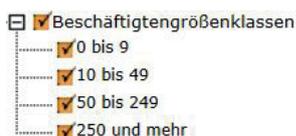
Der Service von StatIS richtet sich vor allem an die ersten beiden Nutzergruppen. Daten des AfS werden für die Öffentlichkeit klassischerweise in Form von statischen Tabellen mit einem festgelegten Informationsgehalt angeboten. Um tiefergehende regionale oder fachliche Informationen zu erhalten, können diese Tabellen in StatIS zusätzlich um neue Merkmale bzw. weitere Berichtsjahre oder andere regionale Ebenen erweitert werden.

Gleichzeitig ist StatIS an Expertennutzer/-innen gerichtet, die beispielsweise bisher Sonderauswertungen beim AfS in Auftrag gegeben haben. Diese nutzerspezifischen, komplexen Abfragen können die Nutzer/-innen nun selbst mit StatIS erstellen. Bei dieser Art der Verwendung wird jedoch statistikspezifisches Wissen der Expertennutzer/-innen vorausgesetzt, damit eine korrekte Datenabfrage zusammengestellt werden kann.

Beständiger Ausbau von StatIS

Der Ausbau von StatIS wird derzeit durch zwei Maßnahmen vorangetrieben: Die bereits veröffentlichten Statistiken werden regelmäßig um neue Berichtsjahre erweitert und neue Statistiken werden in StatIS eingepflegt. Um eine neue Statistik in StatIS einzubringen, sind zahlreiche Schritte notwendig: von der Datenaufbereitung über die Wahl geeigneter Geheimhaltungsverfahren bis hin zu letzten Korrekturen in den Info-i's und im Merkmalsbaum. Dieser Prozess ist zeitintensiv aber notwendig, um die hohe Qualität und die Nutzerfreundlichkeit zu gewährleisten. In Zukunft sollen nicht nur die Datenbestände in StatIS aktualisiert und erweitert werden. Es wird außerdem angestrebt, die Bedienungsfreundlichkeit des Systems weiter zu erhöhen. Grundlage dieser Verbesserungen sind Anregungen und Hinweise, die beispielsweise auf Nutzerschulungen gegeben wurden.

d | Vergrößerung des Merkmals Anzahl der Beschäftigten zu Beschäftigtengrößenklassen (Unternehmensregister – Unternehmen)



StatIS-Schulungen lehren sicheren Umgang bei Datenbankabfragen

Hilfe für den Umgang mit StatIS bieten zum einen die Hilfsdateien, die in Wort und Bild die Bedienung von StatIS erläutern. Sie sind auf der StatIS-Homepage des AfS abrufbar.

Darüber hinaus gibt es Schulungen für Mitarbeiter/-innen der Berliner Senatsverwaltungen, die mit Hilfe von StatIS Datenabfragen zu spezifischen Themen erstellen. Mit dem Jahr 2015 wurden die bisherigen Schulungsangebote um Veranstaltungen an der Verwaltungsakademie (VAk) Berlin ergänzt. Die ersten Schulungen in diesem Rahmen fanden am 26. Februar 2015 und am 3. März 2015 in den Schulungsräumen der VAk Berlin in der Turmstraße 86 statt. Teilnehmer/-innen aus Berliner Bezirksämtern, Brandenburger Landkreisen und anderen Institutionen und Einrichtungen im Raum Brandenburg und Berlin nutzten innerhalb der ersten Schulungen die Möglichkeit, die StatIS-Datenbank mit ihren vielfältigen Abfragemöglichkeiten näher kennenzulernen.

Katja Baum ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Ramona Voshage leitet das Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Im Internetangebot des AfS unter www.statistik-berlin-brandenburg.de/datenbank/inhalt-datenbank.asp finden StatIS-Interessierte detaillierte Informationen zu der Datenbank. Bei entsprechendem Schulungsbedarf wird auch für das Jahr 2016 eine Kooperation mit der VAk Berlin angestrebt.

Literatur:

- Bömermann, Hartmut; Lohauß, Peter (2012): Die amtliche Statistik in digitalen Informationsdiensten. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, 4/2012, S. 28-30.
- Gießing, Sarah; Heinzl, Felix; Kleber, Birgit; Wilke, Achim (2014): Geheimhaltung beim Zensus 2011. In: Wirtschaft und Statistik, November 2014, S. 641-647.
- Höhne, Jörg (2010): Verfahren zur Anonymisierung von Einzeldaten. In: Statistik und Wissenschaft, Band 16, 2010.

Kurzbericht

▮ DGD-Jahrestagung 2015 – Spektrum demografischer Forschung in Deutschland

von **Jörn Ehlert** und **Lars Wagenknecht**

Auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) fand vom 16. bis 18. März 2015 die jährliche Konferenz der überwiegend deutschsprachigen Gemeinschaft der Demografen und Demografieinteressierten im Berliner Ernst-Reuther-Haus statt. Gemäß dem diesjährigen Titel der Veranstaltung bekamen im Wesentlichen alle im Bereich der Demografie forschenden Institutionen des Landes und einzelne Vertreter aus dem Ausland die Möglichkeit, interessante Beiträge aus ihrer aktuellen Arbeit in eigenen Sessions zu präsentieren. Eröffnet wurde die Konferenz durch den ehemaligen Bundesminister Franz Müntefering, der mit seiner Aussage „Eigentlich wissen wir alles, warten wir mal ab“ die Diskrepanz zwischen Kenntnis und Gestaltungswille des demografischen Wandels auf politischer Ebene kritisierte.

Aus Sicht der amtlichen Statistik von besonderem Interesse war die Vorstellung der Effekte der Zensus-Korrektur bei der Berechnung demografischer Verhaltensparameter, wie der Fertilitätsrate oder der Lebenserwartung. Das Statistische Bundesamt zeigte in seiner Session, dass die zusammengefasste Fertilitätsrate (TFR) in Deutschland aufgrund der Korrekturen bei den Bevölkerungszahlen von 1,36 auf 1,39 leicht angestiegen ist. Der Effekt geht auf die um 1,9 % geschrumpfte Zahl der Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren zurück. Da die Korrektur nach unten bei den ausländischen Frauen dieser Altersgruppe besonders deutlich ausfiel, stieg die TFR dieser Gruppe entsprechend stark von 1,58 auf 1,84. Aufgrund der Relevanz dieser Unterschiede ist eine Rückrechnung der Kennziffern auf die Jahre vor dem Zensus 2011 geplant. Die Lebenserwartung bei der Geburt wiederum hat sich durch die Bevölkerungskorrektur um gut ein halbes Jahr verringert. Wegen der stärkeren Korrektur bei der männlichen Bevölkerung ist die Differenz bei der Lebenserwartung von Männern und Frauen sogar noch größer geworden. Da derlei Veränderungen ältere, auf Bevölkerungszahlen beruhende, Prognosen in Frage stellen, gab das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in seiner Session Auskunft über die Erstellung einer neuen Raumordnungsprognose und der darauf folgenden Wohnungsmarktprognose für das Jahr 2035.

Dem Thema Prognosen widmete sich auch der Arbeitskreis Methoden des DGD. Dabei wurde u. a. das Internet-Rechenprogramm „Kommunale Wohnungsnachfrageprognose“ des Leibniz-Instituts für Ökologische Raumentwicklung (IÖR) vorgestellt. Das Angebot mit integrierter Bevölkerungsprognose

sich richtet insbesondere an kleinere Kommunen ohne eigene Statistikstellen. In einem Projekt des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) wurde der Versuch unternommen, die Ursachen des Fertilitätsrückgangs der vergangenen Jahrzehnte zu quantifizieren. Im Ergebnis zeigte sich, dass der Rückgang kinderreicher Familien (mehr als zwei Kinder) mit 67 % einen wesentlich gewichtigeren Faktor darstellt als die Zunahme der Kinderlosigkeit (27 %). Den visuellen Höhepunkt der Konferenz markierte die Präsentation sämtlicher globaler Migrationsströme in einem sogenannten „circular plot“ durch das Vienna Institute of Demography (VID). Derartigen Datenvisualisierungen, insbesondere in interaktiver Form, wurde ein noch längst nicht ausgeschöpft, hohes Potenzial zur Überwindung der Wissenslücke zwischen Forschung und Gesellschaft zugeschrieben. Für diese Darstellung statistischer Daten erhielt das Institut einen internationalen Designpreis.

Das Spektrum der weiteren Themen war sehr vielseitig. Es reichte von regionalen Unterschieden bei der Gesundheit und sozialen Integration im Alter über Abhängigkeiten des Geburtenverhaltens vom Bildungsstand oder vom regional unterschiedlichen Sozialmilieu bis hin zu Familienleitbildern in Deutschland (BiB) sowie einer Reihe von Beiträgen zum Thema Migration. Ausgewählte Präsentationen können unter www.demographie-online.de/index.php?id=218 heruntergeladen werden.

Zu den Aufgaben der amtlichen Statistik gehört es, sich mit der Erstellung von Bevölkerungsprognosen, der Berechnung demografischer Kennziffern, der Ermittlung von Migrationsbewegungen und den Veränderungen, die sich aus dem Zensus 2011 ergeben, zu beschäftigen. Die diesjährige Jahrestagung der DGD bot mehrere thematische Schnittstellen zu relevanten Fragestellungen, die auch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg betreffen.

Jörn Ehlert ist Referent für *Bevölkerungs-, Kommunal- und Regionalstatistik* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Lars Wagenknecht ist im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg im Bereich Datenaufbereitung tätig.

Kurzbericht

▣ Kommunales Bildungsmonitoring am Beispiel des Landkreises Barnim

von **Stephan Wache**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“¹ (LvO), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), wurden zwischen September 2009 und August 2014 bundesweit 35 Kreise und kreisfreie Städte dabei unterstützt, ein datengestütztes kommunales Bildungsmanagement aufzubauen. Das „datenbasierte“ Element hierbei bezieht sich auf die Implementierung eines kommunalen Bildungsmonitorings. Dadurch gelingt es deutlich besser, Informationen über das Bildungswesen zu gewinnen, zu objektivieren und nicht zuletzt zu verknüpfen, um auch die Bildungsübergänge und wichtige Zusammenhänge in Bildungsbiografien in den Fokus von Bildungsplanung und -politik zu nehmen. Das ist ein wichtiger Schritt für die Stadt- und Kreisverwaltungen, um Verantwortung für Bildungs- und Lernerfolg ihrer Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines lebenslangen Lernens zu übernehmen und ein nachhaltiges Bildungsmanagement zu entwickeln.

Aufgrund der verbesserten Informationslage und einer größeren Transparenz (beispielsweise durch regelmäßige Bildungsberichte) werden Bildungsakteure sowie Bürgerinnen und Bürger stärker dazu befähigt, sich an öffentlichen Diskussionen über die Ziele, die Ausrichtung des Bildungswesens und wichtige bildungsrelevante Entscheidungen in der Kommune zu beteiligen. Verantwortungsträger in Verwaltung und Politik können aus einer besseren Informationslage heraus Strategien entwickeln und entscheiden.

Wichtigster Partner und Hauptdatenquelle zur Etablierung des Monitorings in den Verwaltungen war und ist die amtliche Statistik. Sie gewährleistet eine hohe Qualität, Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten. Die Statistischen Landesämter sowie das Statistische Bundesamt spielen eine wichtige Rolle nicht nur als Bereitsteller der Daten, sondern auch durch Expertise bei inhaltlichen Fragestellungen und durch die Entwicklung und Pflege des „Anwendungsleitfadens zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“². Dieser beschreibt das zur Verfügung stehende Datenangebot in Form von Kennziffern und bietet wichtige Orientierung zur Entwicklung von Indikatoren, zu Anforderungen an ein kommunales Bildungsmonitoring und zum Indikatorenmodell im Sinne eines lebenslangen

Lernens. Ein großer Teil des Datenbestandes ist auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte kostenlos online verfügbar.³

Im Land Brandenburg nahmen die Landkreise Barnim und Elbe-Elster an diesem Programm teil und entwickelten seit Ende 2009 ein auf die regionalen Ziele, Schwerpunkte und Problemstellungen abgestimmtes kommunales Bildungsmonitoring. Diese individuelle Komponente der spezifischen Ausgestaltung ist gewissermaßen Stärke und Notwendigkeit zugleich, um die Akzeptanz und den Wirkungsgrad dieser aus kommunaler Sicht zusätzlichen Aufgabe hochwertig zu gewährleisten.

Am 25. Juni vergangenen Jahres hatten die zuständigen Mitarbeiter aus den Landkreisen Barnim und Elbe-Elster im Rahmen des Statistischen Kolloquiums des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg die Gelegenheit, den Arbeitsstand des Bildungsmonitorings und die inzwischen veröffentlichten Bildungsberichte für die Landkreise Barnim (2013)⁴ und Elbe-Elster (2012)⁵ vorzustellen. Anhand der Präsentationen waren auch hier die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen gut erkennbar.

Das Bildungsmonitoring für den Landkreis Barnim steht unter anderem vor der Herausforderung, die regionale Differenzierung innerhalb des Landkreises abzubilden. Insbesondere zwischen dem Berliner Umland und dem weiteren Metropolenraum, aber auch zwischen den Städten Eberswalde und Bernau mit jeweils etwa 40 000 Einwohnern und den Regionen um diese Städte herum bestehen erhebliche soziale, wirtschaftliche und demografische Unterschiede, die auch auf das Bildungsangebot, die Bildungsbeteiligung und die Bildungserträge Auswirkungen haben. Dementsprechend muss das kommunale Bildungsmanagement in der Lage sein, unterschiedliche Voraussetzungen zu berücksichtigen und differenzierte Handlungsstränge zu entwickeln.

Anspruch im Landkreis Barnim ist also eine möglichst hohe Differenzierung räumlicher und thematischer Art. Der dafür notwendige Datenbedarf überstieg dabei den im Rahmen des Bundesprogramms LvO verabredeten „Lieferumfang“. Im Zuge der Datenanfragen entwickelte sich eine intensive Kooperation mit dem Referat *Bildungsanalysen* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, die über den

1 <http://www.lernen-vor-ort.info/> (letzter Zugriff 04.02.2015)

2 <https://www.bildungsmonitoring.de/bildung/misc/Anwendungsleitfaden.pdf> (letzter Zugriff 06.02.2015)

3 <https://www.bildungsmonitoring.de/bildung/online/logon> (letzter Zugriff 04.02.2015)

4 http://www.bib-barnim.de/fileadmin/daten/daten/2013_11_18_Bildungsbericht_Endfassung_9MB.pdf (letzter Zugriff 06.02.2015)

5 http://www.lkee.de/media/custom/2112_1231_1.PDF?1355399692 (letzter Zugriff 06.02.2015)

Aspekt der detaillierten Datenakquise hinausging: Zum Beispiel wurden die veröffentlichten Informationen vorab auf Aspekte der Geheimhaltung und geeignete Quellenangaben geprüft. Auch Hinweise aus der Entwicklung der Bildungsberichte für Berlin und Brandenburg stellten eine wertvolle Unterstützung dar.

Beide Landkreise, Barnim und Elbe-Elster, führen im Rahmen ihres Bildungsmanagements das Monitoring mit personellen Ressourcen über den Zeitraum der Projektförderung hinaus fort, sodass

man von einer erfolgreichen Implementierung in die Verwaltungsstrukturen und -aktivitäten sprechen kann. Zudem fördert das BMBF seit September 2014 sogenannte *Transferagenturen für kommunales Bildungsmanagement*⁶. Diese sollen alle Kreise und kreisfreien Städte dabei unterstützen und motivieren, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement zu entwickeln.

Für das Land Brandenburg wird die Transferagentur Nord-Ost in gemeinsamer Trägerschaft der kobra.net GmbH und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) diese Aufgabe übernehmen, für die Bundeshauptstadt Berlin ist die Transferagentur für Großstädte unter dem Dach der DKJS verantwortlich.

⁶ <http://www.transferagenturen.de/> (letzter Zugriff 06.02.2015)



Stephan Wache, Diplom-Soziologe, war von 2009 bis 2014 Sachbearbeiter für das Bildungsmonitoring im Landkreis Barnim. Inzwischen ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Transferagentur Nord-Ost (Regionalbüro Land Brandenburg) bei der kobra.net GmbH.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

Veränderungen der Verdienststrukturerhebung als Datengrundlage für die Überprüfung und Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns

von **Elke Zimmer**

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD kamen die Koalitionspartner überein, zum 1. Januar 2015 einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 EUR brutto pro Zeitstunde für das gesamte Bundesgebiet gesetzlich einzuführen. Mit dem danach auf den Weg gebrachten und verabschiedeten Mindestlohngesetz wurde der Weg für einen gesetzlichen Mindestlohn frei gemacht. Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland nun ein Mindestlohn von 8,50 EUR. Bundesweit werden rund 3,7 Mill. Beschäftigte im Niedriglohnssektor von dieser Neuregelung profitieren. Der gesetzliche Mindestlohn setzt eine feste Grenze, die in Zukunft nicht mehr unterschritten werden darf. In den ersten beiden Jahren kann in einzelnen Branchen über Tarifverträge davon abgewichen werden. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn von 8,50 EUR dann ohne Ausnahme. Die Höhe des Mindestlohnes wird von einer dafür eingerichteten Kommission der Tarifpartner (Mindestlohnkommission) regelmäßig überprüft. Erstmals im Jahr 2016 werden Gewerkschaften und Arbeitgeber in der Kommission darüber beraten, wie hoch der Mindestlohn ab dem 1. Januar 2017 sein wird. Die Kommission orientiert sich bei der Festsetzung des Mindestlohns an der Tarifentwicklung in Deutschland, die auf der Grundlage der Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung (VSE) gemessen werden soll. Das Gesetz sieht ab 2017 alle zwei Jahre eine Anpassung des Mindestlohns vor. Damit die VSE als Datengrundlage dafür herangezogen werden kann, bedarf es aber zwingend fachlich-methodischer und rechtlicher Änderungen, über welche in diesem Beitrag informiert werden soll.

Vorbemerkungen

Die VSE ist die zentrale Datenquelle für Informationen über die Zusammensetzung und die Verteilung der Verdienste der abhängig Beschäftigten sowie über Unterschiede der Verdienstsituation von Gruppen abhängig Beschäftigter. In dieser werden individuelle Einzelangaben über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fast aller Branchen erhoben.

In der Bundesrepublik Deutschland werden seit dem Berichtsjahr 1951 Erhebungen zu den individuellen Verdiensten von Beschäftigten durchgeführt. Beginnend mit Berichtsjahr 1966 erfolgen die Erhebungen nach einheitlichen Standards in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf Grundlage von Ratsverordnungen. Die Erhebungen sollen den Bedarf der Europäischen

Union (EU) an vergleichbaren Daten über die Zusammensetzung der Verdienste und die Verteilung der Arbeitnehmerschaft nach der Verdiensthöhe decken. Von besonderem Interesse sind dabei die Zusammenhänge zwischen den Verdiensten und den individuellen Merkmalen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (insbesondere Alter, Geschlecht, berufliche Qualifikationen, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit) sowie der Anteil von Beschäftigten mit besonders niedrigen Verdiensten (Niedriglohnanteil). Für diese Fragen ist die VSE eine der reichhaltigsten und zuverlässigsten Datenquellen und wird auch in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung intensiv genutzt.

Damit die Ergebnisse belastbar sind, werden die Angaben bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern mit gesetzlicher Auskunftspflicht erhoben. Der Fragebogen der VSE zählt zu den aufwändigsten amtlichen Unternehmensbefragungen. Um zur Entlastung der Wirtschaft beizutragen, werden die Erhebungen bisher nur alle vier Jahre als Stichprobe sowie nur bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern mit zehn bzw. mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durchgeführt.

Früher wurde die Erhebung eher unregelmäßig durchgeführt. Berichtsjahre waren 1951, 1957, 1962, 1966, 1972, 1978, 1990 (nur früheres Bundesgebiet), 1992 (nur neue Bundesländer und Berlin-Ost), 1995, 2001 und 2006. Mit Inkrafttreten des neuen Verdienststatistikgesetzes vom 21. Dezember 2006 hat sich der Zyklus für die Durchführung der VSE verkürzt. Seit 2006 finden die Erhebungen im festen vierjährigen Turnus statt. Nach der Erhebung für das Jahr 2014 soll die VSE – ausgehend von der alle zwei Jahre vorzunehmenden Überprüfung der Verdienstentwicklung durch die Mindestlohnkommission – alle zwei Jahre erfolgen.

Anfangs wurden nur ausgewählte Branchen, vor allem im Produzierenden Gewerbe, mit der VSE erfasst. Später kamen zunehmend Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs hinzu. Seit der Erhebung für das Berichtsjahr 2006 werden das Produzierende Gewerbe und fast der gesamte Dienstleistungsbereich erfasst, auch große Teile des öffentlichen Dienstes, für den an Stelle einer eigenen Befragung die Daten der Personalstandstatistik verwendet werden. Nicht einbezogen werden die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und private Haushalte, die Haushaltspersonal beschäftigen. Für alle einbezogenen Wirtschaftszweige werden die Daten zumindest in der Tiefe der Abschnitte der

Wirtschaftszweigklassifikation 2008, nach dem Bundesland und der Größenklasse des Unternehmens aufgliedert, veröffentlicht.

Für die Überprüfung und Anpassung des Mindestlohns sind der Mindestlohnkommission valide empirische Daten bereitzustellen, die Anhaltspunkte über die Wirkung des Mindestlohns geben. Da der Gesetzgeber davon ausging, dass die Mindestlohnkommission dabei Aufgaben wahrzunehmen hat, die über eine „mechanische“ Anpassung der Höhe des Mindestlohns weit hinausgehen, wurden die hierfür notwendigen Datengrundlagen mit den an der Evaluation der vor der Mindestlohneinführung vorhandenen Branchenmindestlöhne beteiligten Forscherinnen und Forschern erörtert. Insbesondere wurde dabei deutlich, dass Angaben zu Bruttostundenlöhnen je Beschäftigten unabdingbar sind. Da empirische Daten zu Stundenverdiensten kurzfristig – ohne den Aufbau einer neuen Berichterstattung – nur aus der VSE repräsentativ gewonnen werden können, sofern bestehende Defizite abgebaut werden, ist es naheliegend und kostengünstig, zur Befriedigung des Datenbedarfs eine bestehende Erhebung heranzuziehen und umzubauen. Beginnend mit der ohnehin anstehenden Erhebung für das Berichtsjahr 2014 wurde daher die VSE als Datengrundlage für die Überprüfung und Anpassung des Mindestlohns vorgesehen.

Notwendigkeit der Änderungen für die VSE

Die VSE basiert auf einer repräsentativen Befragung von Betrieben, bei der – wie zuvor beschrieben – fast alle Wirtschaftszweige abgedeckt werden. Die Nichteinbeziehung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei und vor allem der Verzicht auf die Befragung kleiner Betriebe mit weniger als zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führt aber zu einer grundsätzlichen Einschränkung bei der Interpretation der Ergebnisse, da man davon ausgehen muss, dass damit Betriebe mit untypischen Verdienststrukturen außer Betracht bleiben.

Vom Gesetzgeber war bisher die Befragung von deutschlandweit maximal 34 000 Betrieben vorgegeben, wobei die Stichprobe über ein zweistufiges Auswahlverfahren zu realisieren ist. In der ersten Stufe werden die Betriebe im Rahmen einer nach Bundesländern, Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen geschichteten Zufallsauswahl bestimmt. In der zweiten Stufe erfolgt die Auswahl der einzubeziehenden Beschäftigten nach je Beschäftigtengrößenklasse fest vorgegebenen Auswahlätzen. Während Betriebe mit weniger als zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für jeden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Angaben melden müssen, genügt es bei Betrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten, nur jede 40. Arbeitnehmerin bzw. jeden 40. Arbeitnehmer zu melden. In den Beschäftigtengrößenklassen dazwischen sinkt der Auswahlatz mit wachsender Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Statistik umfasst zwei Erhebungszeiträume, das Berichtsjahr und einen repräsentativen Erhebungsmonat (bisher Oktober). Die Mehrzahl der

Erhebungsmerkmale bezieht sich auf den Erhebungsmonat. Zum einen werden diese mittels eines Betriebsfragebogens – Merkmale des Betriebes, wie Zahl der Beschäftigten, Wirtschaftszweig, angewandte Verdienstregelung (Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder freie Vereinbarung), betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit – und zum anderen mittels eines Arbeitnehmerbogens – Merkmale der einzelnen Beschäftigten, wie Vergütungs- oder Leistungsgruppe, Geschlecht, Geburtsjahr, Datum des Beschäftigungsbeginns, ausgeübter Beruf, Bildungsabschluss, Arbeitszeit, bezahlte Arbeits- und Überstunden, Bruttomonats- und -jahresverdienst untergliedert nach Verdienstbestandteilen, Urlaubsanspruch – erfragt.

Die nach diesem Konzept bis 2010 durchgeführte VSE kam den Anforderungen der Mindestlohnkommission zwar sehr nahe, war aber in einigen wesentlichen Punkten zu ertüchtigen. Insbesondere hinsichtlich der Abschneidegrenze, der Ausklammerung von Wirtschaftszweigen und ihrer vierjährigen Periodizität bestand Änderungsbedarf, und zwar dahingehend, dass sie

- den Bedarf der Mindestlohnkommission zuverlässig und nachhaltig erfüllt,
- den internationalen statistischen Verpflichtungen der Bundesrepublik nachkommt,
- der Belastung der Wirtschaft mit Berichtspflichten Rechnung trägt und
- die Kosten der Verwaltung niedrig hält.

Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, bedarf es einer Reihe fachlich-methodischer und rechtlicher Änderungen.

Fachlich-methodische Änderungen im Rahmen der VSE

Bezogen auf die Mindestlohndiskussion liegt der Interessenschwerpunkt auf dem Bruttomonatsverdienst und den Angaben zur Arbeitszeit. Aus diesen Angaben lässt sich der Bruttostundenverdienst ermitteln. Wichtig in der Diskussion um den Mindestlohn ist auch die Branchenzugehörigkeit der zu befragenden Betriebe. In einigen Branchen sind Mindestlöhne von den Tarifvertragsparteien bereits vor Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns vereinbart worden.

Der Datenbedarf der Mindestlohnkommission lässt sich in zwei Teile aufsplitten:

1. Messung der Verteilung der Beschäftigungsverhältnisse nach Bruttostundenverdienst vor Einführung des Mindestlohnes zum 1. Januar 2015 (sogenannte Nullpunktmessung),
2. Messung der Verteilung der Beschäftigungsverhältnisse nach Bruttostundenverdienst nach Einführung des Mindestlohns.

Für den Teil 1 wird die ohnehin für das Berichtsjahr 2014 anstehende VSE genutzt. Da die Vorarbeiten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für diese Erhebung zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens zur Einführung des Mindestlohnes und der Mindestlohnkommission bereits weit gediehen waren, waren für die VSE 2014 nur noch geringe Änderungen am Erhebungskonzept mög-

lich. Zur Befriedigung des Datenbedarfs für Teil 1 unbedingt erforderlich waren die

- Aufnahme des Abschnitts A der Wirtschaftszweigsystematik 2008 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ in den Berichtskreis,
- Anhebung des Stichprobenumfangs zwecks Abdeckung von Kleinstbetrieben von bisher 34 000 auf 60 000,
- Halbierung der Zahl der Beschäftigten, für die ein Betrieb melden muss, um so die zusätzlichen Kosten der Statistischen Ämter und der Wirtschaft für die nahezu Verdopplung des Stichprobenumfangs teilweise zu kompensieren,
- Herabsetzung der sogenannten Abschneidegrenze von zehn auf einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten,
- Vorziehung des bisherigen Berichtsmonat Oktober des Erhebungsjahres auf den Berichtsmonat April 2014, sodass etwaige vorgezogene Anpassungsreaktionen des Arbeitsmarkts die statistischen Ergebnisse nicht beeinträchtigen, wobei die Feldarbeit in den Statistischen Landesämtern wie in den Vorjahren Anfang November 2014 beginnt und bis Anfang 2016 dauert,
- Explizite Aufnahme der Tarifbindung als Erhebungsmerkmal, da der Sachverhalt bislang als Merkmalsausprägung erhoben wurde und
- Erhebung der Versicherungsnummer der gesetzlichen Rentenversicherung als Hilfsmerkmal, um die zukünftige Verwendung von Verwaltungsdaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zum Zwecke der Entlastung der Wirtschaft und der Statistischen Ämter testen zu können.

Für den Teil 2 müsste die VSE entsprechend den politischen Anforderungen des Gesetzgebers umgebaut und in den Berichtsjahren nach 2014 in neuer Form durchgeführt werden, wobei die für Teil 1 bei der VSE 2014 bereits eingeführten Änderungen in den nachfolgenden Berichtsjahren bestehen bleiben, sofern sie nicht durch die für den Teil 2 erforderlichen Maßnahmen hinfällig werden. Für den Teil 2 bestehen folgende Anforderungen:

- Eine Umstellung auf eine einstufige Stichprobenziehung unter Verwendung eines aktuellen Datenbestands der Bundesagentur für Arbeit als Auswahlgrundlage. Die Stichprobe ist den Statistischen Ämtern mit den Hilfsmerkmalen Betriebsnummer und Rentenversicherungsnummer zu übermitteln. Anhand der zur Betriebsnummer gehörenden Adresse im Unternehmensregister werden die auskunftspflichtigen Betriebe zur Meldung der Merkmale über den Betrieb und über die gezogenen Beschäftigten herangezogen. Dieses Vorgehen lässt stichprobentheoretisch eine höhere Genauigkeit der Bundes- und Länderergebnisse erwarten und verbessert insbesondere die Genauigkeit im Niedriglohnbereich.
- Die Periodizität ist von vier- auf zweijährig zu ändern.

- Sofern die Qualität der Daten des IAB den Datenanforderungen der VSE genügt, ist die Erhebung von Merkmalen durch die amtliche Statistik auszusetzen und durch die Verwaltungsdaten des IAB zu ersetzen.
- Die alle vier Jahre von der EU benötigten Merkmale werden nur in den Berichtsjahren mit EU-Verpflichtung (2018, 2022, 2026 usw.) erhoben. In den Berichtsjahren ohne EU-Verpflichtung wird der Merkmalskatalog auf den Datenbedarf der Mindestlohnkommission eingegrenzt. Dadurch schrumpft in den Berichtsjahren ohne EU-Verpflichtung die Liste der Erhebungsmerkmale drastisch.
- Die Feldarbeit für den Berichtsmonat April eines Berichtsjahres beginnt bereits im Mai des Berichtsjahres und dauert bis etwa Oktober des Berichtsjahres an, sodass die Ergebnisse rechtzeitig für die Mindestlohnkommission vorliegen.

Die Umsetzung der für die Realisierung der Teile 1 und 2 notwendigen Maßnahmen ist nur im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens möglich.

Rechtliche Änderungen

Ziel des Gesetzgebungsverfahrens war ein Artikelgesetz, das die im Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und der Mindestlohnkommission benötigten Änderungen aufnimmt. Für die Anpassung der VSE war eine Änderung des Verdienststatistikgesetzes erforderlich. Da ein späteres, eigenes Gesetzgebungsverfahren nur für die amtliche Statistik, insbesondere aus Zeitgründen, ausgeschlossen war, wurde der zunächst für die VSE 2014 notwendige gesetzliche Regelungsbedarf in das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns und einer Mindestlohnkommission eingebunden.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) erhielt die amtliche Statistik Rechtssicherheit über alle gesetzlichen Änderungen, die für die VSE 2014 relevant sind. Im Artikel 4 des Artikelgesetzes wird das Verdienststatistikgesetz geändert. Insbesondere steht damit fest, dass der maximal zulässige Stichprobenumfang auf Bundesebene von 34 000 auf 60 000 steigt. Für Berlin und Brandenburg bedeutet dies, dass statt bisher knapp 2 800 Betriebe rund 5 400 Betriebe in die Erhebung einzubeziehen und deren Daten zu bearbeiten sind.

Darüber hinaus ergeben sich durch die Artikel 8 und 9 des Tarifautonomiestärkungsgesetzes Folgeänderungen im SGB III und IV. Mit der Änderung des SGB III durch Artikel 8 wird eine Befugnis zur Übermittlung anonymisierter Einzelangaben von der Bundesagentur für Arbeit an die Statistischen Ämter für die Überprüfung der Verwendung von Verwaltungsdaten erteilt. Die Folgeänderung im SGB IV durch Artikel 9 erlaubt den Statistischen Ämtern die Nutzung der Rentenversicherungsnummer für gesetzlich angeordnete Fälle.

Damit sind jedoch nur Änderungen für die Umsetzung von Teil 1 der Anforderungen der Mindestlohnkommission – die Nullpunktmessung vor Einführung des Mindestlohns – gesetzlich geregelt. Der darüber hinaus noch anstehende Teil 2 – die Auswirkungen des Mindestlohns laufend zu überprüfen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse der Bundesregierung mit einem Beschluss alle zwei Jahre zur Verfügung zu stellen – ist noch nicht erfolgt. Dies soll nach Aussage des Gesetzgebers in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren angegangen werden.

Um aber kurzfristig die Frage klären zu können, wie sich der gesetzliche Mindestlohn unmittelbar nach seiner Einführung zum 1. Januar 2015 auf das Verdienstniveau ausgewirkt hat, wurde per Gesetz festgelegt, dass die Mindestlohnkommission erstmals im Jahr 2016 darüber beraten soll, wie hoch der Mindestlohn ab dem 1. Januar 2017 sein wird. Dafür werden bereits bis Mitte 2016 Daten zur Beurteilung der unmittelbaren Auswirkungen des allgemeinen Mindestlohns auf die Verdienstsituation nach seiner Einführung benötigt. Da Wirkungsanalysen umso besser gelingen können, je ähnlicher sich die Vorher- und Nachher-Daten sind, hat der Gesetzgeber die amtliche Statistik gebeten, die Machbarkeit einer zur VSE 2014 vergleichbaren Erhebung für einen Berichtsmonat im Jahr 2015 nach § 7 Bundesstatistikgesetz zu prüfen und den finanziellen Aufwand dafür abzuschätzen. Zum einen sind Vergleiche mit den Ergebnissen für 2014 zu ermöglichen, um so Erkenntnisse über die Auswirkungen des Mindestlohnes zu gewinnen, zum anderen werden Daten über die Anzahl und den Anteil von Niedriglohnbeschäftigten im Jahr 2015 benötigt.

Fazit

Nach den Ergebnissen der letzten VSE verdienten 2010 in Berlin 13% und im Land Brandenburg 21% aller Beschäftigten, die in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiteten, weniger als 8,50 EUR je Arbeitsstunde. 43% dieser Beschäftigten in Berlin und 49% in Brandenburg waren dabei Vollzeitbeschäftigte. Seit 2010 hat sich die Verdienstsituation weiter entwickelt. Die VSE 2014 wird nun einen umfassenden Überblick über die Situation neun Monate vor der Einführung des Mindestlohnes geben und die Anforderungen an eine Nullpunktmessung erfüllen. Damit wird eine gute Basis für die wissenschaftliche Evaluation gelegt. Da die nächste VSE nach den gegenwärtig noch gelten-

den Regelungen erst für das Jahr 2018 ansteht, ist jedoch die Frage, wie sich der zum 1. Januar 2015 flächendeckend eingeführte gesetzliche Mindestlohn von 8,50 EUR unmittelbar auf die gezahlten Löhne auswirkt, mit den derzeit verfügbaren Datenquellen nicht zu beantworten. Weitere fachlich-methodische sowie gesetzliche Änderungen sind deshalb notwendig.

Die momentan laufende Prüfung der Machbarkeit einer Erhebung im Jahr 2015 nach § 7 Bundesstatistikgesetz, die sich an Erhebungsinhalten und Stichprobengestaltung an der VSE orientiert, wird zeigen, ob und wie die dringend kurzfristig benötigten Informationen über die Auswirkungen des zum 1. Januar 2015 eingeführten Mindestlohns bereitgestellt werden können. Danach ist die Höhe des Mindestlohns im Abstand von zwei Jahren regelmäßig von der Mindestlohnkommission zu überprüfen, gegebenenfalls anzupassen und anschließend über eine Rechtsverordnung staatlich zu erstrecken und damit allgemein verbindlich zu werden.

Der Fokus der öffentlichen Diskussion über den Mindestlohn liegt vor allem auf möglichen negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Gehen Arbeitsplätze verloren, werden Arbeitszeiten verändert oder wird es Auswirkungen auf das Angebot an Praktikumsplätzen geben? Abgesehen von diesen Fragen wird sich die Einführung des Mindestlohns in einigen Fällen auf das gesamte Lohngefüge auswirken. Daher genügt es nicht, sich bei der Analyse der Daten ausschließlich auf die Verdienste unterhalb des Mindestlohns zu konzentrieren. Durch die Verringerung des Lohnabstandes sind auch Auswirkungen auf die Verdienste oberhalb des Mindestlohns möglich. Forderungen der übrigen Beschäftigten nach Verdiensterhöhungen zur Wahrung des Lohnabstandes könnten die Folge sein. Auf welcher Datengrundlage diese und viele andere Fragen im Zusammenhang mit dem Mindestlohn künftig diskutiert und geklärt werden können, bleibt abzuwarten. Mit den für die VSE 2014 umzusetzenden Veränderungen hat sich jedoch bereits jetzt die Aussagekraft dieser amtlichen Statistik deutlich erhöht. Sollte auch nach 2014 die VSE für Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Mindestlohn herangezogen werden, ist davon auszugehen, dass dieser Erhebung zukünftig eine noch größere Bedeutung zukommen wird, als diese jetzt schon erlangt hat.

Elke Zimmer ist Leiterin des Referats *Preise, Verdienste, Arbeitskosten* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

ISCED 2011

von **Thomas Lehmann** und **Julia Bulla**

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED: International Standard Classification of Education) wurde von der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) im Jahr 1976 erstmals entwickelt. Sinn und Zweck war es, die verschiedenen Bildungsstatistiken auf Basis einer universell gültigen Definition international vergleichbar zu machen. Über drei Jahrzehnte behielt dieser Definitionskatalog seine Gültigkeit und wurde im Jahr 1997 zum ersten Mal überarbeitet. Durch eine präzisere Beschreibung und eine Erweiterung der Bildungsstufen konnte unter anderem das deutsche Bildungssystem wesentlich besser dargestellt werden. Vor dem Hintergrund der weitreichenden Veränderungen im Bildungswesen, beispielsweise des Bologna-Prozesses in Europa, wurde eine erneute Revision durch die Mitgliedstaaten der UNESCO angestrebt.

Im Jahr 2007 wurde das UNESCO Institute for Statistics (UIS) beauftragt, die Überarbeitung in Zusammenarbeit mit der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) und dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) durchzuführen. Dafür wurde das sogenannte Technical Advisory Panel gegründet, das sich aus 16 Bildungs- und Statistikexperten verschiedener Länder zusammensetzte.¹ Die Entwicklung detaillierter Vorschläge und die Überprüfung bestehender Klassifikationen wurde im Februar 2011 abgeschlossen und auf der 36. Generalkonferenz der UNESCO im November 2011 verabschiedet. Zu den wesentlichen inhaltlichen Veränderungen lässt sich die Erweiterung der Bildungsstufen (Level) von sieben (ISCED 97) auf nunmehr neun (ISCED 2011) zählen. Der vormalige Elementarbereich (Level 0) wurde modifiziert, indem die frühkindliche Bildung von der Elementarbildung im vorschulischen Bereich entkoppelt wurde. Damit lässt sich im Sinne des Prozesses „lebenslanges Lernen“ bereits im frühen Alter die Multiplikatorwirkung in Bezug auf das Erlernen von Fähigkeiten beurteilen und bildungsökonomisch untersuchen. Der ehemalige Tertiärbereich in Level 5 und 6 wurde vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses weiter untergliedert und beinhaltet in ISCED 2011 vier Level. Den ersten Teil des Tertiärbereiches bildet das Level 5 (short-cycle tertiary), das Fachhochschulabschlüsse und Meister- bzw. Technikerbildungen umfasst. Um die universitäre

Ausbildung von Level 5 abzugrenzen, ordnet man die Bachelor- und die Masterstudiengänge sowie die Promotionen jeweils einem eigenen Level zu.² Im Vergleich zu ISCED 97 wird somit eine deutlichere Unterscheidung im Bereich der tertiären Bildung zwischen akademischer und berufsbildender Orientierung ermöglicht. Darüber hinaus wird in ISCED 2011 die Definition von Bildung um die Spezifikationen formal und non-formal erweitert. Unter formaler Bildung lässt sich die Grundbildung mit verpflichtendem Charakter verstehen. Die non-formale Bildung hingegen betont den Angebotscharakter und die Freiwilligkeit. Die informelle Bildung, die als ungeplant und prozesshaft beschrieben werden kann, wird weiterhin nicht erfasst. Im Vergleich zu ISCED 97 wurden in der aktuellen Klassifikation die Dimensionen bzw. Programmorientierungen von Bildungsgängen vereinfacht. Die Kategorien allgemein-, berufsbildend und berufsvorbereitend werden ab sofort in allgemein- und berufsbildend zusammengefasst. Die Level-immanente Unterscheidung, ob ein Bildungsgang einen Aufstieg in ein höheres Bildungslevel (A und B) oder keinen Aufstieg ermöglicht, sondern den direkten Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet (C), bleibt erhalten und wird lediglich in einer anderen Form kodiert. In diesem Zusammenhang ist eine weitere Änderung in ISCED 2011 zu erwähnen: die Differenzierung zwischen Bildungsgang (ISCED-P) und Bildungsabschluss (ISCED-A). Bisher ließen sich ausschließlich quantitative Aussagen über die Teilnahme an Bildungsgängen treffen, ohne jedoch zu berücksichtigen, ob und wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen erfolgreichen Abschluss ablegten. In ISCED 2011 wird diese Lücke nun geschlossen, sodass aus statistischer Sicht von einer sinnvollen Ergänzung gesprochen werden kann. Über die behandelten Themenfelder hinweg ist ISCED nach wie vor das einzige global nutzbare Instrument zur Erhebung und Vergleichbarkeit von Bildungsgängen und Abschlüssen.

¹ United Nations Statistics Division, UNSD (2011): Expert Group discusses future work on classifications. In: Classifications Newsletter, Nr. 27, August 2011, New York: United Nations Statistics Division. Url: http://www.uis.unesco.org/Education/Documents/UNSD_newsletter_27_ISCED.pdf.

² UNESCO Institute for Statistics (2012): ISCED 2011, Montreal: UNESCO-UIS, S. 62ff. Url: <http://www.uis.unesco.org/Education/Documents/isced-2011-en.pdf>.

Vielfache Kritiken an den vagen Formulierungen hinsichtlich der inhaltlichen Komplexität sind zwar berechtigt, jedoch ist sich die UNESCO dieser Tatsache bewusst: "... ISCED was designed to facilitate statistical comparison of national education systems at international levels and is not intended as an instrument to assess the equivalence of specific degrees or qualifications obtained in different learning institutions or across countries".³ Abschließend ist bei der Umsetzung von ISCED 2011 darauf hinzuweisen, dass die UNESCO davon ausgeht, dass die ersten Erhebungen anhand der neuen Klassifikation im Jahr 2014 durchgeführt wurden. Bei den

umfangreichen Haushaltserhebungen und beim Zensus ist mit einer Umsetzung ab diesem Jahr zu rechnen. Das Statistische Bundesamt hat erstmals im September 2014 Daten, die nach ISCED 2011 klassifiziert wurden, zur Verfügung gestellt.

Thomas Lehmann ist Mitarbeiter im Referat *Schule Berlin, Bildungsanalysen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Julia Bulla ist Erziehungswissenschaftlerin und Praktikantin im Referat *Schule Berlin, Bildungsanalysen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

³ UNESCO Institute for Statistics (2012): Frequently asked questions. Url: <http://www.uis.unesco.org/Education/Pages/FAQ.aspx#theme4>.

1 | Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen – Vergleich ISCED 97 mit ISCED 2011

ISCED 97		ISCED 2011		
Level	Bezeichnung	Level	Bezeichnung	Bildungsabschlüsse
0	Elementarbereich	01	Frühkindliche Bildungsentwicklung	Kindergarten, Tagesbetreuung (von 0 bis unter 3 Jahre)
		02	Elementarbereich	Kindergarten, Vorschule, Tagesbetreuung (ab 3 Jahre)
1	Primarbereich	1	Primarbereich	Grundschule
2	Sekundarbereich I	2	Sekundarbereich I	Hauptschul-/Realschulabschluss/POS; Abendrealschulen/Abendhauptschulen; Berufsvorbereitungsjahr
3	Sekundarbereich II	3	Sekundarbereich II	Abschluss einer Lehrausbildung; Berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfachschulen/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens; Fachhochschulreife/allgemeine Hochschulreife
4	Postsekundärer, nichttertiärer Bereich	4	Postsekundärer, nichttertiärer Bereich	Duales System (Zweitausbildung); Berufsfachschulen, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens; Fachgymnasium; Fachoberschulen einjährig; Berufsoberschulen, Abschluss an einer Fachschule
5	Tertiärbereich I	5	short-cycle tertiary	Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer Fachhochschulreife
		6	Bachelor oder Äquivalent	Bachelor
		7	Master oder Äquivalent	Master, Magister
6	Tertiärbereich II	8	Doktor oder Äquivalent	Promotion, Habilitation

Quelle: Eigene Darstellung und UNESCO 2011

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

ESSnet DARA – Pilotstudie eines dezentralen Zugangs zu europäischen Mikrodaten

von Anja Hlawatsch, Julia Höninger und Anja Malchin

Die Auswertung von Mikrodaten europäischer Statistiken ist bisher am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz bei Eurostat in Luxemburg möglich; stärker anonymisierte Datensätze können durch die Wissenschaft auch als Scientific-Use-Files in der eigenen wissenschaftlichen Einrichtung analysiert werden, sofern diese als nutzungsberechtigte Institution zugelassen ist.

Mit der EU-Verordnung 557/2013¹ ist die rechtliche Möglichkeit geschaffen worden, auch in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten Zugangseinrichtungen zu akkreditieren und einzurichten. Solche dezentralen Zugangseinrichtungen vereinfachen die Forschung mit empirischen Mikrodaten und schaffen so einen Erkenntnisgewinn für die gesamte europäische Gesellschaft. Da durch die neue Verordnung auch mehr als die bisher zwölf namentlich festgelegten europäischen Statistiken zur Verfügung gestellt werden können, ist es wünschenswert, den Mikrodatenzugang an Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen auf ganz Europa auszuweiten.

Mit dem ESSnet DARA Projekt „Decentralised And Remote Access to Confidential Data in the ESS“ wurde eine Pilotstudie vorgelegt, wie der dezentrale Zugang zu Mikrodaten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Europa technisch umgesetzt werden könnte. Des Weiteren wurden detaillierte Arbeitsabläufe für Akkreditierungsverfahren, Nutzungsumgebung und Projektkoordination vorgeschlagen.

1. Datenzugang in Europa – Hintergrund

In vielen Ländern Europas gibt es inzwischen Forschungsdatenzentren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können nach den geltenden Regelungen selbstständig Mikrodaten analysieren. Durch die Einrichtung der Forschungsdatenzentren kann das Informationspotenzial erhobener Datensätze breiter genutzt werden. Die begrenzten Zugangswege über die Forschungsdatenzentren garantieren dabei den Datenschutz und das Statistikgeheimnis.

In allen Mitgliedstaaten der EU können bisher jedoch nur nationale Mikrodaten des eigenen Landes ausgewertet werden. Die wissenschaftliche Auswertung europäischer Mikrodaten, also Datensätze mehrerer Länder, findet zentral am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz vor Ort bei Eurostat² in Luxemburg statt. Lediglich sogenannte Scientific-Use-Files, d. h. anonymisierte Mikrodaten, dürfen in der eigenen wissenschaftlichen Einrichtung ausgewertet werden.

Im Jahr 2011 wurde von der Europäischen Kommission ein ESSnet-Projekt ausgeschrieben. Dabei handelte es sich um ein Projekt im Europäischen Statistischen System, welches die Möglichkeit eines Netzwerkes für den dezentralen Zugang zu europäischen Daten zeigen sollte. Den Zuschlag erhielt ein Konsortium, bestehend aus:

- Groupe des Écoles Nationales d'Économie et de Statistique (GENES), Frankreich;
- Hungarian Central Statistical Office (HCSO), Ungarn;
- Office for National Statistics (ONS), Vereinigtes Königreich;
- Instituto Nacional de Estatística (INE), Portugal;
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS), Deutschland;
- Statistisches Bundesamt (Destatis), Deutschland (Koordinator).

Unter der Leitung des Statistischen Bundesamtes erarbeiteten die Projektpartner eine gemeinsame Pilotlösung.

Das ESSnet-Projekt „Decentralised And Remote Access to Confidential Data in the ESS“ (kurz: ESSnet DARA) wurde von der Europäischen Kommission von Oktober 2011 bis November 2013 kofinanziert. Aufbauen konnte das Projekt dabei auf Vorarbeiten aus dem ESSnet-Projekt „Decentralised Access to EU microdata sets“ (Januar 2009 bis Januar 2010), in dem in einer Machbarkeitsstudie verschiedene Modelle mit unterschiedlichem Grad an Zentralisierung und eine Kosten-Nutzen-Analyse erarbeitet wurden.³

a | Logo des Projektes ESSnet DARA



1 Verordnung (EU) Nr. 557/2013 der Kommission vom 17. Juni 2013 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 der Kommission (ABl. L 164, S. 16).

2 Die derzeit angebotenen Datensätze und Zugangswege werden auf dieser Seite präsentiert: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/microdata/overview>

3 Informationen zum abgeschlossenen Projekt finden sich hier: <http://www.safe-centre.info/projects/overview-about-the-topic-of-remote-access-to-confidential-data-in-the-ess/>

2. Rechtliche Grundlagen

Im Jahr 2013 trat eine neue EU-Verordnung in Kraft, die den Zugang zu Mikrodaten für wissenschaftliche Forschungsprojekte neu regelt. Nach der alten EU-Verordnung 831/2002⁴ war eine Nutzung der vertraulichen Einzeldaten lediglich in den Räumen von Eurostat möglich. Die nun gültige EU-Verordnung 557/2013 erlaubt Eurostat die Akkreditierung von weiteren Zugangseinrichtungen in den Mitgliedstaaten, in deren Rahmen der Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke gewährt werden kann. Hiermit wurde ein neuer Nutzungsweg für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler möglich gemacht. Durch dezentrale Zugangseinrichtungen in Europa können die europäischen Mikrodaten für Forschungszwecke intensiver genutzt und Reisewege deutlich verkürzt werden.

In einem ersten Schritt können sich die Nationalen Statistischen Ämter (NSI – National Statistical Institutes) bewerben, um als Zugangseinrichtung anerkannt zu werden. Die Statistischen Ämter der Länder als NSA (National Statistical Authorities) kön-

nen sich erst in einer zweiten Akkreditierungsrunde bewerben und akkreditieren lassen.

Durch die EU-Verordnung 557/2013 wurden weitere Aspekte des Datenzugangs geändert. Dies betrifft auch die Nutzerseite: Während bisher u. a. Hochschulen ohne weitere Prüfung zugangsbe-rechtigt waren, müssen sich nun alle wissenschaftlichen Einrichtungen nach einem standardisierten Verfahren als Forschungseinrichtung akkreditieren lassen.

Auch hinsichtlich des zur Verfügung stehenden Datenmaterials ergeben sich Änderungen. Nach der alten Verordnung musste, wenn ein neuer Datensatz für wissenschaftliche Zwecke zugänglich gemacht werden sollte, dieser jeweils der Verordnung hinzugefügt werden. Dies ist mit der neuen Verordnung deutlich vereinfacht worden. Jetzt können potenziell alle europäischen Statistiken zur Verfügung gestellt werden. Eine Ausweitung des Datenangebots ist damit deutlich einfacher zu realisieren.

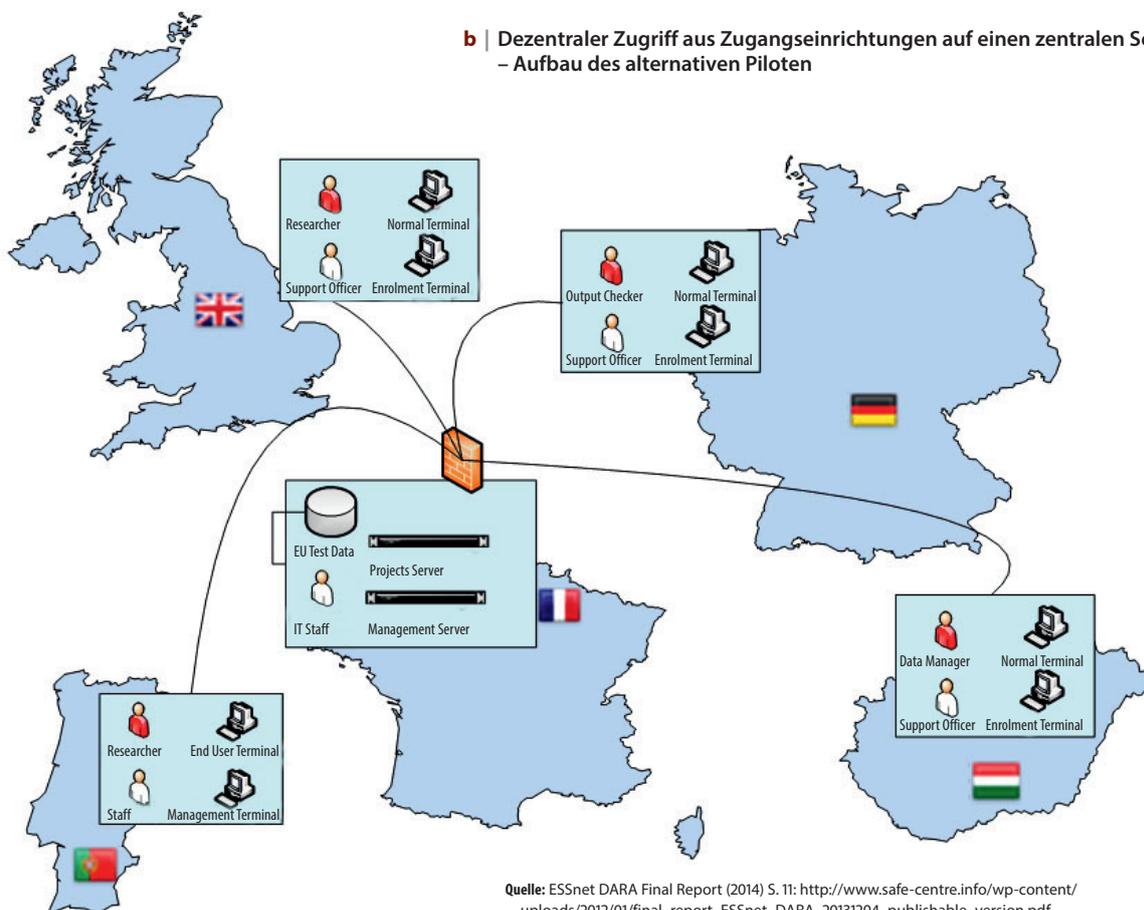
3. Technische Pilotlösung

Zu Beginn des ESSnet DARA Projektes war geplant, den Mikrodatenzugang an eine zentrale IT-Einrichtung bei Eurostat anzubinden. Wie sich im Verlauf des Projektes herausstellte, war dies aus mehreren Gründen nicht möglich. Nach Abwägungen zu funktionalen und sicherheitstechnischen Anforderungen sowie zur zukünftigen Anbindbarkeit entschied sich das Projektteam für eine Remote-

⁴ Verordnung (EG) Nr. 831/2002 der Kommission vom 17. Mai 2002 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken – Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke (ABl. L 133, S. 7), zuletzt geändert durch Verord-

nung (EU) Nr. 520/2010 der Kommission vom 16. Juni 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002 – Regelung des Zugangs zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke in Bezug auf die verfügbaren Erhebungen und statistischen Datenquellen (ABl. L 151, S. 14).

b | Dezentraler Zugriff aus Zugangseinrichtungen auf einen zentralen Server – Aufbau des alternativen Piloten



Quelle: ESSnet DARA Final Report (2014) S. 11: http://www.safe-centre.info/wp-content/uploads/2012/01/final_report_ESSnet_DARA_20131204_publishable_version.pdf (Beschriftung wurde zur Verdeutlichung neu eingefügt)

Access-Lösung analog zur Praxis der französischen Projektpartner.⁵

Da nicht auf das ursprünglich geplante zentrale System bei Eurostat zugegriffen werden konnte, wurde stattdessen in einer alternativen Pilotlösung der zentrale Knotenpunkt beim Projektpartner GENES in Paris eingerichtet.

Mit dem entwickelten DARA-Netzwerk wurde gezeigt, dass ein dezentraler Zugang aus den Mitgliedstaaten heraus möglich ist. Die Spezifikation dieses alternativen Pilotsystems baute auf den technischen und funktionalen Anforderungen an einen Fernzugriff von den Zugangseinrichtungen auf einen zentralen Server auf. Die DARA-Projektpartner installierten jeweils eine DARA-Box an ihrem lokalen Standort und konnten zeigen, dass das Pilot-Netzwerk eine gut funktionierende Lösungsalternative darstellt. Die DARA-Box ist ein „Thin client“, ein in den Funktionalitäten reduzierter Computer. Die Einzeldaten verbleiben bei dem Fernzugriff auf dem zentralen Analyse- und Datenserver. Eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler wählt sich in einer Zugangseinrichtung über die DARA-Box auf den zentralen Server in Paris ein und führt alle Analysen dort aus; es wird lediglich das Bildschirm-Bild in die Zugangseinrichtung übertragen. Die ausgewerteten Mikrodaten bleiben auf dem zentralen Server gespeichert und auch die Statistiksoftwarepakete sind dort installiert.

Besucht eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler die Zugangseinrichtung, nachdem das Genehmigungs- und Anmeldeverfahren für das jeweilige Forschungsprojekt durchlaufen wurde, so findet die Anmeldung im DARA-System mit einer persönlichen Chipkarte und einem Abgleich des Fingerabdrucks statt. Die DARA-Box in der Zugangseinrichtung dient dabei nur zum Aufbau der Fernverbindung zum zentralen Server, auf dem die

Statistiksoftwarepakete installiert und die Mikrodaten gespeichert sind. Die Analysen werden auf diesem zentralen Server gerechnet, wobei alle Nutzenden nur zu bestimmten Bereichen (dem eigenen Forschungsprojekt) lesende und schreibende Zugriffsrechte haben. Die Forschungstätigkeit auf dem zentralen Server kann aufgrund des virtuellen Desktops wie gewohnt erfolgen. Die Wissenschaftler können Dateien in Ordnern speichern und die Datensätze in einer Umgebung analysieren, die vergleichbar zu ihrem Arbeitsplatz in der wissenschaftlichen Einrichtung ist.

Die DARA-Box kann in den akkreditierten Zugangseinrichtungen sehr einfach installiert werden. Benötigt wird ein separater Internetzugang, der vom Produktionsnetzwerk der Zugangseinrichtung getrennt ist. Sobald die DARA-Box gestartet wird, versucht sie eine Internet-Verbindung zum zentralen Server aufzubauen. Die Steuerung der DARA-Box erfolgt mit Tastatur und Maus; die Ausgabe wird auf einem Bildschirm angezeigt. Außer der für die Verbindung zum zentralen Server notwendigen Komponenten ist keine weitere Software auf der DARA-Box installiert.

Um die Datensicherheit zu garantieren, existieren an der DARA-Box keine weiteren Anschlüsse wie USB- oder Druckeranschlüsse. Darüber hinaus ist von Nutzerseite auch der Zugriff auf das Internet unterbunden. Der Datenverkehr zwischen der DARA-Box und dem zentralen Server wird stets verschlüsselt. Wartung, Updates und Nutzerunterstützung erfolgen vom zentralen Knotenpunkt aus.

⁵ Das Institut CASD bietet zum Auswerten der französischen amtlichen Mikrodaten bereits ein echtes Fernrechnen mit der SD-Box an: <http://casd.eu/index>

c | Die DARA-Box von oben und von vorne sowie angeschlossen als nutzungsbarer Arbeitsplatz



d | Das Anmelden am Arbeitsplatz in der Zugangseinrichtung erfolgt mit einer persönlichen Chipkarte und einem Scan des Fingerabdrucks

4. Vorgeschlagene Arbeitsabläufe

Im ESSnet DARA Projekt wurden einheitliche Arbeitsabläufe für den Zugang zu europäischen Mikrodaten in dezentralen Zugangseinrichtungen erarbeitet. Dieses Arbeitspaket entstand unter der Federführung der beteiligten Afs-Kolleginnen.

Es wurden verschiedene Rollen identifiziert, die im Ablauf des Datenauswertungsprozesses unterschiedliche Aufgaben beinhalten. Dabei kann durchaus eine Person mehrere Rollen einnehmen und entsprechend mehrere Aufgaben ausführen. Manche Aufgaben fallen direkt in der Zugangseinrichtung an, andere können an geografisch entfernterer Stelle im Europäischen Statistischen System erfüllt werden. Alle Rollen, ihr Zusammenspiel und ihre Zugehörigkeit zum Europäischen Statistischen System und/oder zur Zugangseinrichtung sind in Abbildung e dargestellt.

Wenn eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler für ein Forschungsvorhaben Mikrodaten auswerten möchte, sollte bei der Zugangseinrichtung grundsätzlich eine zentrale Ansprechperson zur Beratung (*Support Officer*) zur Verfügung stehen. Sämtliche geplante Forschungsaufenthalte werden beim Support Officer angemeldet. Dieser betreut den Gastwissenschaftlerarbeitsplatz, ermöglicht den Zugang zum Raum, in dem sich die Rechner befinden und steht bei aktuellen, grundsätzlichen Fragen technischer oder methodischer Art zur Verfügung. Spezifische Fragen werden bei Bedarf weitergeleitet.

In jeder Zugangseinrichtung sind jedoch noch weitere Rollen zu besetzen: Sobald eine Zugangseinrichtung eingerichtet wird, muss die *IT-Abteilung* vor Ort mit einbezogen werden. Die Mikrodaten aus europäischen Statistiken, die

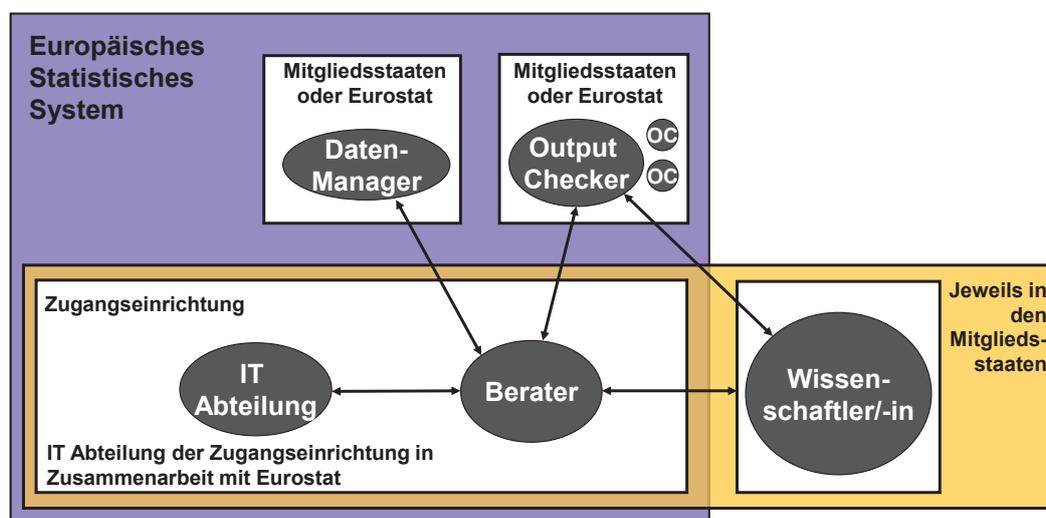
ausgewertet werden sollen, müssen außerdem projektspezifisch aufbereitet werden. Diese Aufgabe übernimmt ein Datenmanager (*Data Manager*), der entweder in der Zugangseinrichtung eines Mitgliedstaates oder bei Eurostat beschäftigt ist. Alle statistischen Ergebnisse, die im DARA-Netzwerk erzeugt wurden, werden vor der Freigabe und dem Versand an die Wissenschaftler auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses überprüft. Die Geheimhaltungsprüfung übernehmen die *Output Checker*, die wiederum entweder in einer Zugangseinrichtung in einem Mitgliedstaat oder bei Eurostat arbeiten. Da es zu einzelnen Elementen der Ergebnisse manchmal Rückfragen gibt, sollte eine direkte Kommunikation zwischen Geheimhaltungsprüfern und Wissenschaftlern möglich sein. So kann auch der Versand von freigegebenen Ergebnissen beschleunigt werden.

In den erarbeiteten Arbeitsabläufen wird in chronologischer Reihenfolge für jeden Abschnitt eines Antragsverfahrens dargestellt, wie diese organisatorisch und technisch umgesetzt werden könnten. Im Rahmen des ESSnet DARA Projektes wurden dafür zwei Handbücher entwickelt, eines für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Europäischen Statistischen Systems (insbesondere in Zugangseinrichtungen) und eines für die Wissenschaft.

5. Exkurs: Projekte zum Remote-Zugang für amtliche Mikrodaten

Über das ESSnet DARA Projekt hinaus gibt es weitere Initiativen zur Verbesserung des nationalen und internationalen Mikrodatenzugangs. Die zwei nachfolgend skizzierten Projekte, die sich mit dem Remote-Zugang für amtliche Mikrodaten beschäftigen, finden unter deutscher Beteiligung statt.

e | Rollen und Arbeitsabläufe beim dezentralen Einzeldatenzugang



Quelle: ESSnet DARA Work Package 1: Handbook for members of the ESS, especially Access Facility Staff (2014) S. 7: http://www.safe-centre.info/wp-content/uploads/2012/01/Annex_WP1.1_Handbook-for-ESS_201311.pdf (eigene Übersetzung)

5.1. PfIF (Projekt FDZ im FDZ)

Im Unterschied zum ESSnet DARA Projekt stehen im Projekt FDZ im FDZ (PfIF) nicht die Daten der nationalen Statistikämter im Fokus. Stattdessen wurde ein Remotezugang für die Mikrodaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geschaffen.⁶ Seit Januar 2012 können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Forschungsdatenzentrum (FDZ) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg am Standort Berlin-Mitte diesen Zugang nutzen. An vier in den Räumen der amtlichen Statistik aufgestellten PC-Arbeitsplätzen können die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über eine geschützte Verbindung auf die Mikrodaten der BA und des IAB in Nürnberg zugreifen und diese analysieren. Die produzierten Ergebnisse werden von den Betreuerinnen und Betreuern des FDZ der BA den statistischen Geheimhaltungsvorschriften entsprechend geprüft und bereitgestellt. Weitere Pilotstandorte waren in Deutschland die FDZ-Standorte Bremen, Dresden und Düsseldorf und in den USA die University of Michigan in Ann Arbor. Darüber hinaus können die Mikrodaten mittlerweile auch an Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Mannheim und den Universitäten in Cornell, Berkeley und Harvard (alle USA) ausgewertet werden.

5.2. DWB (Data Without Boundaries)

Mit Data Without Boundaries beschäftigt sich ein weiteres international ausgerichtetes Projekt mit den Möglichkeiten des Mikrodatenzugangs. Ziel ist es, amtliche Daten für den europäischen Forschungsraum besser nutzbar zu machen. Dazu soll die bisher bestehende Infrastruktur aus Institutionen der amtlichen Statistik (z. B. nationale Statistikämter) und Datenservicezentren (z. B. GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften e.V.) genutzt und weiterentwickelt werden. Auch die bereits existierenden Möglichkeiten des Remote-Datenzugangs im Hinblick auf den Aufbau eines zukünftigen europäischen Mikrodatennetzwerks werden analysiert. Im Unterschied zum ESSnet DARA Projekt sind in DWB neben den nationalen Statistikämtern auch andere Datenproduzenten sowie Universitäten vertreten. Insgesamt umfasst das Projekt, das im Mai 2011 startete und noch bis Mai 2015 läuft, 29 Partner aus 12 europäischen Ländern.⁷

6. Zusammenfassung und Ausblick

Im ESSnet DARA Projekt wurde ein Pilot entwickelt, aufgebaut und getestet. Mit dem System der DARA-Box könnte ein dezentraler Datenzugang zu europäischen Mikrodaten, die auf einem zentralen Server vorgehalten werden, umgesetzt werden. Somit wäre für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine Nutzung europäischer Mikrodaten in Zugangseinrichtungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten möglich. Im Endbericht empfiehlt das DARA-Projekt-Team nachdrücklich den Aufbau eines solchen dezentralen Datenzugangs. Auch die Nutzer- und Sicherheitsanforderungen, die solch ein System erfüllen sollte, wurden systematisch

aufgeführt. Bei der technischen Umsetzung ist darauf zu achten, dass das System vom zentralen Knotenpunkt aus gesteuert werden kann und die Thin Clients in den Zugangseinrichtungen möglichst abgeschottet und funktional reduziert werden sollten. Dies steigert die Sicherheit des Systems und reduziert den Administrationsaufwand insgesamt. Des Weiteren empfiehlt das DARA-Projekt in seinem Endbericht, dass der Daten- und Rechnerserver als zentraler Knotenpunkt bei Eurostat eingerichtet werden sollte.

Die Ergebnisse des ESSnet DARA Projektes können auf der projekteigenen Seite <http://www.safe-cent-re.eu> und dem Portal von Eurostat zu ESSnet-Projekten <http://www.cros-portal.eu/content/decentralised-and-remote-access-confidential-data-ess-dara> nachgelesen werden.

Bevor in den EU-Mitgliedstaaten die ersten Statistischen Ämter als Zugangseinrichtungen akkreditiert und eingerichtet werden können, müssen jedoch die Guidelines zur Verordnung (EU) Nr. 557/2013 in Bezug auf die Zugangseinrichtungen noch konkretisiert werden. Im Rahmen des *Workshops on Microdata Access*, der am 24. und 25. September 2014 in Luxemburg stattfand, wurden neue Datenzugangsmöglichkeiten diskutiert und auch die Erfahrungen mit den Akkreditierungsregularien aus Sicht der Wissenschaft beleuchtet.⁸ Die endgültige Entscheidung von Eurostat für ein technisches System ist jedoch weiterhin offen und auch Kostenaspekte bedürfen der weiteren Diskussion.

Erst wenn diese offenen Punkte geklärt sind, kann die Bereitstellung europäischer Mikrodaten an Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen in dezentralen Zugangseinrichtungen erfolgen.

⁶ Nähere Informationen zur technischen Umsetzung des Datenzugangs im Rahmen des PfIF-Projektes finden sich bei Heining, Jörg; Bender Stefan (2012): FDZ-Methodenreport (08/12). Technische und organisatorische Maßnahmen für den Fernzugriff auf die Mikrodaten des Forschungsdatenzentrums der Bundesagentur für Arbeit. Abrufbar unter: <http://fdz.iab.de/342/section.aspx?Publikation/k120928306>

⁷ Weitere Informationen zum DWB-Projekt finden sich auf der Projekthomepage unter: <http://www.dwbproject.org/>

⁸ Informationen zum Inhalt des Workshops finden Sie unter: <http://www.cros-portal.eu/content/2014-09-24-25-workshop-microdata-access>

Anja Hlawatsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Julia Höninger leitet das Referat *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit*. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Anja Malchin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Neuerscheinungen

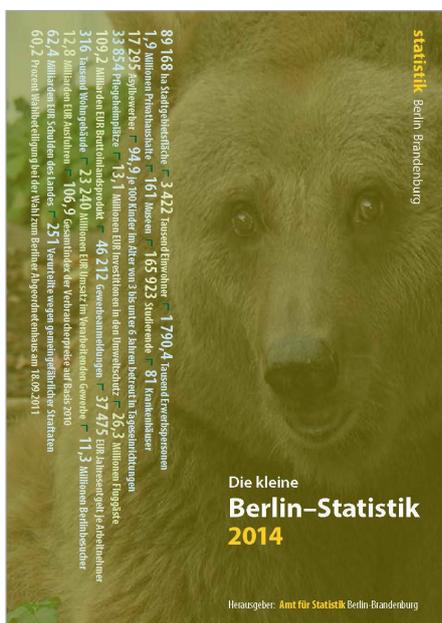
„Kleine Statistiken“ für die Länder Berlin und Brandenburg

Die „Kleine Berlin-Statistik 2014“ sowie „Kleine Brandenburg-Statistik 2014“ geben im handlichen A6-Format einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik für die Jahre 2013 und 2014. Sie beinhalten Eckwerte zu demografischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Strukturen beider Länder. Die Broschüren erscheinen sowohl in deutscher als auch englischer Sprache.

In zahlreichen Tabellen sowie farblich gestalteten Karten und Diagrammen vermitteln die „kleinen Statistiken“ verständlich und informativ statistische Daten für die Länder Berlin und Brandenburg aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Politik. Zeitreihen, welche die aktuellen Daten den Zahlen früherer Jahre gegenüberstellen, belegen Entwicklungen und Trends. So lebten in Berlin im Jahr 1871 insgesamt 878.200 Einwohner, 2013 stieg ihre Zahl auf 3.421.800. Für das Land Brandenburg beginnen die Zeitreihen aufgrund der Wiedervereinigung im Jahr 1990. Hier zeigt sich ein leichter Bevölkerungsrückgang von 2.542.700 auf 2.449.200 Einwohner am 31. Dezember 2013.

Die enthaltenen Informationen reichen vom Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife über die Verbraucherpreise und Besucherzahlen der öffentlichen Theater bis hin zu den Gästezahlen aus dem In- und Ausland. Besonders lohnenswert ist der Blick auf die letzte Umschlagseite. Hier sind die längste, kürzeste, höchste, kleinste, größte, heißeste und kälteste Berlin-Statistik bzw. der nördlichste, südlichste, westlichste und östlichste Punkt Brandenburgs zu finden.

„Die kleine Berlin-Statistik“ und „Die kleine Brandenburg-Statistik“ sind als gedruckte Exemplare und als PDF-Dokumente auf der Homepage des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, www.statistik-berlin-brandenburg.de, im Kapitel „Produkte“ erhältlich.



Wahlen

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl 2014 in Brandenburg

von **Thomas Lehmann**

Am 14. September 2014 fanden im Land Brandenburg und in Thüringen die Wahlen eines neuen Landtages statt.¹ Neben den Ergebnissen zum Abschneiden der Parteien und zur Sitzverteilung im neuen Parlament ist auch die Auswertung des Wahlverhaltens von erheblichem öffentlichen und medialen Interesse. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg auf Grundlage des Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) ausgewertet hat, stellen eine zuverlässige Grundlage dar, um sich über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen von jüngeren und älteren Wahlberechtigten sowie von Frauen und Männern zu informieren.² Im Unterschied zu Daten, die von Meinungs- und Wahlforschungsinstituten gewonnen werden, basieren die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik auf der Auszählung der Wählerverzeichnisse und der Stimmzettel, die in ausgewählten Wahllokalen abgegeben wurden. Die hier zugrunde liegende Datenbasis ist wesentlich breiter als jene der Wahlbefragungen von Wählerinnen und Wählern am Wahltag. Ferner spiegelt sie nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten wider.

Der Landeswahlleiter hat bestimmt, dass die Urnenwahlbezirke, die das Statistische Bundesamt als Stichprobe für die repräsentative Wahlstatistik anlässlich der Europawahl 2014 festgelegt hat, zur Landtagswahl zu verwenden sind. Briefwahlbezirke wurden wegen der fehlenden gesetzlichen Grundlage im Land Brandenburg nicht mit einbezogen. Insgesamt umfasst die Stichprobe 128 der 3 323 Brandenburger Urnenwahlbezirke. Der Auswahlatz lag, bezogen auf die Wahlberechtigten, bei 5,8 % und bezogen auf die Wählenden im Wahllokal bei 4,3 %. In drei Urnenwahlbezirken wurden falsch gekennzeichnete Stimmzettel ausgegeben, sodass insgesamt die Stimmen aus 125 Urnenwahlbezirken realisiert werden konnten. Die Ergebnisse der Stichprobe wurden auf das amtliche Ergebnis anhand der Zweitstimmen bzw. der Wahlberechtigten hochgerechnet. Die Abweichungen zum endgültigen Ergebnis können Tabelle 1 entnommen werden. Die in den Stichprobenwahlbezirken betroffenen Bürgerinnen und Bürger wurden beim Betreten des Wahllokals über die Teilnahme an der repräsentativen

Wahlstatistik informiert. Die wesentlichen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl 2014 in Brandenburg werden im Folgenden dargestellt.

Demografischer Wandel der Wählerschaft

Die gegenwärtige demografische Entwicklung im Land Brandenburg ist auch bei den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 2014 zu beobachten. Allgemein ist darunter die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit einer abnehmenden Geburtenzahl zu verstehen, die im Ergebnis zu einer sinkenden Einwohnerzahl und einer Erhöhung des Durchschnittsalters der Bevölkerung führt. Damit stellt sich die Frage, wie eine Bevölkerung mit stetig zunehmendem Durchschnittsalter wählt

¹ In Brandenburg konnten zum ersten Mal auch Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hatten. Die Änderung des Wahlgesetzes des Landes Branden-

burg wurde bereits im Jahr 2011 verabschiedet und kam zum ersten Mal bei einer Landtagswahl in Brandenburg zum Einsatz.

² § 49 Abs. 2 Brandenburgisches Landeswahlgesetz (BbgLWahlG)

1 | Amtliches Ergebnis und Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014

Ergebnisse	Wahlbeteiligung	% der gültigen Stimmen										
		SPD	DIE LINKE	CDU	FDP	GRÜNE/ B 90	NPD	BVB/FREIE WÄHLER	AfD	PIRATEN	Sonstige	
Erststimmen												
Amtliches Ergebnis.....	47,9	31,3	20,6	25,1	1,4	5,8	1,0	5,1	9,0	0,6	0,2	
Repräsentative Wahlstatistik.....	48,5	31,4	20,3	24,5	1,5	5,7	0,9	5,3	9,5	0,7	0,3	
Zweitstimmen												
Amtliches Ergebnis.....	47,9	31,9	18,6	23,0	1,5	6,2	2,2	2,7	12,2	1,5	0,4	
Repräsentative Wahlstatistik.....	48,5	31,9	18,6	23,0	1,5	6,2	2,2	2,7	12,2	1,5	0,4	

und welche Parteien sie wählt. Gleichzeitig lässt sich fragen, wie jüngere Menschen damit umgehen und welche Wahlentscheidung sie treffen.

Festzuhalten ist, dass die Wählerschaft in Brandenburg immer älter wird und die höchsten Zuwächse in der Altersgruppe 70 Jahre und älter zu verzeichnen sind. Im Vergleich zum Wahljahr 2009 hat sich die Zahl der Wahlberechtigten in dieser Altersgruppe sowohl bei den Frauen (+3,6 Prozentpunkte) als auch bei den Männern (+3,9 Prozentpunkte) erhöht. In Verbindung mit den insgesamt rückläufigen Zahlen in den Altersgruppen 18 bis unter 21 Jahre (-1,5 Prozentpunkte) und 21 bis unter 25 Jahre (-2,4 Prozentpunkte) sowie in den Altersgruppen 35 bis unter 40 Jahre (-0,2 Prozentpunkte), 40 bis unter 45 Jahre (-2,8 Prozentpunkte) und 45 bis unter 50 Jahre (-1,9 Prozentpunkte) ergibt sich, dass die ältere Wählerklientel für die Parteien immer wichtiger wird. Dieser Zusammenhang zeigt sich noch deutlicher beim Anteil der Wahlberechtigten im Alter von 50 und mehr Jahren. Bei der Landtagswahl 2009 betrug ihr Anteil 50,6 % und ist im Jahr 2014 um 6,0 Prozentpunkte auf 56,6 % gestiegen. Betrachtet man die jüngsten Altersgruppen, so fällt auf, dass die 16- bis unter 18-Jährigen 1,6 %, die 18- bis unter 21-Jährigen 2,2 % und die 21- bis 25-Jährigen noch 3,5 % der Wahlberechtigten ausmachen (Tabelle 2). Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass ein Vergleich zwischen der jüngsten (16 bis unter 18 Jahre) und der ältesten Altersgruppe (70 Jahre und älter) gewissen Einschränkungen unterliegt, weil in der jüngsten Gruppe nur zwei Geburtsjahrgänge zusammengefasst werden, hingegen in der ältesten, nach oben offenen Altersgruppe, sehr viel mehr. Für den neu gewählten Landtag in Potsdam ergeben sich damit verschiedene Herausforderungen: einerseits einer Wählerschaft mit steigendem Durchschnittsalter Rechnung zu tragen und generationenübergreifende Angebote zu machen, die den Lebenskomfort in Brandenburg erhalten und verbessern können, und andererseits den zukünftigen Generationen nachhaltige Perspektiven zu eröffnen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen.

Briefwahlanteil steigt mit dem Alter der Wahlberechtigten

Die zunehmende Beliebtheit der Briefwahl und die damit verbundenen Zuwächse beim Wahlscheinempfang schienen bei den letzten Wahlen unaufhaltsam zu steigen. Dieser Trend ließ sich sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl und den Kommunalwahlen im Jahr 2014 beobachten. Bei der Landtagswahl 2014 in Brandenburg hingegen ging die Zahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein erstmals leicht zurück (-0,5 Prozentpunkte, endgültiges Ergebnis). In der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik lag der Anteil der Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger bei 10,3 %. Im Vergleich zu den Ergebnissen von 2009 bedeutet dies einen Rückgang von ebenfalls 0,5 Prozentpunkten, der sich aus der gesunkenen Wahlbeteiligung erklären lässt. Allerdings würde die Schlussfolgerung, dass nun der Höhepunkt oder das Maximum beim Wahlscheinempfang erreicht worden ist, zu kurz greifen, denn bezogen auf die Wählerinnen und Wähler ist der Briefwahlanteil wieder gestiegen. Im Hinblick auf das Alter der Empfängerinnen und Empfänger von Wahlscheinen deuten die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik bei den Wahlen in den Jahren 2013 und 2014 bereits ein gewisses Schema an. Bei der Landtagswahl 2014 lässt sich erneut beobachten, dass ältere Menschen (ab 50 Jahre) verstärkt Wahlscheine empfangen haben (10,4 % und mehr). Dabei nahmen Frauen (10,8 %) die Möglichkeit der Briefwahl häufiger in Anspruch als Männer (9,9 %). Diese Tatsache lässt sich mit Ausnahme der 70-Jährigen und älter in allen Altersgruppen feststellen. Den geringsten Anteil bei den Wahlscheinempfängern bilden mit 5,3 % die Männer im Alter zwischen 21 bis unter 25 Jahre. Ab dieser Altersgruppe steigt mit dem Alter der Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein, sodass es nicht verwundert, dass sich die Maxima in den ältesten Gruppen finden lassen. Beachtlich erscheint, im Vergleich zu den anderen Altersgruppen, das hohe Niveau der Jahrgänge, die vor 1955 geboren wurden.

2 | Wahlberechtigte bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014 und am 27. September 2009 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Wahlberechtigte						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
%						% - Punkte			
16 bis unter 18.....	1,6	1,6	1,5	x	x	x	x	x	x
18 bis unter 21.....	2,2	2,4	2,1	3,7	3,9	3,5	-1,5	-1,5	-1,4
21 bis unter 25.....	3,5	3,7	3,3	5,9	6,5	5,4	-2,4	-2,8	-2,1
25 bis unter 30.....	7,0	7,4	6,6	6,5	7,1	6,1	0,5	0,3	0,5
30 bis unter 35.....	7,0	7,5	6,5	6,1	6,5	5,7	0,9	1,0	0,8
35 bis unter 40.....	6,3	6,7	6,0	6,5	6,9	6,2	-0,2	-0,2	-0,2
40 bis unter 45.....	6,7	7,0	6,4	9,5	9,8	9,1	-2,8	-2,8	-2,7
45 bis unter 50.....	9,2	9,5	9,0	11,1	11,7	10,6	-1,9	-2,2	-1,6
50 bis unter 60.....	20,7	21,5	19,9	18,8	19,3	18,4	1,9	2,2	1,5
60 bis unter 70.....	14,3	14,3	14,3	14,0	13,7	14,2	0,3	0,6	0,1
70 und älter.....	21,6	18,5	24,5	17,8	14,6	20,9	3,8	3,9	3,6
insgesamt	100	100	100	100	100	100	x	x	x

Bei den 60- bis unter 70-Jährigen und in der Gruppe 70 plus beantragten 14,2 % und 14,7 % der Wählerinnen und Wähler einen Wahlschein. Sind bei den 60- bis unter 70-Jährigen noch die Frauen leicht in der Mehrzahl (14,7 %; Männer: 13,7 %), dreht sich in der Gruppe 70 plus das Verhältnis zugunsten der Männer (15,9 %; Frauen: 13,9 %). Weiterhin lässt sich beobachten, dass in allen Altersgruppen, mit Ausnahme der Frauen von 60 bis unter 70 Jahren und der Gruppe 70 plus, weniger Wahlscheine ausgegeben wurden als 2009. Den deutlichsten Rückgang verzeichneten die 21- bis unter 25-jährigen Männer (-3,4 Prozentpunkte) und Frauen (-4,0 Prozentpunkte). Darüber hinaus lässt sich auch bei den Männern im Alter von 30 bis unter 35 Jahren ein Rückgang von 3,1 Prozentpunkten beobachten. In den übrigen Altersgruppen reichen die Differenzen zu 2009 von -0,1 Prozentpunkten bei den 60- bis unter 70-Jährigen bis zu -2,6 Prozentpunkten bei den 25- bis unter 30-Jährigen. Für die jüngsten Wählerinnen und Wähler liegen noch keine Vergleichszahlen vor, da die Änderung des Wahlrechts erst während der letzten Legislaturperiode (im Jahr 2011) beschlossen wurde. Insgesamt haben sie, verglichen mit den benachbarten Altersgruppen leicht überdurchschnittlich Wahlscheine empfangen. Dabei ist zu erwähnen, dass Frauen im Alter zwischen 16 und unter 18 Jahren mit 8,4 % einen herausragenden Wert aufweisen, der erst ab der Altersgruppe 45 bis unter 50 Jahre überboten wird. Die Männer im selben Alter hingegen verzeichnen mit 5,4 % beim Wahlscheinempfang einen durchschnittlichen Wert (Tabelle 3).

Wahlbeteiligung stark gesunken

Waren bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 noch Zuwächse bei der Wahlbeteiligung zu erkennen, so lässt sich bei der Landtagswahl 2014 sowohl im endgültigen Ergebnis als auch in der repräsentativen Wahlstatistik ein Rückgang feststellen. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl 2009 hat sich die Wahlbeteiligung um 19,0 Prozentpunkte auf insgesamt 48,5 % verringert. Hierbei ist zu beachten,

dass im Jahr 2009 die Landtagswahl zusammen mit der Bundestagswahl stattfand und sich diese Zusammenlegung wesentlich auf die Beteiligung auswirkte. Erneut zeigt sich, dass die unter 35-Jährigen im Durchschnitt am wenigsten an der Wahl teilgenommen haben. Positiv zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die 16- bis unter 18-Jährigen, da sie bei den unter 35-Jährigen mit 41,5 % die höchsten Beteiligungsquoten aufwiesen. Im Gegensatz dazu waren bei den 21- bis unter 25-Jährigen nur etwas mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten (26,2 %) an der Wahl beteiligt. Die Frauen in dieser Gruppe markieren mit 24,5 % Wahlbeteiligung den Tiefstand. In den nachfolgenden Altersgruppen steigt die Beteiligung, wie zu erwarten, von 30,1 % (25 bis unter 30 Jahre) auf 59,1 % (60 bis unter 70 Jahre). Bei den mittleren Altersgruppen nahm im Durchschnitt ein Drittel der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger teil. In der Gruppe der 35- bis unter 40-Jährigen steigt die Beteiligung erstmals wieder auf über 40,0 % (Männer: 40,9 %; Frauen: 42,6 %). Betrachtet man die Jahrgänge der vor 1965 Geborenen, fällt auf, dass sich ab diesem Alter etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten (insgesamt: 51,0 %) an der Wahl beteiligt haben. In der nachfolgenden Gruppe der 60- bis unter 70-Jährigen steigt die Beteiligung dann noch einmal deutlich auf 59,1 %, wobei der Unterschied zwischen den Geschlechtern mit 0,1 Prozentpunkten zu vernachlässigen ist. In der letzten Altersgruppe (70 Jahre und älter) sinkt der Wert um 1,1 Prozentpunkte auf 58,0 %. Auffällig ist die Tatsache, dass Frauen bis unter 70 Jahre insgesamt stärker an der Landtagswahl teilgenommen haben als ihre männlichen Altersgenossen. Erst ab einem Alter von über 70 Jahren dreht sich das Verhältnis zugunsten der Männer mit einer Differenz von 9,7 Prozentpunkten. Die Männer der Generation 70 plus stellen mit 63,7 % das Maximum der Wahlbeteiligung, während bei den wahlberechtigten Frauen im gleichen Alter etwas mehr als die Hälfte (54,0 %) an der Wahl teilnahm. Insgesamt betrachtet, fällt auf, dass über alle Altersgruppen hinweg die Beteiligung im Vergleich

3 | Wahlscheinempfänger bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014 und am 27. September 2009 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Wahlscheinempfänger ¹						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						%-Punkte		
16 bis unter 18.....	6,9	5,4	8,4	x	x	x	x	x	x
18 bis unter 21.....	5,8	5,5	6,1	7,5	7,3	7,9	-1,7	-1,8	-1,8
21 bis unter 25.....	5,5	5,3	5,8	9,2	8,7	9,8	-3,7	-3,4	-4,0
25 bis unter 30.....	6,0	5,4	6,6	8,6	8,3	8,9	-2,6	-2,9	-2,3
30 bis unter 35.....	6,3	5,7	6,8	8,7	8,8	8,6	-2,4	-3,1	-1,8
35 bis unter 40.....	6,9	6,6	7,2	7,7	7,9	7,5	-0,8	-1,3	-0,3
40 bis unter 45.....	7,3	6,8	7,8	8,4	8,3	8,5	-1,1	-1,5	-0,7
45 bis unter 50.....	8,2	7,5	8,9	9,7	8,9	10,6	-1,5	-1,4	-1,7
50 bis unter 60.....	10,4	9,7	11,2	11,5	10,7	12,2	-1,1	-1,0	-1,0
60 bis unter 70.....	14,2	13,7	14,7	14,3	14,3	14,3	-0,1	-0,6	0,4
70 und älter.....	14,7	15,9	13,9	13,4	14,2	13,0	1,3	1,7	0,9
Insgesamt	10,3	9,9	10,8	10,8	10,5	11,2	-0,5	-0,6	-0,4

¹ bezogen auf die Wahlberechtigten

zur Vorwahl mitunter stark abgenommen hat (insgesamt: -19,0 Prozentpunkte). Die geringsten Einbrüche in der Beteiligung verzeichnet die Gruppe 70 plus mit -8,3 Prozentpunkten. Bei der Gruppe der 60- bis unter 70-Jährigen steigen diese Werte bereits auf -17,0 Prozentpunkte. In allen weiteren Altersgruppen liegt die Differenz der Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2009 bei über 20,0 Prozentpunkten. Die stärksten Einbrüche sind in der Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen zu beobachten (insgesamt: -28,4 Prozentpunkte). Insbesondere Frauen in diesem Alter blieben der Wahl fern, was sich in einer Differenz von -29,5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2009 (54,0 %; 2014: 24,5 %) äußert (Tabelle 4).

Rückblick auf das amtliche Endergebnis

Die Wahlbeteiligung zur Landtagswahl 2014 lag laut amtlichem Endergebnis bei 47,9 % (2009: 67,0 %). Insgesamt wurden im Vergleich zu 2009 rund 396 Tsd. Erst- und 401 Tsd. Zweitstimmen weniger verteilt. Als Gewinner der Landtagswahl in Brandenburg ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit 31,9 % der Zweitstimmen hervor. Im Vergleich zum Wahlergebnis 2009 verloren die Sozialdemokraten jedoch rund 143 Tsd. Zweitstimmen. Bei den Erststimmen errangen sie 31,3 % und sicherten sich so 29 Direktmandate im Brandenburger Landtag. Die Christlich Demokratische Union (CDU) konnte ihr Vorwahlergebnis verbessern. Die Christdemokraten erhielten insgesamt 23,0 % der Zweitstimmen (2009: 19,8 %). Als Verlierer ging DIE LINKE aus der Landtagswahl 2014 hervor. Sie erreichte bei den Erststimmen 20,6 % und konnte vier Wahlkreise gewinnen. Bei den Zweitstimmen errang sie 18,6 % und wurde immerhin noch drittstärkste Kraft in Brandenburg. Die eigentlichen Verluste der Linken werden jedoch erst in Relation zur Vorwahl deutlich. Im Jahr 2009 erreichte sie bei den Zweitstimmen 27,2 %, dementsprechend verlor sie im Jahr 2014 8,6 Prozentpunkte. Für die Partei GRÜNE/B 90 war das Ergebnis bei der Landtagswahl 2014 ein Erfolg. Nachdem sie 2009 zum ersten Mal in den Brandenburger

Landtag eingezogen war, gelang es ihr 2014, 6,2 % der Zweitstimmen zu erringen. Zwar konnten die Grünen keinen Wahlkreis gewinnen, aber sich aufgrund der Zweitstimmen insgesamt sechs Mandate im Landtag sichern. Die FDP hingegen verpasste den Einzug in das Landesparlament und erreichte auch kein Direktmandat. Insgesamt entfielen auf die Liberalen 1,5 % der Zweitstimmen. Die politische Vereinigung Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FREIE WÄHLER) konnte insgesamt 5,1 % der Erst- und 2,7 % der Zweitstimmen für sich verbuchen. Aufgrund des Gewinns eines Wahlkreises wurde die BVB/FREIE WÄHLER bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten berücksichtigt und konnte somit insgesamt drei Mandate im neuen Landtag erringen. Die Alternative für Deutschland (AfD) sicherte sich bei ihrer ersten Landtagswahl in Brandenburg 12,2 % der Zweitstimmen. Des Weiteren erhielten die PIRATEN 1,5 % und die NPD 2,2 % der Zweitstimmen. Alle weiteren Parteien und Einzelbewerber blieben bei den jeweiligen Stimmanteilen deutlich unter 1,0 %.

Rote Regierung bestätigt trotz Stimmverlusten bei den Linken, AfD zieht in den Landtag ein

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht nicht nur einen Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung, sondern auch eine Analyse des Abstimmungsverhaltens nach Altersgruppen und Geschlecht.

Ein typisches Merkmal der SPD ist, dass sich ihre Wählerschaft mit zunehmendem Alter vergrößert. Insgesamt sind die 60-Jährigen und älter mit 40,6 % der Zweitstimmen deutlich stärker der SPD zugeneigt als die Jüngeren. Im Gegensatz zu vorangegangenen Wahlen sind mittlerweile die Frauen diejenigen, die verstärkt ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten setzen. Im Vergleich zu den Männern (Zweitstimme: 28,5 %) gaben insgesamt betrachtet 35,2 % ihre Zweitstimme der SPD.

Die Partei DIE LINKE musste in allen Altersgruppen (-8,6 Prozentpunkte bei der Zweitstimme) erhebliche Verluste hinnehmen. Nach wie vor erzielte sie die

4 | Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014 und am 27. September 2009 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
%						%Punkte			
16 bis unter 18.....	41,5	39,5	43,6	x	x	x	x	x	x
18 bis unter 21.....	34,0	36,2	31,7	59,2	59,9	58,6	-25,2	-23,7	-26,9
21 bis unter 25.....	26,2	27,8	24,5	54,6	55,3	54,0	-28,4	-27,5	-29,5
25 bis unter 30.....	30,1	29,6	30,6	54,0	53,0	55,2	-23,9	-23,4	-24,6
30 bis unter 35.....	34,6	32,7	36,7	60,6	58,1	63,3	-26,0	-25,4	-26,6
35 bis unter 40.....	41,7	40,9	42,6	66,1	62,7	69,7	-24,4	-21,8	-27,1
40 bis unter 45.....	45,3	44,1	46,6	70,5	67,9	73,2	-25,2	-23,8	-26,6
45 bis unter 50.....	48,6	47,3	49,9	70,5	68,7	72,5	-21,9	-21,4	-22,6
50 bis unter 60.....	51,0	50,0	52,0	71,9	70,3	73,4	-20,9	-20,3	-21,4
60 bis unter 70.....	59,1	59,1	59,2	76,1	75,9	76,2	-17,0	-16,8	-17,0
70 und älter.....	58,0	63,7	54,0	66,3	73,5	61,6	-8,3	-9,8	-7,6
Insgesamt	48,5	48,5	48,6	67,5	67,2	67,7	-19,0	-18,7	-19,1

besten Ergebnisse, ebenso wie die SPD, bei den älteren Wählerinnen und Wählern in der Altersgruppe 60 Jahre und älter (Zweitstimme: 23,7 %). Verglichen mit der Vorwahl 2009 waren die negativen Veränderungen bei den Linken relativ hoch (Zweitstimme: -8,6 Prozentpunkte). Am deutlichsten zeigten sich die Verluste mit -12,1 Prozentpunkten bei der Zweitstimme in der Altersgruppe 45 bis unter 60 Jahre, hierbei besonders bei den Männern. Allgemein lässt sich bezogen auf das geschlechterspezifische Wahlverhalten festhalten, dass Männer ab 60 Jahre häufiger ihre Stimme der Partei DIE LINKE gaben als Frauen. Die einzige Ausnahme bilden die 45- bis unter 60-jährigen Frauen, die sich knapp vor den Männern positionieren konnten.

Für die CDU lässt sich festhalten, dass ihre Wählerschaft über alle Altersgruppen hinweg, im Vergleich zu den anderen untersuchten Parteien, relativ homogen ist. Im Allgemeinen war der Stimmenanteil, den die CDU von Frauen erhielt, bis auf wenige Ausnahmen leicht höher als der von den Männern. So wählten beispielsweise 22,0 % der Frauen von 16 bis unter 25 Jahre mit der Zweitstimme die CDU, im Gegensatz zu 19,4 % der Männer derselben Altersgruppe. Ebenso deutlich wird dies bei den Wählerinnen und Wählern der Gruppe 60 plus, die mit 21,1 % (Männer) und 23,1 % (Frauen) die Landesliste wählten. Insgesamt lässt sich für die CDU beobachten, dass ihr Zuspruch bis zur Gruppe der 35- bis unter 45-Jährigen leicht ansteigt, um danach mit steigendem Alter leicht abzufallen. Ausgehend von den 20,6 % (Zweitstimme) bei den 16- bis unter 25-Jährigen steigt der Zweitstimmenanteil bis zum Höchststand von 25,9 % bei den 35- bis unter 45-Jährigen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2009 konnten die Christdemokraten in allen Altersgruppen leichte Gewinne verbuchen. Besonders treten bei den Zweitstimmen die 35- bis unter 45-jährigen Frauen (+5,2 Prozentpunkte) und die 45- bis unter 60-jährigen Männer (+4,7 Prozentpunkte) hervor.

Der beschriebenen Entwicklung, dass sich die Wählerschaft der Partei DIE LINKE, der SPD und in Teilen der CDU aus den älteren Generationen rekrutiert, stehen die Ergebnisse der kleineren Parteien entgegen. Die GRÜNEN/B 90 werden in Brandenburg mehrheitlich von jüngeren Menschen gewählt. Mit fortschreitendem Alter sinkt die Bereitschaft grün zu wählen deutlich. Ausgehend von der Altersgruppe 16 bis unter 25 Jahre, die mit 16,2 % (Zweitstimme) die GRÜNEN/B 90 wählte, sinkt dieser Wert stetig bis zum Tief von 2,4 % (Zweitstimme) bei der Gruppe 60 plus. Besonders stechen bei den GRÜNEN/B 90 die Frauen im Alter von 16 bis unter 25 Jahren mit einem Zuspruch von 19,5 % (Zweitstimme) heraus. Im Vergleich dazu schnitten die GRÜNEN/B 90 bei den Männern in derselben Altersgruppe mit 13,3 % der Zweitstimmen relativ bescheiden ab. Insgesamt mussten die GRÜNEN/B 90 im Vergleich zu 2009 nur bei den ältesten Wählerinnen und Wählern Verluste hinnehmen. Die Zugewinne (insgesamt Zweitstimme: +0,5 Prozentpunkte) in den anderen Altersgruppen, vor allem bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern, gleichen diese Verluste im Wesentlichen

wieder aus und deuten an, dass die GRÜNEN in Brandenburg über eine etablierte Wählerbasis verfügen.

Als Verlierer der Landtagswahl 2014 gilt die FDP, die in allen Altersgruppen und sowohl bei den Männern als auch den Frauen starke Einbrüche hinnehmen musste. Besonders spiegelt sich diese Tatsache in den Altersgruppen 25 bis unter 45 Jahre wider. Insgesamt verloren die Liberalen bei den Zweitstimmen 5,7 Prozentpunkte. Im geschlechterspezifischen Vergleich wandten sich mehr Männer als Frauen von der FDP ab, obwohl sie 2009 maßgeblich den Erfolg beeinflusst hatten.

Als ein Gewinner der Landtagswahl 2014 ging die AfD hervor. Sie konnte auf Anhieb die 5 %-Marke überwinden und feierte mit 12,2 % der Zweitstimmen einen Achtungserfolg. Die AfD konnte mit Ausnahme der Gruppe 60 plus (8,9 %) in allen Altersgruppen deutlich über 10,0 % der Zweitstimmen einfahren. Dafür wurden insbesondere Männer in der Altersgruppe 25 bis unter 35 Jahre (Zweitstimme: 17,1 %) und 35 bis unter 45 Jahre (Zweitstimme: 18,6 %) von der Programmatik angezogen. Weniger attraktiv schien die AfD hingegen für Frauen in allen Altersgruppen zu sein, bei denen sie insgesamt 9,5 % der Zweitstimmen erzielte.

Die zum ersten Mal bei einer Brandenburger Landtagswahl angetretenen PIRATEN wurden vorwiegend von der jüngeren Generation gewählt. Besonders deutlich wird dies, wenn man die 16- bis unter 25-Jährigen und die Gruppe 60 plus miteinander vergleicht. Wählten bei den 16- bis unter 25-Jährigen insgesamt 7,1 % mit der Zweitstimme die PIRATEN, so waren es in der mittleren Altersgruppe 35 bis unter 45 Jahre nur noch 2,0 % und bei der Gruppe 60 plus nur noch 0,2 %. Die PIRATEN sind nach wie vor eine Partei, deren Wählerschaft männlich dominiert ist. Interessanterweise verringern sich jedoch mit steigendem Alter die Geschlechterdisparitäten.

Die NPD konnte ihr Ergebnis aus dem Jahr 2009 (Zweitstimme: 2,6 %) nicht bestätigen und verlor leicht bei den Zweitstimmen (-0,4 Prozentpunkte). Wie bei den letzten Wahlen rekrutierte sie ihre Wählerschaft mehrheitlich bei den jungen Erwachsenen. Mit zunehmendem Alter sank die Bereitschaft, die NPD zu wählen, was sich an den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik gut ablesen lässt. Insgesamt gaben bei den 16- bis unter 25-Jährigen 5,4 % und bei den 25- bis unter 35-Jährigen 6,2 % ihre Zweitstimme der NPD. Im Vergleich dazu waren es bei der Altersgruppe 60 Jahre und älter nur noch 0,8 %.

Die BVB/FREIE WÄHLER schaffte bei der Wahl 2014 den Einzug in den Landtag Brandenburg. Insgesamt konnte sie ihre Ergebnisse von 2009 sowohl bei den Erststimmen (+3,1 Prozentpunkte) als auch bei den Zweitstimmen (+1,0 Prozentpunkte) verbessern. Betrachtet man die Erststimmen, so fällt auf, dass Frauen (5,2 %) und Männer (5,3 %) in nahezu gleichem Maße die BVB/FREIE WÄHLER gewählt haben. Bei den Zweitstimmen hingegen setzten die Frauen im Alter von 16 bis unter 25 Jahren (1,0 Prozentpunkte) und 25 bis unter 35 Jahren (1,2 Prozentpunkte) im Vergleich zu den Männern öfter das Kreuz bei der BVB/FREIE WÄHLER.

5 | Gültige Zweitstimmen für die Parteien bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014 und am 27. September 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	2014			2009			2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	%						%Punkte		
SPD									
16 bis unter 25 ¹	19,0	18,5	19,6	27,3	26,9	27,9	- 8,3	- 8,4	- 8,3
25 bis unter 35.....	22,3	20,5	24,0	28,1	27,4	28,8	- 5,8	- 6,9	- 4,8
35 bis unter 45.....	23,9	21,5	26,2	29,8	27,6	31,9	- 5,9	- 6,1	- 5,7
45 bis unter 60.....	28,6	25,9	31,3	30,6	28,6	32,6	- 2,0	- 2,7	- 1,3
60 und älter ²	40,6	36,1	44,6	40,4	36,8	43,6	0,2	- 0,7	1,0
Insgesamt	31,9	28,5	35,2	33,0	30,6	35,3	- 1,1	- 2,1	- 0,1
DIE LINKE									
16 bis unter 25 ¹	15,3	15,3	15,2	23,3	21,7	25,1	- 8,0	- 6,4	- 9,9
25 bis unter 35.....	15,9	16,2	15,6	21,9	21,6	22,1	- 6,0	- 5,4	- 6,5
35 bis unter 45.....	13,3	13,0	13,6	22,3	22,2	22,4	- 9,0	- 9,2	- 8,8
45 bis unter 60.....	18,2	17,8	18,6	30,3	31,6	29,0	- 12,1	- 13,8	- 10,4
60 und älter ²	21,4	23,7	19,2	29,4	33,9	25,5	- 8,0	- 10,2	- 6,3
Insgesamt	18,6	19,3	17,9	27,2	28,7	25,7	- 8,6	- 9,4	- 7,8
CDU									
16 bis unter 25 ¹	20,6	19,4	22,0	17,6	16,8	18,6	3,0	2,6	3,4
25 bis unter 35.....	22,1	21,2	23,0	19,9	19,1	20,7	2,2	2,1	2,3
35 bis unter 45.....	25,9	25,3	26,5	21,4	21,5	21,3	4,5	3,8	5,2
45 bis unter 60.....	23,5	23,6	23,4	19,2	18,9	19,4	4,3	4,7	4,0
60 und älter ²	22,1	21,1	23,1	20,1	18,9	21,1	2,0	2,2	2,0
Insgesamt	23,0	22,4	23,6	19,8	19,2	20,4	3,2	3,2	3,2
FDP									
16 bis unter 25 ¹	2,1	1,9	2,5	9,8	11,5	7,8	- 7,7	- 9,6	- 5,3
25 bis unter 35.....	2,0	2,0	2,0	10,9	11,4	10,4	- 8,9	- 9,4	- 8,4
35 bis unter 45.....	2,3	2,8	1,9	10,0	11,2	8,8	- 7,7	- 8,4	- 6,9
45 bis unter 60.....	1,3	1,6	1,1	7,0	7,5	6,6	- 5,7	- 5,9	- 5,5
60 und älter ²	1,1	1,0	1,1	3,9	3,9	3,9	- 2,8	- 2,9	- 2,8
Insgesamt	1,5	1,6	1,4	7,2	7,9	6,6	- 5,7	- 6,3	- 5,2
GRÜNE/B 90									
16 bis unter 25 ¹	16,2	13,3	19,5	9,9	8,1	12,0	6,3	5,2	7,5
25 bis unter 35.....	8,9	6,2	11,6	6,8	5,4	8,1	2,1	0,8	3,5
35 bis unter 45.....	10,5	8,6	12,4	8,4	7,7	9,0	2,1	0,9	3,4
45 bis unter 60.....	7,0	6,1	7,8	5,7	5,3	6,2	1,3	0,8	1,6
60 und älter ²	2,4	2,4	2,4	2,6	2,2	3,0	- 0,2	0,2	- 0,6
Insgesamt	6,2	5,4	6,9	5,7	5,0	6,3	0,5	0,4	0,6
NPD									
16 bis unter 25 ¹	5,4	6,4	4,2	6,0	8,2	3,6	- 0,6	- 1,8	0,6
25 bis unter 35.....	6,2	7,9	4,4	5,9	8,3	3,4	0,3	- 0,4	1,0
35 bis unter 45.....	3,2	4,4	2,0	3,2	4,7	1,8	0,0	- 0,3	0,2
45 bis unter 60.....	1,9	2,8	1,1	1,9	2,9	1,0	0,0	- 0,1	0,1
60 und älter ²	0,8	1,2	0,4	0,8	1,3	0,4	0,0	- 0,1	0,0
Insgesamt	2,2	3,0	1,4	2,6	3,8	1,4	- 0,4	- 0,8	0,0
BVB/FREIE WÄHLER									
16 bis unter 25 ¹	1,7	1,3	2,3	1,9	1,7	2,0	- 0,2	- 0,4	0,3
25 bis unter 35.....	2,6	2,0	3,2	2,9	2,4	3,5	- 0,3	- 0,4	- 0,3
35 bis unter 45.....	2,8	2,6	3,1	2,5	2,2	2,8	0,3	0,4	0,3
45 bis unter 60.....	3,4	3,0	3,7	1,8	1,7	1,8	1,6	1,3	1,9
60 und älter ²	2,2	2,3	2,1	0,6	0,7	0,6	1,6	1,6	1,5
Insgesamt	2,7	2,5	2,8	1,7	1,6	1,8	1,0	0,9	1,0

1 Altersgruppe 2009:
18 bis unter 25 Jahre

2 Aus Vergleichsgründen sind für 2014 die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

Wählerschaft kleiner Parteien splittet häufiger

Das Wahlsystem in Brandenburg sieht zur Wahl des Landtages eine Aufteilung in eine Erst- und eine Zweitstimme vor. Dies soll die Effekte des Mehrheitswahlrechts in Form der Erststimme abmildern und bringt mit der Zweitstimme das Element der Verhältniswahl ein. Aufgrund dessen ist es möglich, seine zwei Stimmen aufzuteilen (sog. Splitting). Neu ist diese Möglichkeit nicht, jedoch machen vor allem Wählerinnen und Wähler der kleineren Parteien davon Gebrauch. Teilweise bleibt ihnen auch nichts anderes übrig, da insbesondere kleine Parteien in zahlreichen Wahlkreisen keine eigenen Bewerberinnen und Bewerber aufstellen. Im Grunde ist es eine strategische Entscheidung, um die persönlichen Präferenzen für kleinere Parteien zu wahren, gleichzeitig bestimmte Koalitionswünsche zu kommunizieren oder strategisch zu handeln und die Erststimme nicht zu verschenken. Prinzipiell neigen die Wählerinnen und Wähler der CDU am wenigsten zu einer Aufteilung ihrer Stimmen: 84,7 % derjenigen, die ihre Zweitstimme der CDU gaben, wählten auch mit ihrer Erststimme eine Kandidatin oder einen Kandidaten der Christdemokraten. Ein ähnlich konsistentes Wahlverhalten zeigen auch die Wählerinnen und Wähler der SPD (76,7 %) und der Partei DIE LINKE (80,2 %). Mit etwas Abstand folgen die Wählerinnen und Wähler der BVB/FREIE WÄHLER (73,9 %), der AfD (64,2 %) und der GRÜNEN/B 90 (60,5 %). Den Spitzenwert bilden hierbei die über 70-jährigen CDU-Wählerinnen und -Wähler, die zu 88,3 % sowohl die Erst- als auch die Zweitstimme auf

die gleiche Partei vereinigten. Weniger konsistent, im Sinne einer Verteilung der Stimmen auf die gleiche Partei, sind die Wählerinnen und Wähler der FDP (47,2 %), der NPD (31,5 %) und der PIRATEN (26,0 %). Mit einigen Ausnahmen lässt sich beobachten, dass mit abnehmendem Alter die Bereitschaft offenbar steigt, die Stimmen zu splitten. Besonders deutlich wird dies bei den 16- bis unter 25-Jährigen. Beispielsweise mussten die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der FDP, der NPD oder der PIRATEN besonders oft ihre Stimmen aufteilen, da die FDP mit lediglich 32 Direktkandidatinnen und -kandidaten, die NPD mit 13 und die PIRATEN mit 14 in 44 Wahlkreisen antraten.

Ein konstantes Muster mit Blick auf potenzielle Koalitionspartner lässt sich auch bei der Landtagswahl 2014 feststellen. Insgesamt wählten 28,5 % der FDP-Wählerinnen und -Wähler mit der Erststimme die Union. Mit etwas Abstand folgten die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN/B 90 (20,1 %), die ihre Erststimme einer SPD-Kandidatin bzw. einem SPD-Kandidaten gaben. Bei den Wählerinnen und Wählern der AfD sind die Präferenzen nicht so eindeutig. Zwar gaben 10,5 % der AfD-Wählerinnen und -Wähler einer Kandidatin oder einem Kandidaten der CDU ihre Erststimme. Jedoch gaben andererseits 7,1 % der Anhänger der AfD ihre Erststimme der SPD. Noch stärker ist die Bereitschaft zum Splitting bei den Anhängern der PIRATEN ausgeprägt. Von denjenigen, die mit der Zweitstimme die PIRATEN wählten, gaben 17,3 % ihre Erststimme den Linken, 13,4 % der BVB/FREIE WÄHLER, 12,8 % den GRÜNEN

Noch 5 | Gültige Zweitstimmen für die Parteien bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014 und am 27. September 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	2014			2009			2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	%						%Punkte		
AfD									
16 bis unter 25 ¹	11,8	14,2	9,0	x	x	x	11,8	14,2	9,0
25 bis unter 35...	14,6	17,1	12,2	x	x	x	14,6	17,1	12,2
35 bis unter 45...	15,4	18,6	12,1	x	x	x	15,4	18,6	12,1
45 bis unter 60...	14,5	17,4	11,6	x	x	x	14,5	17,4	11,6
60 und älter ²	8,9	11,5	6,6	x	x	x	8,9	11,5	6,6
Insgesamt	12,2	15,0	9,5	x	x	x	12,2	15,0	9,5
PIRATEN									
16 bis unter 25 ¹	7,1	8,9	5,0	x	x	x	7,1	8,9	5,0
25 bis unter 35...	4,6	5,9	3,3	x	x	x	4,6	5,9	3,3
35 bis unter 45...	2,0	2,3	1,7	x	x	x	2,0	2,3	1,7
45 bis unter 60...	1,1	1,2	1,0	x	x	x	1,1	1,2	1,0
60 und älter ²	0,2	0,3	0,2	x	x	x	0,2	0,3	0,2
Insgesamt	1,5	1,8	1,1	x	x	x	1,5	1,8	1,1
Sonstige ³									
16 bis unter 25 ¹	0,7	0,7	0,7	4,2	5,2	3,0	-3,5	-4,5	-2,3
25 bis unter 35...	0,8	1,0	0,6	3,6	4,3	3,0	-2,8	-3,3	-2,4
35 bis unter 45...	0,7	0,9	0,4	2,4	2,9	2,0	-1,7	-2,0	-1,6
45 bis unter 60...	0,4	0,6	0,3	3,5	3,5	3,4	-3,1	-2,9	-3,1
60 und älter ²	0,3	0,4	0,1	2,0	2,2	1,9	-1,7	-1,8	-1,8
Insgesamt	0,4	0,6	0,3	2,9	3,2	2,6	-2,5	-2,6	-2,3

¹ Altersgruppe 2009: 18 bis unter 25 Jahre

² Aus Vergleichsgründen sind für 2014 die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

³ Summe aller Parteien ohne SPD, DIE LINKE, CDU, FDP, GRÜNE/B 90, NPD, BVB/FREIE WÄHLER, AfD und PIRATEN

und 12,4 % der SPD. Daneben lässt sich feststellen, dass Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der NPD überdurchschnittlich oft mit der Erststimme die BVB/FREIE WÄHLER (12,6 %) oder die AfD (28,6 %) wählten, während die Zweitstimmenwählerschaft der eben genannten Parteien jedoch kein Interesse (0,3 % bzw. 1,4 %) an einer Direktbewerberin oder einem Direktbewerber der NPD zu haben schien.

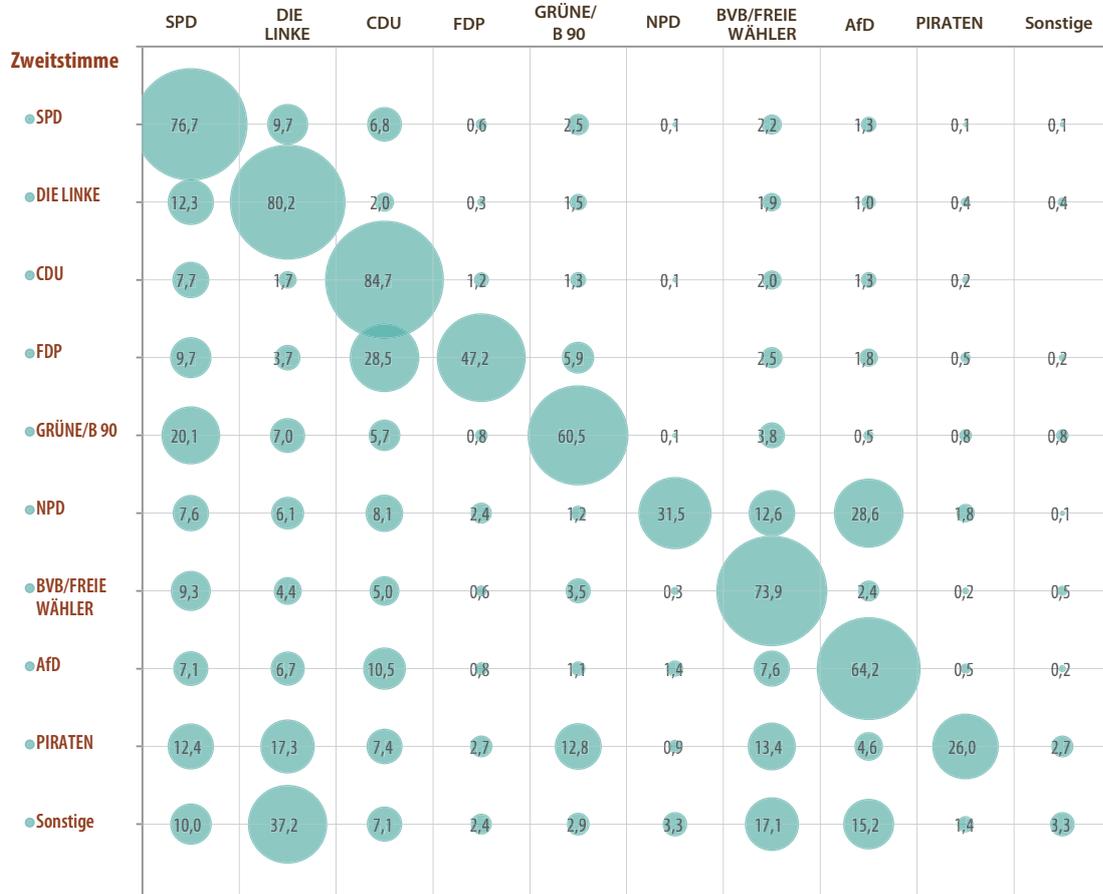
Zusammenfassung

Wie bei der vorangegangenen Bundestags- und Europawahl lässt sich erneut feststellen, dass ältere Menschen den Wahlausgang stärker beeinflussen als die jüngeren Generationen. Dies hängt einerseits mit ihrer zahlenmäßigen Größe im Vergleich zu den Jüngeren zusammen und wird durch den demografischen Wandel weiter begünstigt. Andererseits beteiligen sich ältere Wählerinnen und Wähler stärker an der politischen Willensbildung, möglicherweise als Resultat von Sozialisierungseffekten. Insgesamt ging die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2014 im Vergleich zu 2009 mit 19,0 Prozentpunkten deutlich zurück. Die höchsten Rückgänge verzeichnet die Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen (-28,4 Prozentpunkte). Hingegen ist die Gruppe 70 plus mit -8,3 Prozentpunkten von den geringsten Rückgängen betroffen. Weiterhin lassen sich im Zusam-

menhang mit dem Alter durchaus Präferenzen für einzelne Parteien erkennen. Jüngere Menschen wählten verstärkt kleine Parteien, wie beispielsweise die GRÜNEN/B 90 oder die PIRATEN. Ältere Generationen bevorzugten eher CDU und SPD sowie DIE LINKE. Innerhalb einer Parteiwählerschaft zeigen sich weitere Auffälligkeiten. So steigt die Bereitschaft zur Wahl der Parteien DIE LINKE und SPD mit dem Alter. Bei den GRÜNEN/B 90, den PIRATEN und der AfD verhält es sich genau entgegengesetzt. Einzig die CDU und die BVB/FREIE WÄHLER können über alle Generationen hinweg gleichmäßig mobilisieren. Betrachtet man die Gewinne und Verluste der Parteien pro Altersgruppe, so fällt auf, dass besonders DIE LINKE, die FDP und in Teilen die SPD bei den Zweitstimmen deutliche Verluste zu verzeichnen hatten. Im traditionell „rot“ wählenden Brandenburg sollte dies von den entsprechenden Parteien als Signal verstanden werden, vor allem vor dem Hintergrund des Erfolgs der AfD.

Der weitaus größte Teil der Wählerinnen und Wähler gab Erst- und Zweitstimme derselben Partei. Der Anteil an gesplitteten Stimmen war innerhalb des Parteienspektrums sehr unterschiedlich. Die größte „Parteitreue“ findet sich hierbei innerhalb der CDU-Wählerschaft, gefolgt von den Linken und den Sozialdemokraten. Auffallend oft splitteten Zweit-

a | Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme der vorstehenden Partei gaben, wählten mit der Erststimme den Kandidaten der ...



stimmenwählerinnen und -wähler der PIRATEN, der NPD und der FDP, weil diese Parteien in zahlreichen Wahlkreisen keine Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt hatten. In Bezug auf mögliche Wunschkoalitionen zeigen sich die bekannten Präferenzen, sofern die Stimmen gesplittet wurden. Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der GRÜNEN/B 90 wählten meist die SPD mit der Erststimme, ebenso Anhänger der FDP, die ihre Erststimme der CDU gaben. In Bezug auf das rechte Parteienspektrum zeigt sich, dass diejenigen, die mit der Zweitstimme die NPD wählten und ihre Stimmen aufteilten, im Wesentlichen zur AfD neigten.

Thomas Lehmann war vor seinem Wechsel in das Referat *Schule Berlin, Bildungsanalysen* Mitarbeiter des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg im Bereich *Wahlen* Brandenburg. Er beriet die Verwaltungen beim Einsatz der Wahl-Software und organisierte Testwahlen.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik stehen im Internetangebot des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zur Verfügung:

https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2014/SB_B07-02-05-2014j05_BB.pdf

Wahlen

Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Landtagswahl im Land Brandenburg am 14. September 2014 – eine Aggregatdatenanalyse

von Ricarda Nauenburg, Jörg Feilbach und Cathleen Faber

Ist eine Partei dort überdurchschnittlich stark, wo eine andere unterdurchschnittlich abgeschnitten hat? Gibt es Wahlregionen, in denen jeweils zwei Parteien erfolgreich waren, während sie in anderen Gebieten beide ihre Diaspora erlebten? Diese Fragen beantwortet ein Blick auf die Zusammenhänge zwischen den Stimmenanteilen von jeweils zwei Parteien in den Wahlregionen.

Davon ausgehend, dass Wahlentscheidungen mit der sozialen Lage der Wählerinnen und Wähler verknüpft sind, lassen sich auf der Ebene der 200 Brandenburger Wahlregionen Zusammenhänge zwischen den Stimmenanteilen der Parteien und dem sozialen Umfeld in der Wahlregion erkennen.

Als Zusammenhangsmaß dient der Korrelationskoeffizient r , welcher Richtung und Stärke einer Beziehung anzeigt. Der Koeffizient r kann Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen. Ein positiver Wert zwischen einem Strukturmerkmal und dem Abschneiden einer Partei bzw. zwischen den Stimmenanteilen zweier Parteien weist auf einen gleichgerichteten, ein negativer auf einen entgegengesetzten Zusammenhang hin. Koeffizienten nahe $+/-1$ deuten einen starken, Werte nahe 0 einen nicht vorhandenen Zusammenhang an.

Die Stimmenanteile für die SPD zeigen bei dieser Landtagswahl weder Zusammenhänge mit dem Abschneiden der anderen Parteien noch mit der sozialen Situation in den Wahlregionen. Die Stimmen für DIE LINKE waren dort besonders niedrig, wo die CDU stark war. In Gebieten mit wenigen Kirchenmitgliedern schnitt DIE LINKE besser ab. Dementsprechend gewann die CDU die meisten Stimmen dort, wo viele kirchlich Gebundene wohnen, aber auch bei einer hohen Wohneigentumsquote und vielen Wählern mittleren Alters. Negativ wirkte sich für die CDU eine hohe SGB II-Quote aus. Die FDP schnitt am besten ab, wo auch die Christdemokraten und die GRÜNEN/B 90 am erfolgreichsten waren. In wachsenden Regionen hatten die Freien Demokraten noch den meisten Rückhalt. Auch die GRÜNEN/B 90 sind im Land Brandenburg eine Partei, die in den prosperierenden Wahlregionen ihre Hochburgen hat – ein Profil, das auch die Partei AfD und die sonstigen Parteien zeigen. In benachteiligten Gebieten wird die Partei AfD eher gemieden und die Nichtwahl bevorzugt.

Stimmenanteile für die SPD nicht abhängig von Sozialindikatoren

Bei dieser Landtagswahl – wie auch schon bei der Europawahl 2014 – zeigen die Wahlergebnisse der SPD in den Brandenburger Wahlregionen nur schwache Zusammenhänge mit den Ergebnissen der anderen Parteien. Eine niedrige Wahlbeteiligung in der Wahlregion verringerte die Zahl der SPD-Stimmen jedoch deutlich ($r = -0,47$).

Auch mit den Sozialindikatoren der Wahlregionen ist kein Zusammenhang zu erkennen. Die SPD wird in Brandenburg als Volkspartei unabhängig von der sozialen Situation in der jeweiligen Region gewählt.

DIE LINKE schneidet am besten ab, wo die CDU schwach ist und wenige Kirchenmitglieder wohnen

Das Abschneiden der Partei DIE LINKE bei dieser Landtagswahl steht mit den Wahlergebnissen der CDU in einem deutlich negativen Zusammenhang. Dort, wo DIE LINKE die niedrigsten Zweitstimmenanteile erzielte, lag die CDU überdurchschnittlich hoch ($r = -0,33$).

Ein Zusammenhang der Stimmenanteile für DIE LINKE mit dem sozialen Umfeld in der Wahlregion lässt sich nur für einen Indikator nachweisen: Je höher der Anteil der Kirchenmitglieder, desto weniger Stimmen gab es für DIE LINKE ($r = -0,42$).

CDU erfolgreich bei starkem christlichen Wählerklientel

Wo CDU gewählt wurde, hatte auch die FDP noch ihre besten Ergebnisse bei dieser Landtagswahl ($r = 0,46$). Aber auch die Partei AfD ist dort besonders stark ($r = 0,31$). Dagegen hat DIE LINKE in diesen Wahlregionen ihre schlechtesten Ergebnisse eingefahren. Eine besonders geringe Wahlbeteiligung kostete die CDU deutlich Stimmen ($r = -0,66$).

Dort, wo besonders viele Wähler mittleren Alters wohnen, konnte die CDU überdurchschnittlich punkten ($r = 0,33$). Viele Kirchenmitglieder in der Wahlregion brachten der CDU ebenfalls Stimmen ($r = 0,61$). In gleicher Weise wirkte ein hoher Anteil an Wohneigentum ($r = 0,48$). Leben dagegen viele SGB II-Empfänger („Hartz IV“) im Wahlgebiet, war das Ergebnis der Konservativen unterdurchschnittlich ($r = -0,48$).

Wahlverliererin FDP am stärksten dort, wo auch die CDU und GRÜNE/B 90 besonders erfolgreich waren

In Gebieten, wo die CDU, aber auch die GRÜNEN/B 90 ihre besten Ergebnisse erzielten, waren die Freien Demokraten, ungeachtet ihrer deutlichen Verluste, überdurchschnittlich erfolgreich ($r = 0,46$; $r = 0,62$). Bei geringer Wahlbeteiligung waren die Stimmenanteile für die Freien Demokraten noch geringer ($r = -0,52$).

Zusammenhänge zwischen den geringen Zweitstimmenanteilen der FDP und Indikatoren des sozialen Umfeldes bestehen beim Anteil der 16- bis unter 30-Jährigen. Insbesondere bei höheren Anteilen Jüngerer erhielt die FDP überdurchschnittlich viele Zweitstimmen ($r = 0,61$). Auch bei positiver Einwohnerentwicklung – einem weiteren Indikator für prosperierende Regionen – und einem hohen Anteil von Kirchenmitgliedern lagen die Stimmenanteile der FDP über ihrem Landesergebnis ($r = 0,44$; $r = 0,36$). In Regionen mit vielen Älteren und/oder einem hohen Anteil von SGB II-Empfängern („Hartz IV“) fanden

sich die Freien Demokraten bei dieser Wahl noch unter ihrem desaströsen Landesergebnis wieder ($r = -0,37$; $r = -0,46$).

GRÜNE/B 90 am stärksten in jungen, prosperierenden Regionen

Die GRÜNEN/B 90 waren besonders erfolgreich in den gleichen Regionen, in denen die Freien Demokraten trotz ihrer deutlichen Verluste noch am erfolgreichsten waren ($r = 0,62$). Darüber hinaus schlugen die GRÜNEN/B 90 aus einer relativ hohen Wahlbeteiligung in der Region Kapital ($r = -0,62$).

Strukturell ist diese Partei in prosperierenden, jungen Regionen begünstigt. So wirkt sich ein hoher Anteil an Personen im Alter von 16 bis unter 30 Jahren ($r = 0,77$) und eine positive Einwohnerentwicklung ($r = 0,72$) positiv auf das Abschneiden der GRÜNEN/B 90 aus. Weniger erfolgreich war man dagegen in Gebieten mit einem hohen Anteil an Personen im Alter von 65 und mehr Jahren ($r = -0,49$), mit vielen SGB II-Empfängern ($r = -0,52$) und einem hohen Wohnungsleerstand ($r = -0,48$).

AfD begünstigt in Gebieten mit geringer SGB II-Quote

Die EURO-kritische Partei AfD wies, bezogen auf das Abschneiden anderer Parteien, am ehesten dort Erfolge auf, wo auch die CDU überdurchschnittlich erfolgreich war ($r = 0,31$). Auch nützte ein geringerer Nichtwähleranteil der AfD ($r = -0,48$).

Strukturell deutet sich an, dass die AfD wenig Zuspruch durch sozial Benachteiligte erfährt. Regionen mit hohem Anteil an SGB II-Empfängern zählen nicht zu den Hochburgen dieser Partei ($r = -0,41$). Hohe Anteile an Personen mittleren Alters (30 bis unter 65 Jahre) sowie an Wohneigentum sind dagegen für erfolgreiche Regionen kennzeichnend (jeweils $r = 0,34$).

Sonstige Parteien bei hoher SGB II-Quote weniger gewählt

Die sonstigen Parteien weisen zusammen genommen keine Zusammenhänge zum Abschneiden der übrigen Parteien auf. Eine leicht negative Korrelation ist mit einem hohen Anteil an Nichtwählern feststellbar ($r = -0,34$).

Sozialstrukturell ist ein Zusammenhang in Gebieten mit einem geringen Anteil an Hartz IV-Empfängern (SGB II-Quote) auffällig ($r = -0,34$).

Wahlbeteiligung in benachteiligten Gebieten gering

Für die Parteien CDU ($r = -0,66$), GRÜNE/B 90 ($r = -0,62$), FDP ($r = -0,52$), AfD ($r = -0,48$), SPD ($r = -0,47$) sowie die sonstigen Parteien zusammen genommen ($r = -0,34$) sind die Stimmenanteile umso höher, je niedriger der Nichtwähleranteil

a | Korrelationen zwischen den Zweitstimmenanteilen ausgewählter Parteien bei der Landtagswahl im Land Brandenburg am 14. September 2014



in der jeweiligen Wahlregion ist. Entsprechend erzielten diese Parteien in Regionen mit hohem Anteil an Nichtwählern geringe Wahlerfolge. Für DIE LINKE ($r = -0,22$) ist ein solcher Zusammenhang kaum festzustellen.

In Wahlregionen mit hohen Anteilen an Wohneigentum ($r = -0,36$), kirchlich Gebundenen ($r = 0,39$), einer positiven Einwohnerentwicklung ($r = -0,32$) und jüngeren Personen ($r = -0,43$) war die Neigung, sich an der Landtagswahl zu beteiligen, noch am stärksten ausgeprägt. Dagegen war in Gebieten mit vielen SGB II-Empfängern ($r = 0,66$), einer hohen Leerstandsquote ($r = 0,46$) und vielen Älteren ($r = 0,36$) die Tendenz, der Wahl fernzubleiben, besonders verbreitet.

Methodische Anmerkungen

Der Analyse liegen die Zweitstimmenanteile der Parteien an den Wahlberechtigten bei der Wahl zum Brandenburgischen Landtag am 14. September 2014 zugrunde. Entgegen der üblichen Prozentuierung an den gültigen Stimmen lassen sich so auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler sowie ungültige Stimmen in die Betrachtung einbeziehen.

Die Korrelationen der Stimmenanteile der Parteien untereinander erfolgten auf Basis der 355 Briefwahlbezirke. Die Berechnung der Korrelationen zwischen Stimmenanteilen und dem sozialen Umfeld in den Wahlregionen erfolgte auf der Ebene der Ämter, amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte. Daraus ergaben sich 200 Wahlregionen. In allen Wahlregionen lagen jeweils Wahlergebnisse sowohl von Urnen- als auch von Briefwählern vor.

Um Hinweise auf den Einfluss der Altersstruktur einer Region auf das Wahlergebnis zu erlangen, wurden als Indikatoren die Anteile der Personen in den Altersgruppen „16 bis unter 30 Jahre“, „30 bis unter 65 Jahre“ und „65 Jahre und älter“ an der Gesamtbevölkerung der regionalen Einheit am 31. Dezember 2012 gewählt. Quelle hierfür war die Bevölkerungsfortschreibung nach dem Zensus vom 9. Mai 2011. Der Indikator der Einwohnerentwicklung beschreibt die relative Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Regionen zwischen dem 30. Juni 2007 und dem 30. Juni 2012 nach der Bevölkerungsfortschreibung. Er kennzeichnet durch Zuzüge und Geburten begünstigte bzw. durch Einwohnerschwund benachteiligte Gebiete. Als Maß der sozialen Lage diente die SGB II-Quote. Sie ist der Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II-Statistik) der Bundesagentur für Arbeit entnommen und bildet den Anteil der melde-rechtlich registrierten Einwohner un-

ter 65 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften zum 31. Dezember 2012 ab. Da religiöse Überzeugungen Wahlentscheidungen beeinflussen können, wurden evangelische und römisch-katholische Bevölkerungsanteile in die Untersuchung einbezogen. Eigentümerquote und Wohnungsleerstand weisen auf die Siedlungsstruktur bzw. die Attraktivität einer Region hin. Die Anteile der öffentlich-rechtlichen Kirchenmitglieder sowie die Wohnungsleerstands- und Eigentümerquoten wurden aus Daten des Zensus 2011 berechnet.

Ricarda Nauenburg ist Leiterin des Referates *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Jörg Feilbach ist Sachbearbeiter im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

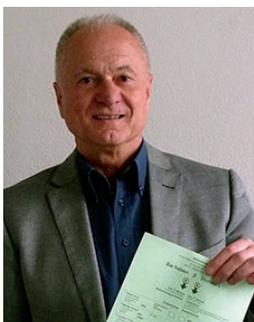
Cathleen Faber ist Diplom-Volkswirtin und seit 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg beschäftigt. Zuvor war sie im Forschungsdaten-zentrum tätig.

b | Korrelationen der Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Landtagswahl im Land Brandenburg am 14. September 2014 mit Strukturindikatoren



Fachgespräch mit Landeswahlleiter Bruno Küpper

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“



Bruno Küpper ist seit 1. Januar 2009 Landeswahlleiter des Landes Brandenburg.

Mit Christoph Schulze gewann erstmals ein parteiloser Einzelkandidat einen Wahlkreis bei einer Landtagswahl. Warum fällt in diesem Fall die Fünf-Prozent-Hürde für die BVB/FREIE WÄHLER und auf welcher Grundlage wird die Anzahl der Sitze berechnet?

| Dies bestimmt § 3 Absatz 1 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes. Zwar kandidierte MdL Schulze nicht als Bewerber einer Partei, jedoch als Spitzenkandidat der politischen Vereinigung BVB/FREIE WÄHLER. Deren Zweitstimmen lagen unter 5 %, sie waren indes infolge der Direktwahl von MdL Schulze bei der Berechnung der Parlamentssitze zu berücksichtigen.

Zurzeit ist es aus gesetzlichen Gründen nicht möglich, bei der Landtagswahl Briefwahlbezirke in der Stichprobe für die repräsentative Wahlstatistik mit einzubeziehen. Gibt es Überlegungen, in Bezug auf diesen Punkt Änderungen im Wahlgesetz vorzunehmen?

| Konkrete Überlegungen gibt es gegenwärtig nicht. Angesichts der tendenziell immer höher werdenden Bedeutung der Briefwahl liegt dies jedoch nahe.

Wenn Bürgerinnen und Bürger beim Wahlgang erfahren, dass sie in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen werden, dürfen sie diese dann auch ablehnen?

| Im Wahllokal selbst hat der Bürger lediglich noch die Möglichkeit, auf seine Stimmabgabe zu verzichten. Ansonsten könnte der Bürger einen Wahlschein beantragen, mit dem er entweder innerhalb seines Wahlkreises in einem anderen Wahlbezirk wählt oder an der Briefwahl teilnimmt.

In drei Urnenwahlbezirken wurden leider falsch gekennzeichnete Stimmzettel ausgegeben. Wie kann es dazu kommen und wie werden dadurch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik beeinflusst?

| In der Tat wurden in drei Wahllokalen die Stimmzettel ohne Berücksichtigung der Unterscheidungsmerkmale ausgegeben. Offenbar haben die Mitglieder in den betreffenden Wahlvorständen schlichtweg ignoriert, dass ihr Wahlbezirk in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen war. Die drei Wahlbezirke mussten aus der Gesamtstichprobe, die ursprünglich 128 Urnenwahlbezirke umfasste, herausgenommen werden. Gleichwohl scheint das Ergebnis repräsentativ gewesen zu sein, denn die vom Amt für Statistik hochgerechneten Zweitstimmen entsprachen genau dem tatsächlich ausgezählten Ergebnis auf Landesebene.

Ist es bei stetig steigender Anzahl der Wahlscheinempfänger irgendwann denkbar, dass der obligatorische Wahlsonntag wegfällt?

| Solange keine ausschließlichen Briefwahlen bzw. Wahlen unter

Einsatz von IT stattfinden, muss die Möglichkeit der Urnenwahl aufrechterhalten werden.

Von Politikern verschiedener Parteien sind in der jüngsten Vergangenheit etliche Vorschläge für eine Verlängerung des Wahlzeitraumes bzw. auch eine Verlagerung der Stimmabgabe außerhalb von Wahllokalen unterbreitet worden. Hauptgrund hierfür war die nachlassende Wahlbeteiligung. Ich halte derartige Vorschläge aus Organisationssicht für problematisch. An Wahlsonntagen bietet Brandenburg ca. 27 000 ehrenamtliche Helfer in der Wahlorganisation auf. Hier und da gab es in der Vergangenheit auch schon Rekrutierungsprobleme. Es liegt auf der Hand, dass jede Abweichung vom jetzigen, auf einen Tag festgelegten System, erhebliche Probleme mit sich bringen würde.

Fünf Stunden nach Schließung der Wahllokale lagen die Wahlergebnisse aller 3 678 Wahlbezirke zur Landtagswahl 2014 vor; im Vergleich zu anderen Wahlen recht schnell. Welche Optimierungsmöglichkeiten bei der Stimmauszählung sehen Sie für zukünftige Wahlen?

| Die Detailansicht der Eingänge der Wahlergebnisse beim Amt für Statistik zeigt, dass um 20 Uhr (also zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale) bereits 94 % der Ergebnisse vorlagen. Demzufolge musste die Wahlorganisation auf die ausstehenden weiteren 6 % nochmals knapp drei Stunden warten. Ähnliche Feststellungen sind auch bei anderen früheren Wahlen bereits getroffen worden. Dabei hat sich auch erwiesen, dass jeweils immer andere Wahlvorstände für die Verzögerungen verantwort-

lich waren. Es ist beabsichtigt, in Gruppenarbeit mit den Wahlleitern bis zu den nächsten landesweiten Wahlen neue praktische Methoden und Hilfsmaterialien zu entwickeln, die landesweit einheitlich vor Ort bei den Wahlvorständen zum Einsatz kommen sollen.

Nach § 36 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes können zur Erleichterung der Abgabe und Zählung der Stimmen anstelle von Stimmzetteln und Wahlurnen Stimmzählgeräte eingesetzt werden. Was spricht für, was gegen den Einsatz von Stimmzählgeräten?

| Stimmzählgeräte sind seinerzeit in Brandenburg nicht flächendeckend eingesetzt worden, sondern nur in Kommunen, die sich für diese Technik entschieden haben. Diese Anwender hatten sich durchweg positiv geäußert, zumal der Vorteil sofort verfügbarer stimmiger Ergebnisse auf der Hand liegt. Nach dem bekannten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2009 hat sich „nicht mehr viel entwickelt“, obwohl das BVerfG derartige Geräte nicht als solche für unzulässig hält.

Wo sehen Sie Verbesserungen bei der Unterstützung von Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleitern im laufenden Wahlgeschäft?

| Ich halte dies nicht für ein generelles Problem. Nach wiederholten Äußerungen der Kreiswahlleiter ist die Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik sowie dem Landeswahlbüro sehr gut. Hierzu haben nach meiner Beurteilung die vielen Kontakte, meistens zur Regelung einzelner Probleme, genauso beigetragen wie das Bemühen um die Verbesserung

der gesamten Wahlorganisation. Ich erinnere auch daran, dass das Amt für Statistik und der Landeswahlleiter im Frühjahr 2013 mit sämtlichen Wahlbehörden des Landes vor Ort ins Gespräch kamen.

Wie schwer ist es, freiwillige Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu mobilisieren? Ist Ihnen eine besonders kreative Wahlhelferbewerbung bekannt, die insbesondere junge Leute motivieren könnte, sich ebenfalls als ehrenamtliche Wahlhelfer zu engagieren?

| Die Wahlbehörden sind natürlich immer bestrebt, ohne Zwangsverpflichtung ausreichend engagierte Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu finden. Neben den bekannten Rekrutierungsmaßnahmen, wie z. B. umfangreiche Pressearbeit oder persönliches Anschreiben der Bürgerinnen und Bürger, die bereits ehrenamtlich in einem Wahlvorstand mitgearbeitet haben, ist mir eine Maßnahme der Stadt Hennigsdorf aus dem Landkreis Oberhavel gut in Erinnerung geblieben. Dort wurde eine Tombola eingerichtet und durch Verlosung erhielten die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer Preise, die auf örtliche Angebote aus dem kulturellen und sportlichen Bereich zurückgriffen.

Was machen Sie in der Zeit, in der keine Wahlen stattfinden?

| Es gilt der Grundsatz: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Insofern müssen die Auswertungen und Nacharbeiten der Wahljahre 2013 und 2014 erfolgen. Dies geschieht u. a. unter Beteiligung des Amtes für Statistik und zahlreicher Wahlleiter aus den Wahlbehörden. Hieraus sind sogar Vorschläge für eine etwaige

Änderung bzw. Fortschreibung der Gesetzgebung wahrscheinlich. Darüber hinaus sind Volksinitiativen und Volksbegehren, für die ebenfalls der Landeswahlleiter zuständig ist, praktisch immer möglich. So wurden vor erst kürzlich dem Landtag die Prüfberichte für drei verschiedene Volksinitiativen übergeben.

Die Landtagswahl 2014 verlief ohne nennenswerte Probleme. Wie stellen Sie sich die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vor?

| Im Gegensatz zu früheren Wahlen hatten wir in der Tat sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei den Wahlen 2014 vergleichsweise geringe Probleme. Diesen Stand gilt es nicht nur zu sichern, sondern auch möglichst noch auszubauen, z. B. hinsichtlich der eingesetzten Software. Ich darf auch darauf hinweisen, dass die Kommunen die vorläufigen Ergebnisse der eigenen Kommunalwahl 2014 noch nicht landesweit gemeldet haben. Dies soll beim nächsten Mal geschehen. Besonders entscheidend für das Gelingen dieser Vorhaben und die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik ist eine möglichst hohe Personalkontinuität auf allen Seiten. Insgesamt bin ich sehr optimistisch, weil ich in den vergangenen beiden Wahljahren die außerordentlich hohe Motivation der Mitarbeiter im Amt für Statistik erleben durfte.

Bildung

▣ Bildungskapital verringert Bildungsrisiken

von **Ulrike Rockmann, Klaus Rehkämper** und **Holger Leerhoff**

Pierre Bourdieu hat mit seinen Studien über das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital die Bildungsdebatte stark beeinflusst. Verwendet man sein Konzept in der empirischen Bildungsforschung, wird deutlich, dass nicht nur das ökonomische, sondern auch das soziale und kulturelle Kapital von entscheidender Bedeutung für Bildungsverläufe und Risikolagen sind.

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um den unveränderten Nachdruck aus: DJI Impulse 3/2014, S. 26–29.

In seinem Aufsatz »Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital« wendet sich der französische Soziologe und Sozialphilosoph Pierre Bourdieu (1930–2002) dagegen, dass der Begriff »Kapital« ausschließlich als ökonomische Kategorie verstanden wird (Bourdieu 1983). Er beschreibt neben diesem allgemein akzeptierten wirtschaftlichen Verständnis zwei weitere Formen – kulturelles und soziales Kapital –, die sich unter anderem dadurch auszeichnen, dass sie direkt und untrennbar mit ihrem Träger (einer Person) verbunden sind und deshalb eine kurzfristige Weitergabe dieses »Kapitals« unmöglich ist. Gerade wenn man den Bereich der Bildung verstehen möchte, müssen diese nicht-ökonomischen Kapitalformen genauer betrachtet werden, denn sie begründen, so Bourdieu, das eigentliche Wesen von Bildung.

Nach Bourdieu existiert kulturelles Kapital in dreifacher Form: erstens als inkorporiertes Kapital (also zu einer Person gehörend), das beispielsweise

durch Primärerziehung in der Familie oder durch den Schul- und Universitätsbesuch oder andere Ausbildungsformen erworben wird. Die Primärerziehung, bewusst oder unbewusst vollzogen, kann dabei sowohl als positiver Faktor, wenn durch sie ein »Vorsprung« geschaffen wird, als auch als negativer Faktor auftreten, wenn spätere Korrekturen zusätzlichen Zeitaufwand erfordern. Diese inkorporierte Form des kulturellen Kapitals gehört, so Bourdieu, als Habitus zu einer Person. Zweitens zeigt sich kulturelles Kapital als objektives Kapital in Form von Büchern, Kunstwerken oder Maschinen. Diese Form des kulturellen Kapitals kann zwar durch ökonomisches Kapital erworben (aber auch vererbt oder verschenkt) werden, das damit verbundene Handlungswissen, wie das Bedienen einer Maschine oder das Verständnis von Kunst, wird damit jedoch nicht weitergegeben. Drittens wird kulturelles Kapital als institutionalisiertes Kapital verstanden, das in einer quasi objektivierten und nachprüfbar Form Kom-

▣ Statistik erklärt – Armutsgefährdungsgrenzen

„Armut“ ist konzeptionell schwer zu fassen. Wer gilt in statistischer Hinsicht als „arm“? Entsprechende Festlegungen können auf Grundlage absoluter und relativer Grenzen erfolgen. So definieren Organisationen wie die Weltbank die Verfügbarkeit von unter 1,25 Dollar pro Tag zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse als absolute Armutsgrenze. Unter dieser leben derzeit geschätzte 1,2 Milliarden Menschen.

In fast allen anderen Kontexten, so auch in der amtlichen Statistik in Europa, werden relative Armutsbegriffe verwendet. Die Schwellen von Armut und Armutsgefährdung werden am (Haushalts-)Einkommen relativ zum Haushaltsäquivalenzeinkommen festgemacht. Das Einkommen eines Haushalts ist definiert als Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Das Haushaltsäquivalenzeinkommen ist eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Als Äquivalenzskala wird meist die „neue OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person im Haushalt das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Liegt das Haushaltseinkommen unter 60 % des Medians des Durchschnittsäquivalenzeinkommens, wird eine Armutsgefährdung angenommen; liegt es unter 40 %, wird eine bestehende Armut angenommen. Laut dem Mikrozensus liegt die Armutsgefährdungsgrenze für 2013 in Deutschland für einen Einpersonenhaushalt bei 892 EUR, für einen vierköpfigen Haushalt mit zwei Erwachsenen, einem Kind über und einem unter 14 Jahren bei 2 052 EUR ($892 \text{ EUR} * (1+0,5+0,5+0,3)$).

Die Ergebnisse können je nach Datenquelle (etwa Mikrozensus, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder Sozio-ökonomisches Panel), Bezugspopulation (Haushalte welcher Region wurden zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens herangezogen?) und Unterschieden in der Berechnung und der zugrunde gelegten prozentualen Schwellen differieren.

petenzen bescheinigt. Im hier betrachteten Kontext von »Bildungskapital« sind dies vornehmlich schulische Abschlüsse, Universitätsdiplome oder andere anerkannte Ausbildungszertifikate. Für alle Formen des kulturellen Kapitals gilt, dass ein starker Zusammenhang mit dem im engeren sozialen Umfeld bereits vorhandenen kulturellen Kapital besteht. Zudem besteht offensichtlich ein enger Zusammenhang zwischen ökonomischem und kulturellem Kapital: Nur wer aufgrund von wirtschaftlicher Absicherung Zeit und Muße hat, kann hinreichend kulturelles Kapital ansammeln.

Soziales Kapital als dritte Spielart basiert auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, auf dem Eingebundensein in ein Netzwerk von »mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen« (Bourdieu 1983, S. 190). Hieraus ergeben sich »Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen« (ebd., S. 190 f.). Diese Art des Kapitals erfordert Zeit, Arbeit und ein ständiges gegenseitiges Geben und Nehmen. Zudem hängt der »Umfang des Sozialkapitals, das einer besitzt [...], sowohl von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die er tatsächlich mobilisieren kann, als auch von dem Umfang des (ökonomischen, kulturellen oder symbolischen) Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht« (ebd., S. 191; Hervorhebungen wurden nicht übernommen). Diese drei Kapitalformen stehen naturgemäß in Wechselbeziehung zueinander. Bourdieu geht von der doppelten Annahme aus, dass ökonomisches Kapital den beiden anderen Formen zugrunde liegt, diese beiden sich aber nicht verlustfrei auf materielle, ökonomische Werte zurückführen lassen.

Der heute verbreitete und auch im Bericht »Bildung in Deutschland 2014« verwendete Begriff des »Humankapitals« stellt demzufolge eine unerlaubte Verkürzung dar, denn er beschränkt sich auf die wirtschaftlichen Aspekte von Bildung und lässt die immateriellen sozialen und kulturellen Kapitalformen außer Acht. Andererseits muss man einräumen, dass – so zutreffend die Analyse von Bourdieu auch sein mag – die in ihr verwendeten Begriffe nur schwer operationalisierbar sind; quantitative Aussagen im Bereich der Bildungsberichterstattung sind aber von erfassbaren Kennziffern und quantifizierten Indikatoren abhängig. Vor diesem Hintergrund wurde erstmals mit dem Bericht »Bildung in Deutschland 2008« eine Übertragung der Kapitalbegriffe Bourdieus in statistisch fassbare Erhebungsgrößen versucht, mit denen auch die Verbindungen zwischen ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital widergespiegelt werden sollten. Dabei wurde der Familienzusammenhang betrachtet, in dem Kinder aufwachsen, und verschiedene Risikolagen identifiziert, welche die Bildungskarrieren der Kinder negativ beeinflussen können.

Hierbei liegt ein finanzielles Risiko vor, wenn die Familie unterhalb der Schwelle der Armutsgefährdung lebt, also der Familie das ökonomische Kapital fehlt.

Ein soziales Risiko liegt dann vor, wenn – im Sinne des Konzepts der International Labour Organization (ILO) – kein Elternteil länger als eine Stunde in der Woche erwerbstätig ist. Wenn Menschen über wenig soziales Kapital verfügen, ihnen also das Eingebundensein in ein tragfähiges Netzwerk (zum Beispiel in Arbeitszusammenhänge oder auch Vereinsbindungen), aus dem vielfältiger Nutzen gezogen werden kann, fehlt, haben sie eine höhere soziale Risikolage.

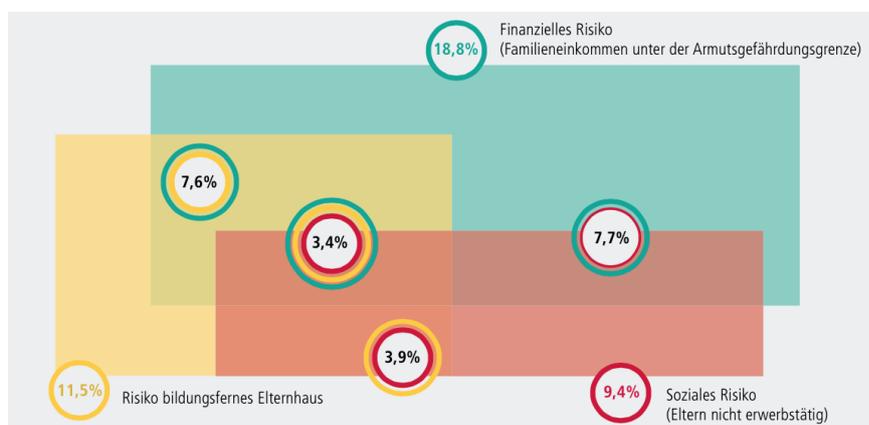
Am schwersten zu erfassen ist das kulturelle Kapital. Hier tritt als Stellvertreter das Risiko des bildungsfernen Elternhauses auf: Eltern, die weder über eine abgeschlossene Berufsausbildung noch über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen, gelten in Bezug auf ihre formale Qualifikation als relativ bildungsarm (Allmendinger/Leibfried 2003; siehe auch Lohauß u. a. 2010).

Die durch diese drei Indikatoren erhobenen Befunde bestätigen im Großen und Ganzen die Analyse Bourdieus: Das Vorliegen eines bildungsfernen Elternhauses, das sich in einem Mangel an kulturellem Kapital ausdrückt, trägt bereits das Risiko späterer Arbeitslosigkeit – und somit den Mangel an sozialem Kapital – in sich. Dies wiederum führt nahezu zwangsläufig zu einer finanziell prekären Lebenslage – einem Mangel an ökonomischem Kapital. Diese und weitere inhaltliche Zusammenhänge lassen sich bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen (etwa Personen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden, Akademikerinnen und Akademikern) in unterschiedlichem Maße identifizieren.

Der Anteil der Kinder, die mit mindestens einer der drei Risikolagen aufwachsen, ist in den letzten sieben Jahren zurückgegangen. Waren es 2005 noch 32,4%, ist der Anteil 2012 auf 29,1% gesunken. Der Anteil der Kinder, die von allen drei Risikolagen betroffen sind, liegt 2012 bei 3,4% (Abbildung a).

Das aus Erwerbslosigkeit resultierende soziale Risiko weist unabhängig vom Alter der Kinder die

a | Risikolagen der unter 18-Jährigen im Jahr 2012



Quelle: Bildung in Deutschland 2014, S. 24 (A4-2). Grafik: Funk E Design, München

größten positiven Veränderungen auf. Es ist in den letzten sieben Jahren in Deutschland insgesamt um rund 3 Prozentpunkte auf 9,4% gesunken, auch durch den Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Mütter (siehe Bildung in Deutschland 2012, S. 25). Das soziale Risiko tritt in Westdeutschland mit 8,1% seltener auf als in Ostdeutschland mit 13,2% und dort wiederum seltener als in den Stadtstaaten (16,4%).

In Ostdeutschland reduzierte sich mit dem Rückgang der Erwerbslosigkeit auch das finanzielle Risiko in etwa vergleichbarem Umfang (3,4 Prozentpunk-

te); mit 0,2 Prozentpunkten in Westdeutschland und 0,5 Prozentpunkten in den Stadtstaaten war dieser Effekt dort deutlich schwächer ausgeprägt, sodass für Deutschland insgesamt nur ein Rückgang der Armutsgefährdung der Familien um 0,7 Prozentpunkte auf 18,8% verzeichnet werden konnte. Auch die Erwerbstätigkeit eines Familienmitglieds führt in vielen Fällen nicht zu einem Familieneinkommen oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Deutschlandweit haben 11,5% der Kinder ein bildungsfernes Elternhaus. In Westdeutschland sind es 11,9%, in Ostdeutschland 5,1% und in den Stadtstaaten 19,3%. Die Situation hat sich damit seit 2005 durchgehend positiv entwickelt (siehe auch Bildung in Deutschland 2014, Abbildung A4-3, S. 25).

Bei bestimmten Bevölkerungsgruppen, etwa Familien mit Migrationshintergrund, kumulieren die Risikolagen häufig: 2012 ist mit 47,2% fast die Hälfte der Kinder mit Migrationshintergrund von mindestens einer Risikolage betroffen; von den Kindern aus Familien ohne Migrationshintergrund sind es hingegen nur 20,5%.

In deutschen Familien mit Migrationshintergrund, also Familien, in denen ein Elternteil oder auch beide nach 1949 zugewandert sind und einen deutschen Pass haben, sind alle Risikolagen etwas seltener anzutreffen als im Durchschnitt aller Familien mit Migrationshintergrund: Das soziale Risiko der Kinder in deutschen Familien mit Migrationshintergrund hat sich seit 2005 mit deutlichen regionalen Unterschieden um durchschnittlich 3 Prozentpunkte verringert. In den ostdeutschen Ländern gab es einen leichten Rückgang beim finanziellen Risiko, beim Bildungsrisiko waren dagegen keine Veränderungen festzustellen.

Die Risikolagen von Kindern in ausländischen Familien sind seit 2005 ausgehend von einem sehr hohen Niveau gesunken. Von mindestens einer Risikolage sind aber immer noch fast zwei Drittel betroffen. Strukturell ähneln sich die Ausprägungen der Risikolagen in Westdeutschland und den Stadtstaaten; in Ostdeutschland ist das deutlich geringere Bildungsrisiko auffällig.

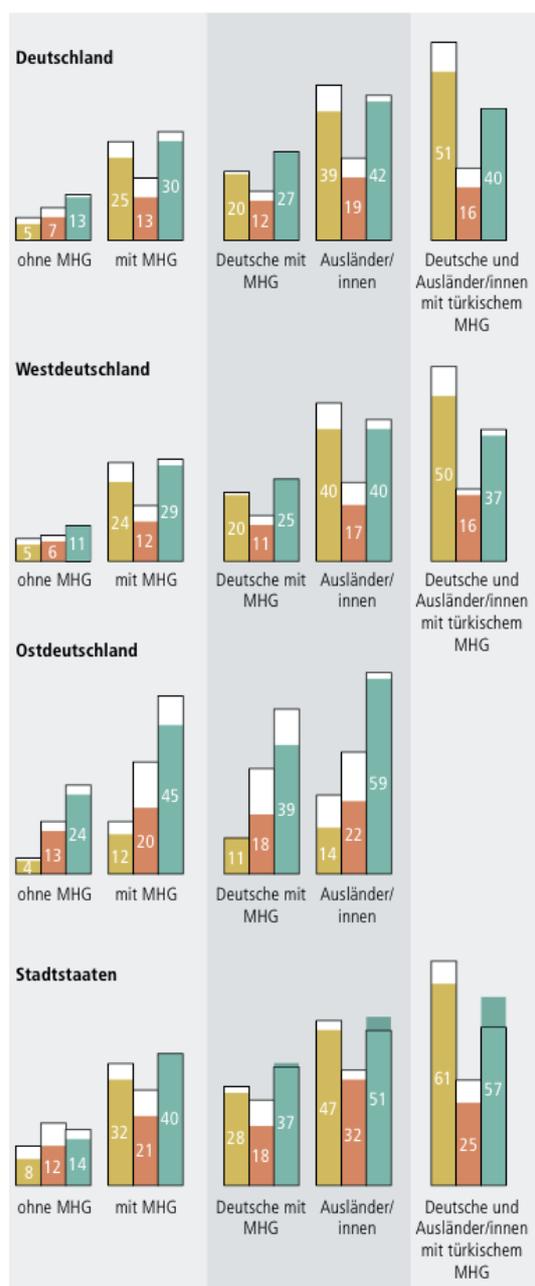
Bei deutschen und ausländischen Familien mit türkischen Wurzeln lebt 2012 mit 51% noch mehr als die Hälfte der Kinder in einem bildungsfernen Elternhaus; 2005 waren es 60,3%. Der Anteil der armutsgefährdeten Familien hat sich dabei – trotz überdurchschnittlichen Absinkens der Erwerbslosigkeit um rund 6 Prozentpunkte – nicht verändert (Abbildung b).

Die Analyse von Risikolagen hat sich in der Bildungsberichterstattung als aussagekräftiges Werkzeug etabliert. Gerade die oben anhand der Familien mit Migrationshintergrund exemplarisch durchgeführten Betrachtungen bestimmter gesellschaftlicher und/oder regionaler Gruppen können helfen, drohende Defizite frühzeitig zu erkennen, um dann auch mit bildungspolitischen Maßnahmen gegenzusteuern.

Obwohl in Deutschland aktuell weniger Kinder in Familien mit Risikolagen aufwachsen als noch vor einigen Jahren, sind die Werte immer noch beunruhigend: Insgesamt sind immer noch knapp ein Drittel

b | Anteil von Kindern in Risikolagen nach Migrationshintergrund (MHG) der Familie in den Jahren 2012 (gefüllte Säulen) und 2005 (ungefüllte Säulen) in %

■ Bildungsfernes Elternhaus ■ Soziales Risiko ■ Finanzielles Risiko



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2005, 2012. Grafik: Funk E Design, München

der Kinder betroffen, bei Familien mit Migrationshintergrund knapp die Hälfte und bei ausländischen Familien wie auch bei Alleinerziehenden sogar fast zwei Drittel. Schon allein diese Unterschiede illustrieren die Notwendigkeit einer detaillierten Identifikation der Personengruppen für zielgerichtete Maßnahmen.

Mit derartigen Risikolagen ist aber bisher nur ein kleiner Ausschnitt des Konzepts von Bourdieu operationalisiert worden. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch eine Betrachtung am anderen Ende der Skala – also bei Familien, die finanziell, sozial und unter Bildungsaspekten besonders gut gestellt sind – interessante Ergebnisse liefern könnte. Auch die exakte Ausgestaltung der für die Risikolagen herangezogenen Kriterien ist derzeit mehr von der vorhandenen Datenlage als von explizit auf die Fragestellung ausgerichteten empirischen Untersuchungen geprägt. Im Kontext der Nutzbarmachung von Bourdieus Kapital-Konzeption für die Bildungsberichterstattung gibt es durchaus noch Entwicklungspotenzial.

Prof. Dr. Ulrike Rockmann ist seit 2007 Mitglied der Autorengruppe für den nationalen Bildungsbericht *Bildung in Deutschland* und Mitautorin der Reihe *Bildung in Berlin und Brandenburg*.

Prof. Dr. Klaus Rehkämper ist Leiter des Referats *Schule Berlin, Bildungsanalysen* beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Mitarbeiter bei *Bildung in Deutschland* und Mitautor der Reihe *Bildung in Berlin und Brandenburg*.

Dr. Holger Leerhoff ist Referent für Bildungsanalysen beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Mitarbeiter bei *Bildung in Deutschland* und Mitautor der Reihe *Bildung in Berlin und Brandenburg*.

Literatur

- Allmendinger, Jutta/Leibfried, Stephan (2003): Bildungsarmut. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 21–22/2003), S. 12–18.
- Autorengruppe Bildungsbereichterstattung (2014): *Bildung in Deutschland 2014*. Bielefeld.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2)*, Göttingen, S. 183–198.
- Lohauß, Peter/Nauenburg, Ricarda/Rehkämper, Klaus/Rockmann, Ulrike/Wachtendorf, Thomas (2010): Daten der amtlichen Statistik zur Bildungsarmut. In: Quenzel, Gudrun/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*. Wiesbaden, S. 181–202.

Bevölkerung

▣ Funktionale Darstellungen der Daten der Bevölkerungs- und Kommunalstatistik

VON **Jörn Ehlert**

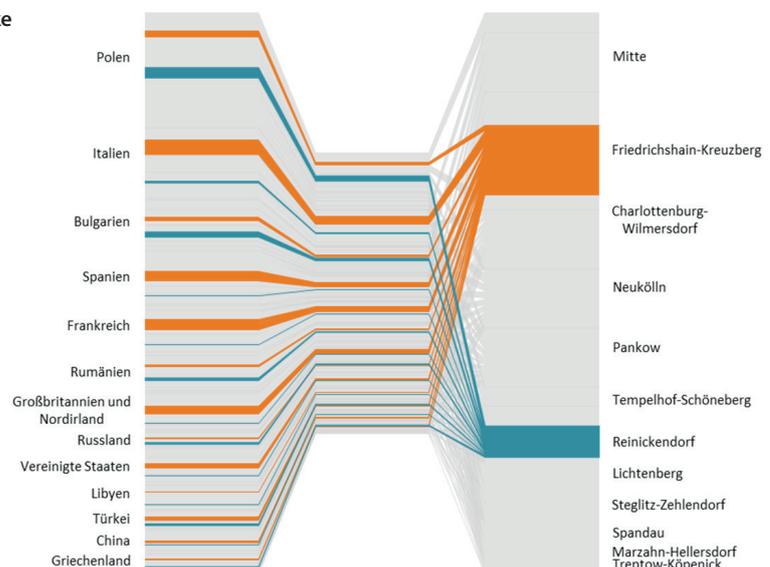
Viele Menschen empfinden die Arbeit mit Daten und Zahlen als trocken und langweilig. In Zeiten von schnell wachsenden Datenmengen und Business Intelligence ist genau dies jedoch in Wirtschaft und Forschung gefragter denn je. Ein Grund, warum Daten heute auch als neue Weltwährung bezeichnet werden. Dabei geht es längst nicht mehr um einfache Datenreihen. Hier geht es um den Umgang mit großen, äußerst vielschichtigen Datenmengen, aus denen neue Erkenntnisse und Zusammenhänge herauszufiltern sind, um sie für Unternehmen, Politik oder auch dem Publikum der amtlichen Statistik nutzbar zu machen.

Die amtliche Statistik arbeitet mit großen Datenmengen aus unterschiedlichen Quellen. In der Bevölkerungs- bzw. der Kommunalstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg werden beispielsweise mehrmals pro Jahr Abzüge des Einwohnerregisters und zusätzlich sämtlicher Bevölkerungsbewegungen (u. a. Wanderungen, Geburten, Sterbefälle, Statusänderungen wie Familienstand) verarbeitet. Aus dieser Vielzahl an Informationen ergeben sich teilweise hochkomplexe Zusammenhänge und viele Millionen Datensätze. Im Folgenden wird an ausgewählten Beispielen aus der Kommunalstatistik verdeutlicht, wie einige dieser Zusammenhänge und Daten visualisiert werden können. Dabei werden innovative Möglichkeiten der Darstellung gezeigt, die funktional und gleichermaßen optisch ansprechend sind.

Bilaterale Flussdiagramme für die Darstellung der Migrationsbewegungen

Die grafische Darstellung in Form eines sogenannten Cosmographen¹ ist eine optisch ansprechende und leicht interpretierbare Abwandlung eines Kreisdiagramms. Wie in einem herkömmlichen Kreisdiagramm werden auch hier Teile der Informationen im Verhältnis zum Ganzen dargestellt. Darüber hinaus lässt sich eine Aufgliederung der Daten ermöglichen. Es gibt verschiedenste Einsatzmöglichkeiten für Cosmographen. Beispielsweise lassen sich betriebswirtschaftliche Einnahmen-Ausgaben-Zusammenhänge darstellen. Auch in der Politik findet diese Art der grafischen Darstellung Verwendung, um darzulegen, wie verschiedene Steuereinnahmen für welche Zwecke verwendet werden. Grundsätzlich eignet sich die Darstellung, um zwei Datenmengen und den Bezug der Daten zueinander abzubilden. Komponenten des Eingangs sind auf der linken Seite und Komponenten

a | Aufgliederung der Berliner Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf nach Zuwanderern aus dem Ausland 2013 gemäß ihrer Herkunftsnationalitäten



ten des Ausgangs auf der rechten Seite des Graphen aufgeführt. Die Größe jeder Komponente leitet sich von dem dahinter stehenden Wert ab. Die Interpretation lässt sich zweiseitig vornehmen. Entweder es steht ein Inputfaktor im Fokus und es kann nachvollzogen werden, in welche Outputfaktoren sich dieser zergliedert. Oder es wird ein Outputfaktor betrachtet, um zu verstehen, aus welchen Inputfaktoren er sich im Einzelnen zusammensetzt. Für eine einfachere Interpretation werden diese Graphen meist interaktiv gestaltet, indem die betrachtete Input- oder Output-Komponente farblich hervorgehoben wird.

In den Abbildungen a und b wird anhand von Wanderungsdaten gezeigt, in welche der zwölf Berliner Bezirke die Zuwanderungen in Abhängigkeit der Herkunftsnationalitäten stattfinden. Hinsichtlich der Herkunftsnationalitäten sind hier nur die dreizehn größten Zuwanderungsgruppen abgebildet. Weitere Einschränkungen der Datenmenge: Die hier abgebildeten Personen sind im Jahr 2013 aus dem Ausland zugezogen, sie sind volljährig, sie besitzen mindestens eine nicht-deutsche Staatsbürgerschaft und sind nicht in Deutschland geboren. Im Ergebnis wurden in den Grafiken Daten von ca. 22700 Personen betrachtet (Stand: Einwohnerregister Berlin zum 30. Juni 2014). Bei den einzelnen Zuwanderungsgruppen nach Nationalitäten gibt es offenbar Präferenzen, sich in bestimmten Bezirken niederzulassen.

In Abbildung a ist zu erkennen, dass die Bezirke Reinickendorf und Friedrichshain-Kreuzberg hinsichtlich der zugezogenen Nationalitäten eine unterschiedliche Struktur aufweisen. Betrachtet man die Zuwanderer polnischer Herkunft als die größte Zuwanderungsgruppe im ausgewählten Zuzugs-

zeitraum, liegt eine Präferenz für den Bezirk Reinickendorf vor. In Friedrichshain-Kreuzberg ist diese Personengruppe dagegen in relativ geringer Zahl vertreten. Dafür ist dort der Anteil an Zuwanderern spanischer, italienischer und französischer Herkunft vergleichsweise hoch. Wiederum andere Personengruppen wie die Zugewanderten aus Russland, Rumänien oder Bulgarien, lassen beim Vergleich dieser beiden Bezirke keine Vorzüge für jeweils einen der beiden Bezirke erkennen. Das wirft die Frage auf, ob es auch bei diesen Personengruppen vorrangige Zuzugsbezirke gibt bzw. ob und welche Unterschiede zwischen diesen Personengruppen bestehen.

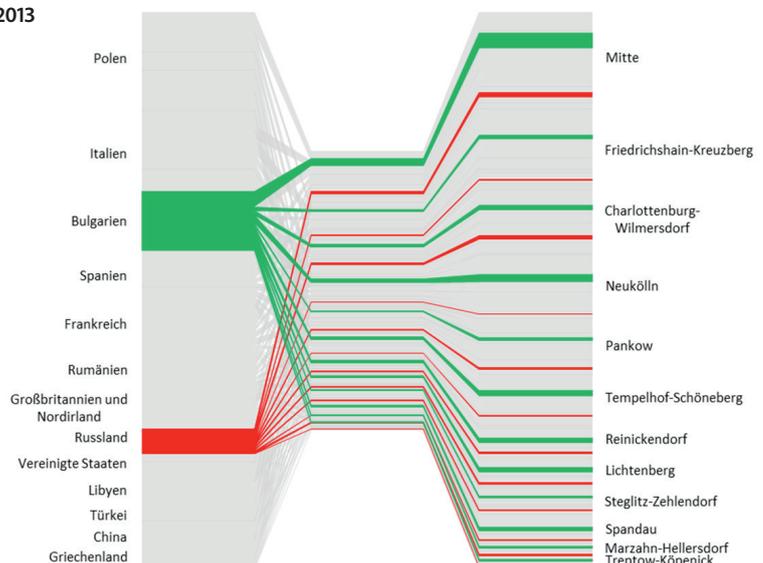
Um dies herauszufinden, werden in dem bilateralen Cosmographen die entsprechenden Staatsangehörigkeiten der Zugewanderten ausgewählt und es erscheinen die farblich hervorgehobenen Verteilungen. Die Abbildung b zeigt, wie sich die zugezogenen Personen mit russischer und bulgarischer Staatsbürgerschaft auf die Berliner Bezirke verteilen. Beim Vergleich der beiden Nationalitäten fällt unter anderem die sehr unterschiedliche Präferenz für den Bezirk Neukölln ins Auge. Während es für Zugewanderte bulgarischer Staatsbürgerschaft ein vergleichsweise bevorzugter Zuzugsbezirk ist, sind die Zuzüge von Personen mit russischer Staatsbürgerschaft dort eher unterrepräsentiert.²

Das potenzielle Einsatzfeld dieser grafischen Darstellung der Datenmenge in der Bevölkerungsstatistik ist sehr umfangreich. Es ließe sich hiermit jede Art von bilateralen Zusammenhängen abbilden. Denkbar wäre beispielsweise die Darstellung von Familienständen bezogen auf die Haushaltsgrößen in Berlin oder der Bezug der Geschlechter auf bestimmte Konfessionen. Auch die Verbindung zwischen den Altersklassen von Personen und deren Verteilung auf bestimmte städtische Räume Berlins ließe sich anschaulich darstellen. Aber auch andere Daten der amtlichen Statistik, beispielsweise Zusammenhänge beim Wahlverhalten der Berlinerinnen und Berliner oder hinsichtlich wirtschaftlicher oder bildungspolitischer Verflechtungen, lassen sich so in informativer und zugleich leicht verständlicher Weise abbilden.

1 inspired by <https://sites.google.com/site/e90e50fx/home/cosmograph-excel-world-migration-bilateral-flow-chart> und <http://www.analyticsege.com/>

2 Durch die starke Einschränkung der hier betrachteten Personen auf volljährige Zuwanderer aus dem Ausland im Jahr 2013 mit mindestens einer nicht-deutschen Staatsbürgerschaft, besitzen die Erkenntnisse aus den Illustrationen keinen allgemeingültigen Charakter.

b | Aufgliederung der Zuwanderer 2013 mit bulgarischer und russischer Herkunft in die Berliner Bezirke



Das Chord-Diagramm

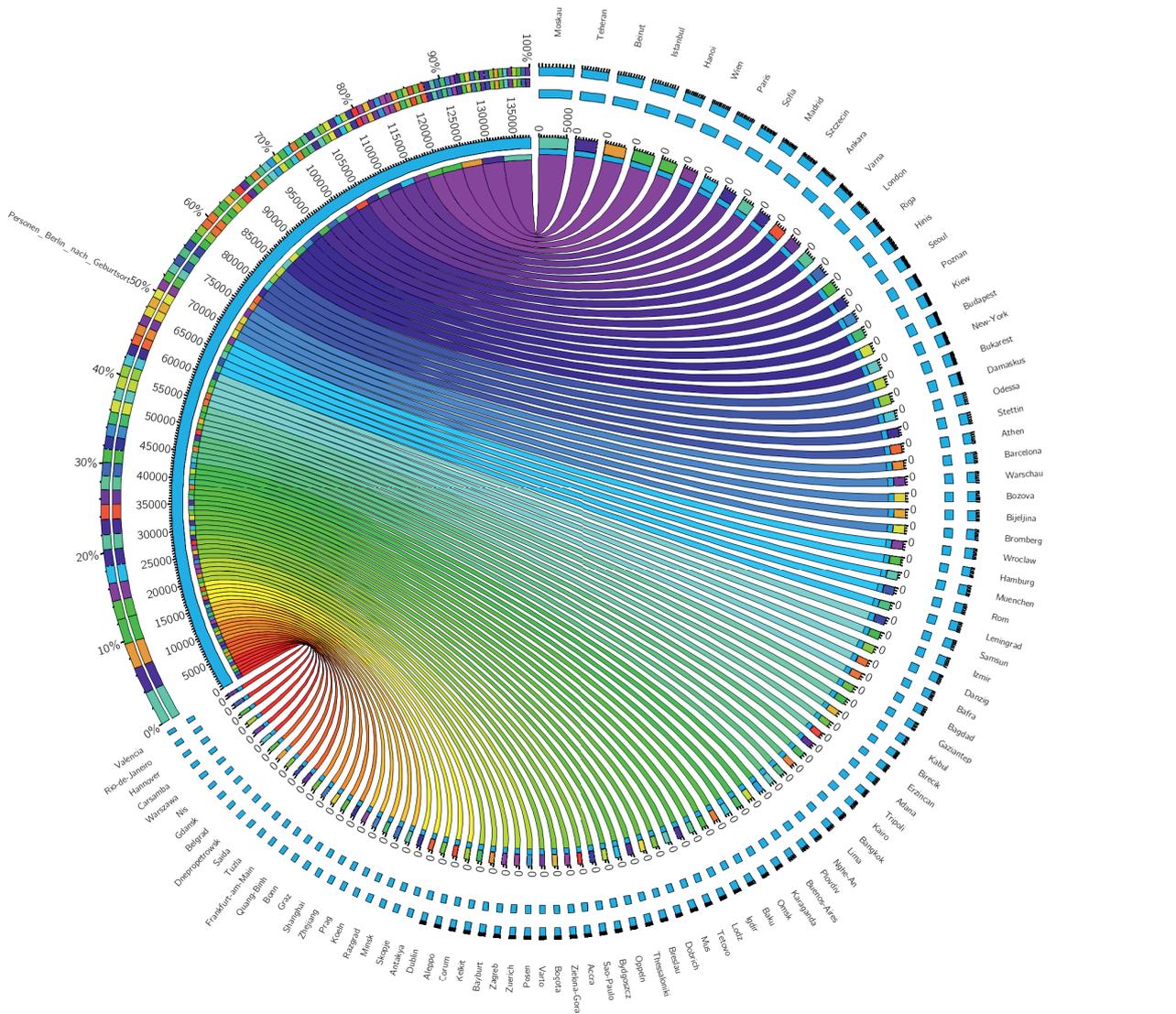
Der Begriff Chord kommt aus der Musik und lässt sich aus dem Englischen als Saite übersetzen. Ein Chord-Diagramm bildet die Informationen innerhalb eines kreisförmigen Layouts als Verbindungen bzw. Saiten ab. Ursprünglich wurden diese Grafiken im Bereich der Genomdarstellung angewendet.³ Dabei wird eine Vielzahl komplexer Informationen in einer einzigen Illustration dargestellt.⁴

Die Einsatzmöglichkeiten von Chord-Diagrammen sind jedoch wesentlich umfangreicher. Sie lassen sich auf verschiedenste Datenbestände mit komplexen Verflechtungsgraden anwenden, so zum Beispiel in der Bevölkerungsstatistik, speziell der Kommunalstatistik. Dort gibt es umfangreiche und bislang noch kaum erschlossene Datenbestände (siehe Ab-

bildungen c–g). Hier bildet das Einwohnerregister mit Stand zum 30. Juni 2014 die Datengrundlage. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Herkunft der Berlinerinnen und Berliner. Die Herkunft lässt sich in einem speziellen Verfahren aus Angaben des Registers zu Staatsangehörigkeiten, Geburtsorten und Haushaltszusammensetzung ermitteln. Die Grafiken bilden nur Personen ab, die unter einer nicht-deutschen Herkunft geführt werden. Das sind zum angegebenen Stand des Registers etwa 939 000 Personen. In Abbildung c sind die Top 50 der Geburtsorte der

3 Krzywinski, M. et al. (2009): Circos: An Information Aesthetic for Comparative Genomics.
4 <http://circos.ca>

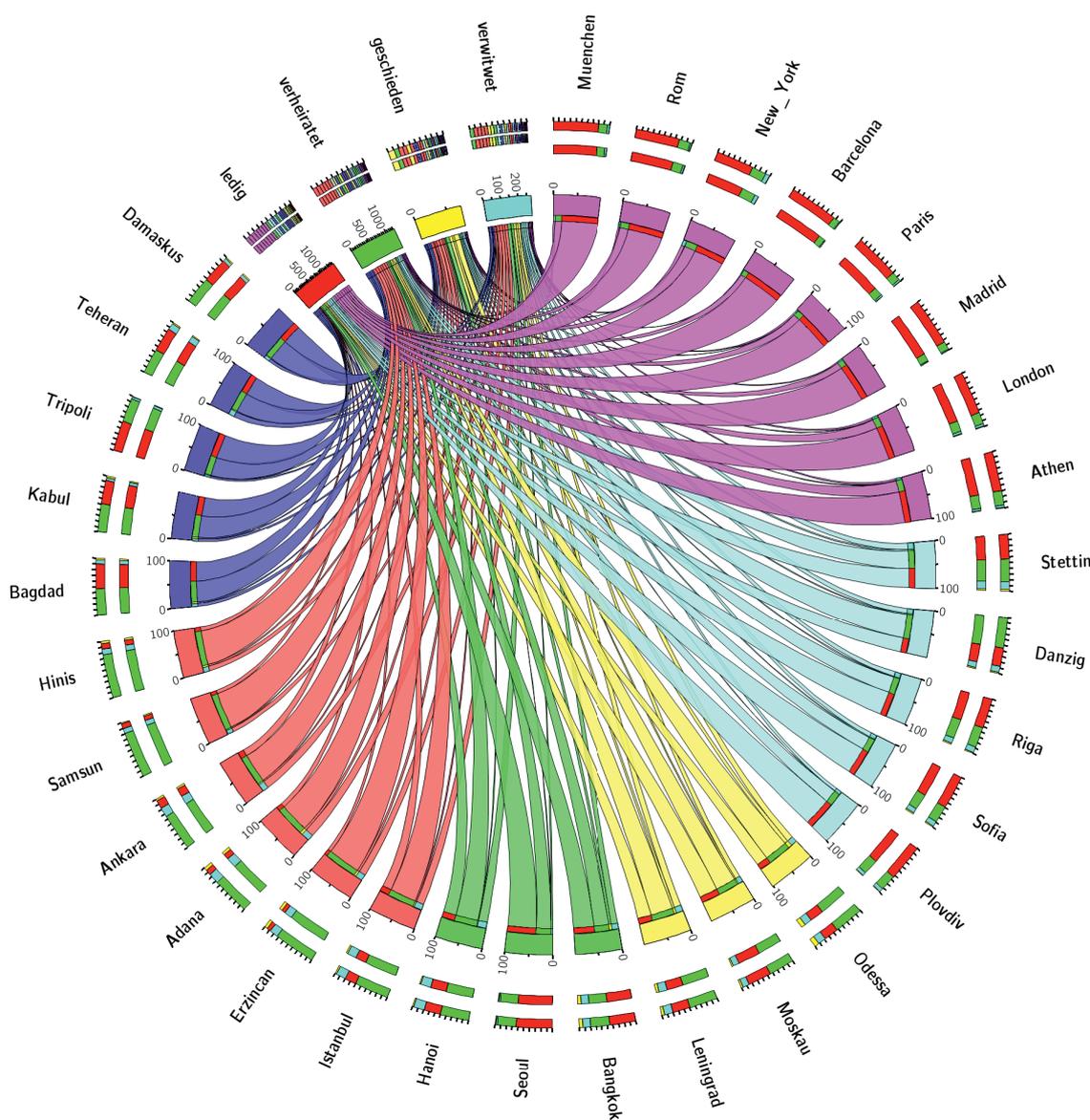
c | Top 50 der Geburtsorte der Berliner Bevölkerung mit nicht-deutscher Herkunft



Berliner Bevölkerung mit nicht-deutscher Herkunft in absteigender Reihenfolge angegeben. Von den dargestellten Geburtsorten ist Moskau der absolut am häufigsten genannte. Das spanische Valencia ist in dieser Illustration der Geburtsort mit der geringsten Zahl an Angaben. Die Anzahl der Nennungen als Geburtsort lässt sich auch an der Breite des Bandes ablesen, das den Geburtsort mit der hier betrachteten Berliner Bevölkerung verbindet. Die etwa 137 000 Personen sind in der kreisförmigen Darstellung im oberen linken Bereich zu erkennen. Deren Zusammensetzung kann neben der Breite der Bänder auch am äußeren Ring der Abbildung abgelesen werden. Dort sind die unterschiedlichen Farben für die Geburtsorte und die prozentuale Zusammensetzung an der Bevölkerung aufgeführt.

Wie bereits erwähnt, lassen sich Daten auch mehrschichtig abbilden und so wird in Abbildung d zu den häufigsten Geburtsorten die Angabe zum Familienstand ergänzt. Damit die Darstellung interpretierbar bleibt, wurden hier die Top 30 Geburtsorte nach der Aufgliederung in die vier Familienstände „ledig“, „verheiratet“, „geschieden“ und „verwitwet“ angegeben. Zudem wurde eine relative Aufgliederung der Familienstände innerhalb eines Geburtsortes verwendet, um die Angaben für alle Orte gleichermaßen erkennbar zu gestalten. Das bedeutet, unabhängig von der zugrunde liegenden Zahl von Personen besitzt jeder Ort die gleiche Breite der Darstellung. Dabei fällt auf, dass es erhebliche Unterschiede mit Bezug auf die Familienstände zwischen den Geburtsorten gibt. Insbesondere das

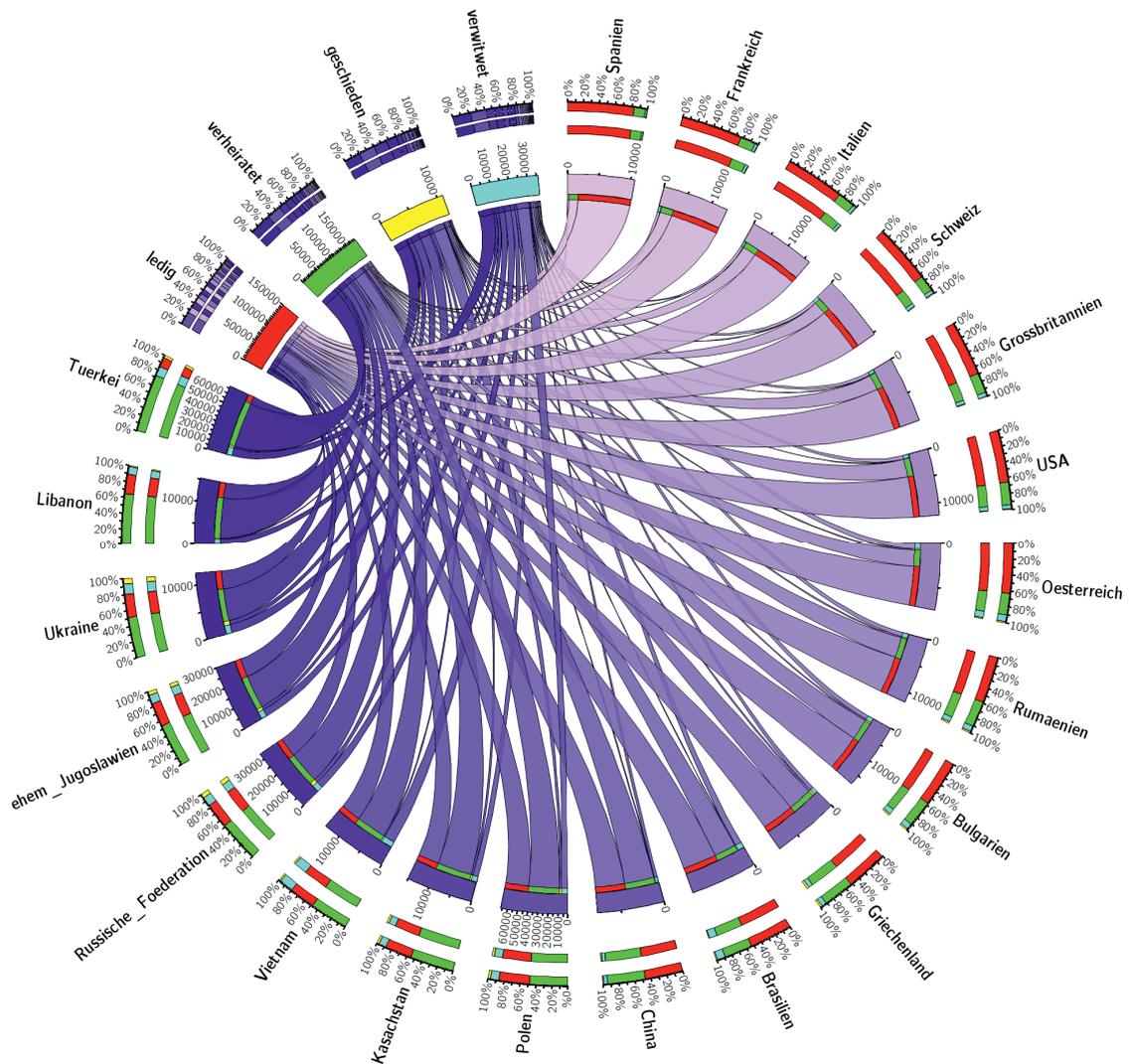
d | Top 30 der Geburtsorte der Berliner Bevölkerung mit nicht-deutscher Herkunft nach Familienstand



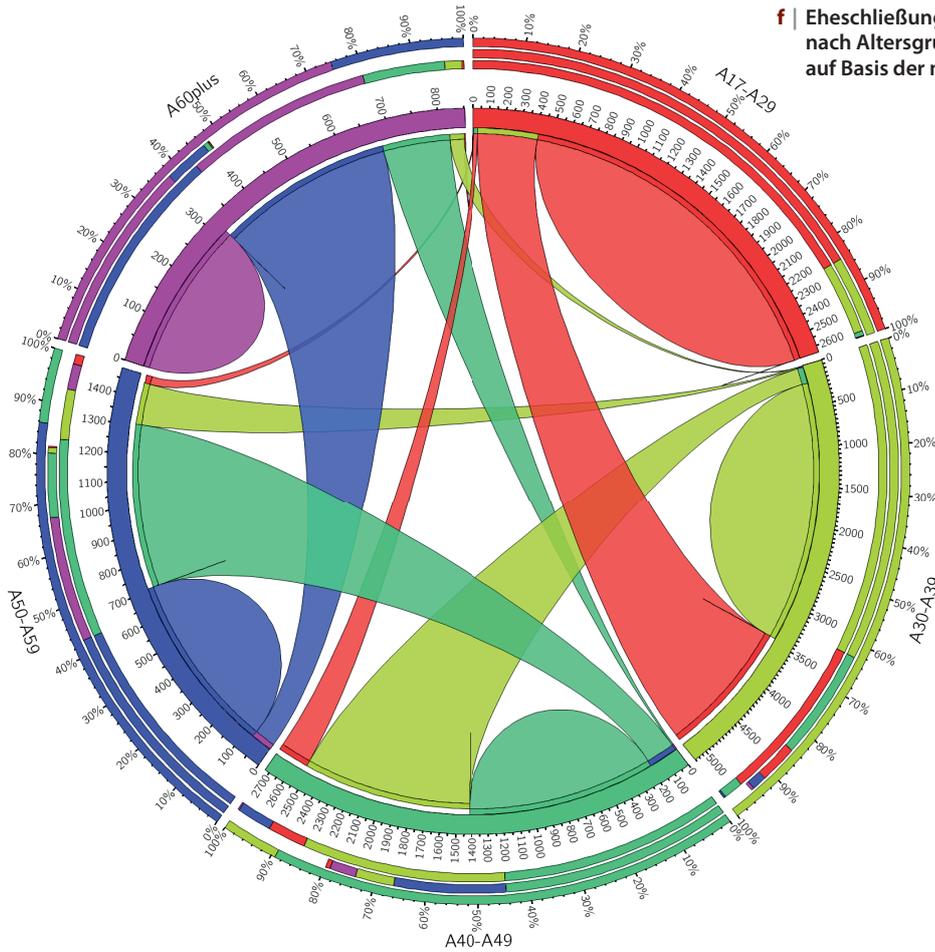
Verhältnis von ledigen und verheirateten Personen ist bemerkenswert. Bei den Orten der westlichen Industrienationen (pink) überwiegt der Anteil lediger Personen, während bei den Personen mit Geburtsort im östlichen Europa (gelb, türkis) und im Nahen Osten (blau) ein relativ ausgewogenes Verhältnis von Ledigen und Verheirateten deutlich wird. Eine Ausnahme bilden dabei die in der Türkei gelegenen Orte (rot), denn dort geborene Personen sind überwiegend verheiratet. Bei den hier dargestellten asiatischen Geburtsorten lässt sich keine klare Präferenz für einen Familienstand feststellen. Offenkundig ist jedoch, dass es einen Zusammenhang zwischen der Geburtsregion und dem Familienstand gibt. Um diesen Zusammenhang deutlich darzustellen, visualisiert die Abbildung e statt der Geburtsorte die Geburtsländer und den Bezug zu den Familienständen. Die Bänder der einzelnen Geburtsländer zu den

Familienständen sind in absteigender Reihenfolge nach dem Anteil der Ledigen dargestellt. Dabei sind Personen mit dem Geburtsland Spanien und dem höchsten Anteil Lediger in lila und Personen mit dem Geburtsland Türkei und dem geringsten Anteil Lediger, aber dem höchsten Anteil Verheirateter, in blau illustriert. Die dazwischen liegenden Geburtsländer sind entsprechend des Farbverlaufs von lila nach blau gestaltet. Bei den Familienständen belegt „ledig“ die Farbe Rot, „verheiratet“ die Farbe Grün, „geschieden“ ist gelb und „verwitwet“ türkis markiert. In den kleinen Farbbalken, die am äußeren Rand der Grafik liegen und den Geburtsländern zugeordnet sind, lässt sich der Anteil der Familienstände einfach ablesen. Bei den Geburtsländern mit einem höheren Anteil Verheirateter sind folglich auch die Anteile geschiedener und verwitweter Personen höher.

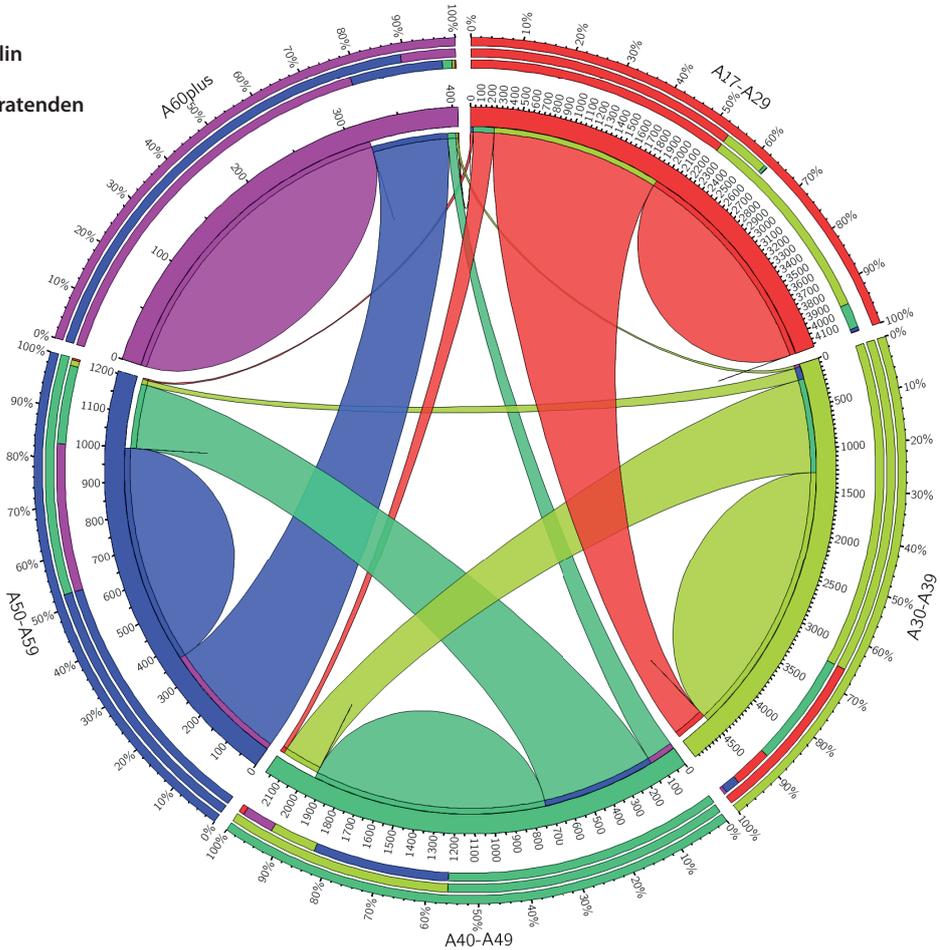
e | Top 20 der Geburtsländer der Berliner Bevölkerung mit nicht-deutscher Herkunft nach Familienstand



f | Eheschließungen 2011 in Berlin nach Altersgruppen auf Basis der männlichen Heiratenden



g | Eheschließungen 2011 in Berlin nach Altersgruppen auf Basis der weiblichen Heiratenden



Die Visualisierung mit einem Chord-Diagramm kann auf eine Vielzahl weiterer Zusammenhänge angewendet werden – Eheschließungen zum Beispiel. An einer Ehe sind zwei Personen beteiligt. Beide besitzen ein bestimmtes Alter bei der Eheschließung. Abbildungen f und g stellen Eheschließungen 2011 in Berlin nach Heiratsalter und Altersgruppen dar. Die Altersjahre sind in fünf Gruppen unterteilt: 17- bis 29-Jährige, 30- bis 39-Jährige, 40- bis 49-Jährige, 50- bis 59-Jährige und über 60-Jährige. Es ließen sich auch alle Altersjahre einzeln darstellen, aber dadurch wäre die Interpretierbarkeit eingeschränkt. Die verschiedenen Alterskombinationen der Eheschließenden des Jahres 2011 werden mittels der verbindenden Bänder bzw. Linien abgebildet. Dabei wird die Perspektive eines der beiden Geschlechter eingenommen. In Abbildung f sind Männer, in Abbildung g Frauen die Basis. Um die Relationen von Eheschließungen zwischen verschiedenen Altersgruppen oder auch innerhalb einer Altersgruppe einfacher zu erfassen, wurden alle Altersgruppen

auf eine einheitliche Breite skaliert. Die Anzahl der Personen in einer Altersgruppe lässt sich an den Beschriftungen innerhalb der drei äußeren Balken ablesen. Der innere dieser Balken stellt in Abbildung f die prozentuale Zuordnung der Männer zu den geheiligten weiblichen Altersgruppen dar; in Abbildung g steht diese Aufteilung für die Frauen und deren geheiratete männliche Altersgruppen.

Beim Vergleich der beiden Geschlechter ist zu bemerken, dass in der jüngsten Altersgruppe etwa 4100 Frauen heiraten, aber nur etwa 2600 Männer. Dagegen sind es bei den über 60-Jährigen ca. 800 Männer und nur ca. 400 Frauen. Männer heiraten im Durchschnitt deutlich später. Eine weitere Auffälligkeit ist die Gruppe der Personen, die innerhalb der gleichen Altersgruppe heiratet. Bei den Männern ist der Anteil unter den 17- bis 29-Jährigen am höchsten und bei den über 60-Jährigen am geringsten. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der 17- bis 29-jährigen Frauen, die innerhalb der gleichen Altersgruppe heiraten, relativ gering. Dieser Anteil ist bei den über 60-Jährigen am deutlichsten ausgeprägt. Die Form der Bänder zwischen den verschiedenen Altersgruppen ist ebenfalls charakteristisch für das jeweilige Geschlecht. Während bei den Männern immer eine Verschlingung von den jüngeren zu den älteren Altersgruppen festzustellen ist, verhält es sich bei den Frauen genau anders herum. Diese Erkenntnis lässt sich beim Vergleich der Werte in den Altersgruppen der 17- bis 29-Jährigen und der 30- bis 39-Jährigen deutlich nachvollziehen: Unter den 17- bis 29-jährigen Männern heiraten nur 14,4% eine Frau im Alter von 30 bis 39 Jahren. Bei den Frauen liegt dieser Wert bei 40,8%. Von den 30- bis 39-jährigen Männern suchen sich 33,1% eine Frau aus der Altersgruppe 17 bis 29 Jahre; bei Frauen liegt der Wert bei 7,7%. Im Durchschnitt heiraten Männer eher jüngere Frauen und Frauen ehelichen eher ältere Männer.

Aus dieser Art der Darstellung lässt sich eine Fülle von Informationen entnehmen, die sich beim bloßen Betrachten einer Zahlenmatrix meist nicht sofort erschließt. Neben Herkunftsstaaten, Geburtsregionen oder dem Alter von Heiratenden böten sich eine Vielzahl weiterer Daten der amtlichen Statistik für die Darstellung mittels eines Chord-Diagramms an. Die erstellten Illustrationen sind nur ein minimaler Auszug dessen, was mit dieser Art der Visualisierung möglich ist. Die positive öffentliche Wahrnehmung dieser Art der Visualisierung wird durch die kürzliche Auszeichnung als eine der besten Infografiken 2014 unterstrichen.⁵

Bevölkerungsdichte und Flächengröße auf einen Blick

Abbildung h stellt Daten zur Größe der Bevölkerung sowie Flächenangaben in unterschiedlichen Brandenburger Städten und Berlin dar. Diese Graphen sind als eine Bevölkerungsdichtedarstellung zu verstehen, da die Fläche der jeweiligen Gemeinden mit der entsprechenden Einwohnerzahl ins Verhältnis gesetzt wird. Die Interpretation der Grafik ist denk-

h | Bevölkerungsdichte Berlins und ausgewählter Brandenburger Städte



⁵ <http://nikolasander.com/bestamerican/>

bar einfach: Je größer der Zeichnungsbereich einer Gemeinde ist, umso größer ist die zugrunde liegende Fläche. In Abbildung 9 wird dabei die Fläche in Quadratkilometern verwendet. Größere oder kleinere Skalierungen für Flächenangaben sind aber genauso anwendbar. Die Anzahl der Personen je Fläche einer Gemeinde lässt sich anhand der Zahl der Pixel innerhalb des Zeichnungsbereiches der jeweiligen Gemeinde erkennen. Von den illustrierten Gemeinden besitzt Berlin die größte und die Gemeinde Wildau die kleinste Grundfläche. Während in Falkensee und Wildau eine relativ hohe Bevölkerungsdichte zu verzeichnen ist, handelt es sich bei den Gemeinden Neuruppin und Rheinsberg um eher dünn besiedelte Regionen.

Für diese Illustrationen ist keine spezielle Software nötig. Sie lassen sich wie die zuvor vorgestellten Illustrationen zu den Cosmographen mit MS Excel erstellen, auch wenn hier keine Vorlagen verwendet werden können, sondern ein zweckdienliches Formelwerk zugrunde liegt⁶. Auch bei dieser Art der Visualisierung sind die Einsatzmöglichkeiten nicht auf die Angabe von Bevölkerungsdichten beschränkt. Werden Daten aus dem Bereich der Unternehmensstatistik verwendet, könnten beispielsweise Zusammenhänge zwischen Mitarbeiteranzahl und Höhe des Umsatzes verdeutlicht werden. In Bildungsstatistiken könnten die Anzahl der Schulen eines Gebietes im Verhältnis zu der Anzahl der Schüler dargestellt werden. Im Bereich der Stadtplanung ließe sich das Verhältnis aus der Anzahl der Spielplätze in einer Region zur Anzahl der dort lebenden Kinder abbilden. Unabhängig von Einsatzzweck und den verwendeten Daten entstehen mit diesen „Density Charts“ anschauliche Grafiken, die Informationen verständlich und schnell greifbar vermitteln.

Schlussbemerkung

Beim Vermitteln von Informationen bzw. Daten der amtlichen Statistik an eine interessierte Zielgruppe muss die visuelle Darstellung nicht ausschließlich mit den bewährten Kreis-, Linien-, oder Balkendiagrammen erfolgen. Mit wenig Aufwand lassen sich funktionale und zugleich attraktive Illustrationen herstellen. Die Ansprüche an Funktionalität und Erkenntnisgewinn einerseits und an Modernität, Vielfältigkeit und Attraktivität andererseits schließen sich bei der Präsentation von Daten und Zahlen der amtlichen Statistik nicht aus. Es kommt bei der Wahl der Visualisierung eher darauf an, für wen und mit welchem Zweck die Informationen zusammengestellt und aufbereitet werden.

Jörn Ehlert, Diplom-Demograph, ist Referent für *Bevölkerungs-, Kommunal- und Regionalstatistik* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Nach dem Abschluss des Studiums der Demographie an der Universität Rostock war er zunächst beim Cornelsen Schulbuchverlag für den Bereich Statistik und Reporting zuständig und hat anschließend die Gebäude- und Wohnungszählung in Berlin im Rahmen des Zensus 2011 begleitet.

⁶ <https://sites.google.com/site/e90e50fx/home/tangled-chart-with-excel>

Zensus

Wer arbeitet überwiegend zu Hause?

von Verena Kutzki

Informationen zu Erwerbstätigen, die überwiegend zu Hause arbeiten, liegen in den Ergebnissen der amtlichen Statistik kaum vor. Durch die im Zensus 2011 enthaltene Haushalbefragung auf Stichprobenbasis können jetzt neben umfangreichen Aussagen zu demografischen und sozioökonomischen Merkmalen auch Haushalts- und Wohnstrukturen dargestellt werden. Zusätzlich werden in diesem Beitrag, durch einen Vergleich der überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen (*Heimerwerbstätigen*) mit den Erwerbstätigen insgesamt, zum Teil völlig unterschiedliche Strukturen zwischen den beiden Erwerbstätigengruppen aufgezeigt.

Beim Zensus 2011 kam in Deutschland erstmals bei einer Volkszählung ein neues registergestütztes Verfahren zum Einsatz. Das bedeutet, dass bereits vorhandene Verwaltungsregister als Datenquellen genutzt und diese, in bestimmten Bereichen, durch Voll- und Stichprobenerhebungen ergänzt wurden. So konnten beispielsweise mit der Haushalbefragung auf Stichprobenbasis Merkmale erhoben werden, die nicht oder nicht ausreichend in Registern vorliegen. Hierzu gehört der Arbeitsort und damit Angaben zu Erwerbstätigen, deren Arbeitsort überwiegend zu Hause ist.¹

Welche Erkenntnisse ergeben sich dazu durch den Zensus 2011? Wer arbeitet überwiegend zu Hause? Selbstständige oder Angestellte, Männer oder Frauen? Spielen Schulabschluss, Beruf oder Wirtschaftszweig eine Rolle? Wie wohnen diese Personen? Wie viele Räume, wie viel Fläche stehen ihnen für Wohnen und Arbeiten zur Verfügung? Gibt es Unterschiede zwischen einem Flächenland und einem Stadtstaat?

Anteil Heimerwerbstätiger am geringsten

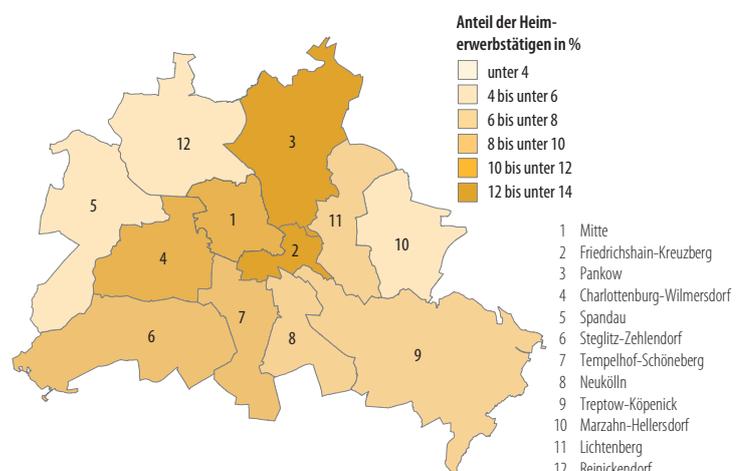
Während im Land Berlin 91,0 % der Erwerbstätigen auch hier wohnen und arbeiten, finden im Land Brandenburg stärkere Pendlerbewegungen zwischen den einzelnen Gemeinden und den angrenzenden Ländern, vor allem nach Berlin, statt. Mehr als die Hälfte (57,3 %) aller Erwerbstätigen im Land Brandenburg arbeiten im Land Brandenburg nicht in der Gemeinde, in der sich ihr Hauptwohnsitz befin-

det. Der Anteil der Erwerbstätigen, deren Arbeitsort überwiegend zu Hause ist, ist dabei in beiden Ländern der geringste (Tabelle 1).

Bezogen auf alle Erwerbstätigen wohnen und arbeiten im Land Berlin 7,0 % und im Land Brandenburg 5,3 % zu Hause. Werden nur die Erwerbstätigen betrachtet, die nicht aus der Heimatgemeinde auspendeln, zeigt sich, dass davon in Brandenburg 12,4 % und in Berlin 7,7 % überwiegend zu Hause arbeiten.

Auch innerhalb der Berliner Bezirke und der Brandenburger Verwaltungsbezirke sind zum Teil deutliche Unterschiede erkennbar (Abbildung a). So leben die meisten der 110 490 Berliner Heimerwerbstätigen im Bezirk Pankow (13 740 Personen bzw. 12,4 %), gefolgt von den drei Innenstadtbezirken Friedrichshain-Kreuzberg (12,2 %), Charlottenburg-Wilmersdorf (11,7 %) und Mitte (11,2 %). Die Außenbezirke

a | Anteil der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in den Berliner Bezirken und ...



¹ Erwerbstätige, die überwiegend zu Hause arbeiten, werden ausschließlich auf den aus der Haushaltsstichprobe hochgerechneten Ergebnissen er-

mittelt. Die Berechnung der Ergebnisse zum „Erwerbsstatus“, zur „Stellung im Beruf“ und zum „Wirtschaftszweig“ erfolgt normalerweise durch eine kombi-

nierte Erwerbsregisterausählung und Hochrechnung der Daten aus der Haushaltsstichprobe. Demografische Merkmale werden aus dem bereinig-

ten Registerbestand ausgezählt. Da in diesem Beitrag aber von den Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause ausgegangen wird,

werden alle Ergebnisse nur aus der Stichprobe hochgerechnet und können daher von anderen veröffentlichten Ergebnissen abweichen.

Spandau, Reinickendorf und Lichtenberg weisen mit 4,1 % bis 5,4 % die niedrigsten Anteile auf.

In Brandenburg arbeiten, bezogen auf alle Erwerbstätigen mit überwiegender Arbeitsort zu Hause, die wenigsten in den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder), (1 160 Personen bzw. 1,8 %), und Brandenburg an der Havel (1 580 Personen bzw. 2,4 %). Der Landkreis Potsdam-Mittelmark stellt mit 6 170 Personen bzw. 9,4 % den höchsten Anteil.

Höherer Anteil erwerbstätiger Männer

Mit 51,4 % bzw. 52,3 % sind in Berlin und Brandenburg etwas mehr Männer als Frauen erwerbstätig. Ein ähnliches Verhältnis spiegelt sich bei den überwiegend zu Hause Arbeitenden wider. Hier sind es 53,0 % bzw. 50,5 %.

Zwischen den Berliner Bezirken bzw. den Brandenburger Verwaltungsbezirken gibt es größere regionale Unterschiede (Tabelle 2). Während der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen in den Berliner Bezirken zwischen ca. 45 % und 50 % liegt, weicht ihr Anteil bei den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen um bis zu 10 Prozentpunkte ab. So sind beispielsweise 58,0 % der 4 520 in Spandau wohnenden und überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen Frauen. Den geringsten Frauenanteil hat Pankow mit 40,8 %. Bezogen auf alle Erwerbstätigen weichen die Anteile in Spandau somit um +9,1 Prozentpunkte und in Pankow um -8,7 Prozentpunkte ab.

Im Land Brandenburg liegt der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen zwischen 45,5 % in Elbe-Elster und 50,1 % in der Landeshauptstadt Potsdam. Im Vergleich mit den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen weist die kreisfreie Stadt Cottbus mit 38,6 % den niedrigsten Anteil aller Verwaltungsbezirke auf (9,9 Prozentpunkte weniger als der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen in Cottbus). Im Landkreis Elbe-Elster ist dieser Anteil mit 54,8 %

am höchsten. Das entspricht einer Abweichung von +9,1 Prozentpunkten.

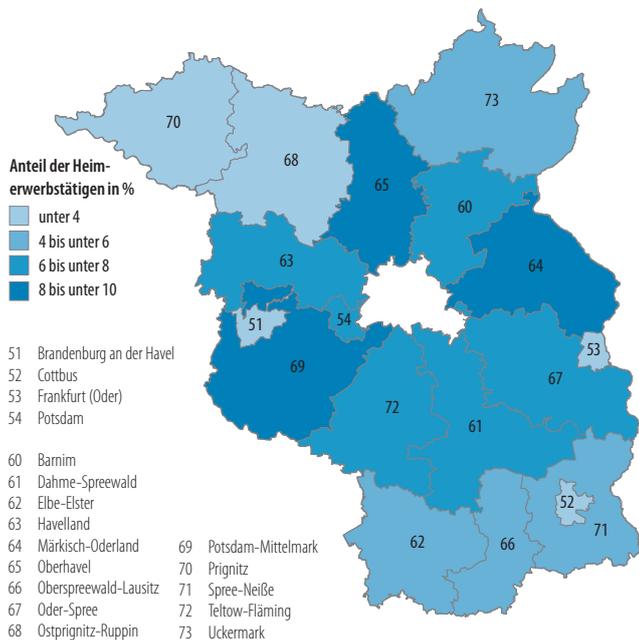
1 | Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Arbeitsort der Auspendelnden

Arbeitsort nach Auspendlern (Ergebnisse der Haushaltsstichprobe)	Berlin	Brandenburg
Insgesamt.....	1 573 450	1 247 870
Erwerbstätige, Arbeitsort in der Hauptwohnsitzgemeinde.....	1 432 370	532 860
davon Binnenpendler innerhalb der Hauptwohnsitzgemeinde.....	1 321 880	467 170
Erwerbstätige mit Arbeitsort überwiegend zu Hause	110 490	65 690
Erwerbstätige Auspendler aus der Hauptwohnsitzgemeinde.....	141 070	715 010
darunter Auspendler über die Landesgrenze.....	141 070	307 744

2 | Frauenanteil an Erwerbstätigen sowie an den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen in den Berliner Bezirken und Brandenburger Verwaltungsbezirken am 9. Mai 2011

Bezirk — Kreisfreie Stadt Landkreis	Frauenanteil		
	alle Erwerbstätigen	überwiegender Arbeitsort zu Hause	Differenz
Berlin			
Mitte.....	45,2	45,5	0,3
Friedrichshain-Kreuzberg.....	47,1	43,9	-3,2
Pankow.....	49,6	40,8	-8,7
Charlottenburg-Wilmersdorf.....	50,6	53,7	3,1
Spandau.....	48,8	58,0	9,1
Steglitz-Zehlendorf.....	50,3	52,9	2,7
Tempelhof-Schöneberg.....	49,6	45,0	-4,6
Neukölln.....	46,8	41,7	-5,2
Treptow-Köpenick.....	49,1	44,6	-4,5
Marzahn-Hellersdorf.....	48,2	44,1	-4,1
Lichtenberg.....	49,2	47,1	-2,2
Reinickendorf.....	48,3	54,7	6,4
Berlin	48,6	47,0	-1,6
Brandenburg			
Brandenburg an der Havel.....	48,0	49,5	1,5
Cottbus.....	48,5	38,6	-9,9
Frankfurt (Oder).....	49,0	50,2	1,2
Potsdam.....	50,1	54,5	4,5
Barnim.....	48,4	46,7	-1,6
Dahme-Spreewald.....	47,3	44,7	-2,6
Elbe-Elster.....	45,5	54,6	9,1
Havelland.....	48,4	54,8	6,4
Märkisch-Oderland.....	47,8	46,6	-1,1
Oberhavel.....	48,3	54,6	6,3
Oberspreewald-Lausitz.....	46,9	53,0	6,1
Oder-Spree.....	46,7	45,7	-1,0
Ostprignitz-Ruppin.....	47,3	48,9	1,7
Potsdam-Mittelmark.....	47,6	48,7	1,2
Prignitz.....	46,3	50,0	3,7
Spree-Neiße.....	47,5	48,0	0,5
Teltow-Fläming.....	47,1	51,2	4,1
Uckermark.....	47,3	50,6	3,3
Brandenburg	47,7	49,5	1,8

... Brandenburger Verwaltungsbezirken am 9. Mai 2011



Ein Fünftel der Erwerbstätigen über 65 Jahre arbeitet überwiegend zu Hause

Der Anteil der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause an allen Erwerbstätigen nimmt mit steigendem Alter zu (Abbildung b). Zum Stichtag 9. Mai 2011 arbeiten bei den unter 30-Jährigen 4,5 % in Berlin und 3,2 % in Brandenburg zu Hause. Bei den 30- bis unter 40-Jährigen sind es bereits 7,2 % bzw. 4,6 % und bei den 50- bis unter 60-Jährigen 7,3 % bzw. 5,9 %. Deutlich größer fällt der Anteil bei den über 65-Jährigen mit 21,5 % bzw. 20,7 % aus. Somit sind hier die Anteile drei- bis viermal höher als in den anderen Altersgruppen, obwohl diese Altersgruppe in beiden Ländern jeweils nur knapp 3 % aller Erwerbstätigen ausmacht.

Bis zur Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen sind für Berlin etwas höhere Anteile bei den Heimerwerbstätigen zu verzeichnen als in Brandenburg. Dabei gibt es in Berlin in diesen Altersgruppen leicht höhere Anteile bei den Männern, während im Land Brandenburg der Frauenanteil bestimmend ist.

Innerhalb der Gruppe der Heimerwerbstätigen ist die Verteilung auf die Altersgruppen in Berlin relativ gleichmäßig: 23,3 % bei den 30- bis unter 40-Jährigen, 27,3 % bei den 40- bis unter 50-Jährigen und 26,3 % bei den 50- bis unter 65-Jährigen. Im Land Brandenburg stellen die Personen der Altersgruppe 50 bis unter 65 Jahre mit 35,1 % die größte Gruppe unter den Erwerbstätigen, die zu Hause arbeiten. Im Gegensatz zu Berlin ist im Land Brandenburg zu erkennen, dass umso jünger die Erwerbstätigen sind, desto geringer ist der Anteil an den zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen. So liegt er bei den 40- bis 50-Jährigen bei 27,5 % und bei den 30- bis 40-Jährigen bei 15,7 %. Die Gruppe der über 65-Jährigen stellt in Berlin 8,9 % und im Land Brandenburg 10,6 % der überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen. Die Verlagerung in Brandenburg zu den höheren Altersgruppen zeigt sich nicht nur bei den Heimerwerbstätigen, sondern auch bei den Erwerbstätigen insgesamt (Abbildung c).

Während die Anteile der Frauen und Männer in Berlin über alle Altersgruppen ungefähr ausgegli-

chen ist, wird das Flächenland durch einen leicht höheren Anteil an weiblichen Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause im Alter von 40 bis unter 50 Jahren bestimmt. Hier liegt der Anteil der Frauen um 4 Prozentpunkte über dem der Männer (25,6 %).

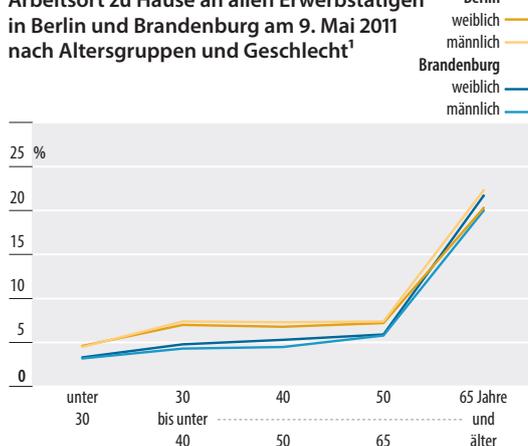
Die Kurvenverläufe bei den Männern und Frauen sind bei den Erwerbstätigen insgesamt nahezu identisch. Eine Abweichung wie bei den 40- bis unter 50-jährigen Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause (Abbildung c) gibt es hier allerdings nicht.

Familienstandstrukturen variieren innerhalb der Berliner Bezirke

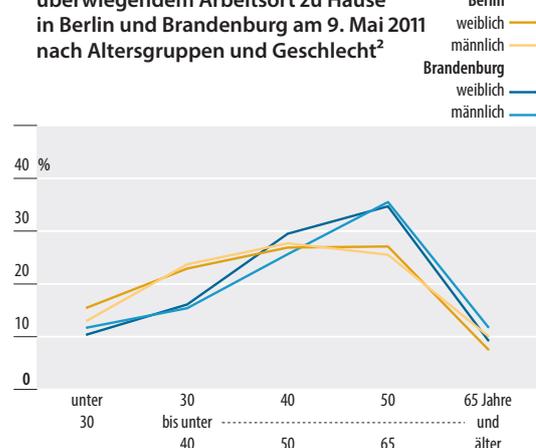
Beim Familienstand zeigen sich innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen, die überwiegend zu Hause arbeiten, deutliche Unterschiede zwischen dem Stadtstaat Berlin und dem Flächenland Brandenburg. In Berlin sind diese Erwerbstätigen zu gleichen Teilen ledig (43,3 %) oder verheiratet bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebend (42,6 %), gefolgt von den Geschiedenen bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben (12,1 %) und den Verwitweten bzw. eingetragener Lebenspartner verstorben (1,9 %). Auch bei allen Erwerbstätigen stellen die Ledigen (47,1 %) und die Verheirateten bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft Lebenden (40,0 %) die höchsten Anteile.

Im Land Brandenburg sind 61,1 % der überwiegend zu Hause Arbeitenden verheiratet bzw. leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Mit 25,9 % folgen die Ledigen vor den Geschiedenen bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben (9,9 %) und Verwitweten bzw. eingetragener Lebenspartner verstorben (3,1 %). Unter allen Erwerbstätigen ist der Anteil Verheirateter bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft Lebender mit 53,3 % ca. 8 Prozentpunkte niedriger. Die ledigen Erwerbstätigen weisen mit 35,0 % gegenüber den Heimerwerbstätigen einen um ca. 9 Prozentpunkte höheren Anteil aus. Der Anteil der Geschiedenen bzw. Lebenspartnerschaft aufgehoben beträgt 9,7 %.

b | Anteil der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause an allen Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Altersgruppen und Geschlecht¹



c | Verteilung der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Altersgruppen und Geschlecht²



¹ Basis entspricht allen Erwerbstätigen.

² Basis entspricht den Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause.

Die Familienstandstruktur in den Berliner Bezirken spiegelt zum größten Teil die allgemeine Bevölkerungsstruktur wider. So ist beispielsweise in Friedrichshain-Kreuzberg – einem Bezirk mit relativ hohem Anteil an Ledigen – der Anteil der ledigen Erwerbstätigen an den 13 450 Erwerbstätigen mit Arbeitsort überwiegend zu Hause mit 67,5 % nur geringfügig höher als bei allen Erwerbstätigen (67,0 %). Es sind aber auch Unterschiede zwischen allen Erwerbstätigen und den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen erkennbar. In Tempelhof-Schöneberg differieren die Werte bei den verheirateten bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Erwerbstätigen um fast 20 Prozentpunkte (Heimerwerbstätige: 60,7 %, alle Erwerbstätigen 41,7 %).

Abgesehen von Frankfurt (Oder) weisen die Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in den kreisfreien Städten Brandenburgs, wie auch in Berlin, jeweils einen Anteil von ca. 40 % bei den Ledigen und den Verheirateten bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Personen auf. In den Landkreisen sind die Verheirateten bzw. eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Anteilen zwischen 55,1 % in Ostprignitz-Ruppin und 68,1 % in Spree-Neiße am häufigsten vertreten. Ähnliche Werte gibt es für Frankfurt (Oder). 21,4 % der zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen sind hier ledig und 65,6 % verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Die Verteilung aller Erwerbstätigen im Land Brandenburg zeigt in den kreisfreien Städten Anteile von 40 % bis 50 % bei den Ledigen sowie Verheirateten bzw. Personen in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. In den Landkreisen gibt es bei den Anteilen der Ledigen sowie Verheirateten deutliche Unterschiede. In Potsdam-Mittelmark sind es 31,1 % bzw. 58,0 % und in Ostprignitz-Ruppin 38,4 % bzw. 51,0 %.

Erwerbstätige aus einem EU27-Land arbeiten häufiger zu Hause

Von den im Land Berlin lebenden und überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen besitzen 94 940 Personen und damit 85,9 % die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Land Brandenburg sind es 97,0 % der 65 690 Erwerbstätigen. Gegenüber allen Erwerbstätigen sind die Ausländeranteile bei den überwiegend zu Hause Arbeitenden etwas niedriger. In Berlin sind 90,0 % und in Brandenburg 98,3 % aller Erwerbstätigen Deutsche.

Rund drei Viertel der Erwerbstätigen mit einem ausländischen Pass, sowohl in Bezug auf alle Erwerbstätigen als auch auf die Heimerwerbstätigen, kommen – in beiden Ländern – aus Europa. Darunter sind 69,4 % der Heimerwerbstätigen in Berlin und 67,1 % in Brandenburg aus einem der EU27-Staaten. Von allen Erwerbstätigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind hingegen in Berlin nur 52,4 % aus einem der EU27-Länder. Somit beträgt der Unterschied zwischen den beiden betrachteten Erwerbstätigengruppen fast 15 Prozentpunkte. In Brandenburg ist der Unterschied mit ca. 5 Prozentpunkten (62,1 %) nicht ganz so groß.

Deutsche mit Migrationshintergrund arbeiten seltener zu Hause

1 250 880 erwerbstätige Personen in Berlin haben keinen Migrationshintergrund. Das sind 79,5 % aller Erwerbstätigen. Bei den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen ist der Anteil mit 74,4 % etwas niedriger. Auch im Land Brandenburg fällt der Anteil der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause mit 94,3 % etwas geringer aus als unter allen Erwerbstätigen (96,0 %). Somit ist in beiden Ländern der Anteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund bei den überwiegend zu Hause arbeitenden höher als bei den Erwerbstätigen insgesamt.

Der Migrationshintergrund kann im Zensus 2011 sehr differenziert ausgewertet werden. Neben der Einteilung in Personen mit und ohne Migrationshintergrund, werden die Personen mit Migrationshintergrund zusätzlich anhand ihrer Staatsangehörigkeit in Deutsche und Ausländer unterteilt (Abbildung d). Des Weiteren werden die Personen nach ihrem Geburtsort klassifiziert. Aus dem Ausland nach Deutschland Zugezogene haben eine eigene Migrationserfahrung. Bei Deutschen ohne eigene Migrationserfahrung – das sind Personen, die mindestens die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, die in Deutschland geboren und damit nicht zugezogen sind – wird anhand ihrer Eltern nach einseitigem oder beidseitigem Migrationshintergrund unterschieden. Personen mit beidseitigem Migrationshintergrund sind Personen, deren Elternteile nach 1955 auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind. Bei einem einseitigen Bezug ist nur ein Elternteil nach Deutschland zugezogen.

28 250 Personen in Berlin bzw. 25,6 % derer, die überwiegend zu Hause arbeiten, haben einen Migrationshintergrund. Davon sind 12 700 Personen bzw. 45,0 % Deutsche mit Migrationshintergrund sowie 15 550 Personen bzw. 55,0 % Ausländerinnen und Ausländer. 13,8 % der Ausländerinnen und Ausländer besitzen keine eigene Migrationserfahrung. Bei den Personen, die einen Migrationshintergrund be-

d | Erwerbstätige mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in Berlin am 9. Mai 2011 nach Migrationshintergrund und Migrationserfahrung

Migrationshintergrund				
Personen ohne Migrationshintergrund (74,4 %)	Personen mit Migrationshintergrund (25,6%)			
	Ausländer/-innen (55,0 %)		Deutsche (45,0 %)	
	mit eigener Migrationserfahrung (86,2 %)	ohne eigene Migrationserfahrung (13,8 %)	mit eigener Migrationserfahrung (62,2 %)	ohne eigene Migrationserfahrung (37,8 %)
			mit beidseitigem Migrationshintergrund (36,6 %)	mit einseitigem Migrationshintergrund (63,4 %)

sitzen – Deutsche sowie Ausländerinnen und Ausländer – haben drei Viertel eine eigene Migrationserfahrung. Bezogen auf die Erwerbstätigen insgesamt gibt es beim Migrationshintergrund nach der Staatsangehörigkeit mehr deutsche Erwerbstätige (51,1 %). Bei den Heimerwerbstätigen sind es hingegen nur 45,0 %. Bei den restlichen Merkmalen sind keine beachtlichen Unterschiede erkennbar.

Bei 72,7 % der Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund, die überwiegend zu Hause arbeiten, kommen diese oder mindestens ein Elternteil aus Europa (43,7 % aus einem EU27-Land und 29,0 % aus einem der anderen europäischen Staaten). Darunter sind 3 750 Personen (13,3 %) aus der Türkei, 3 680 Personen (13,0 %) aus Polen und 1 600 Personen (5,7 %) aus der Russischen Föderation. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil aus einem europäischen Staat kommt, an allen Erwerbstätigen ist mit 72,3 % fast identisch mit den Erwerbstätigen, die überwiegend zu Hause arbeiten. 37,0 % kommen aus einem EU27-Land und 35,3 % aus einem der anderen europäischen Staaten. Darunter stammen 63 200 Personen (19,6 %) aus der Türkei, 49 640 Personen (15,4 %) aus Polen und 19 660 Personen (6,1 %) aus der Russischen Föderation.

Mehr als die Hälfte (53,8 %) der Heimerwerbstätigen mit Migrationshintergrund leben seit 20 und mehr Jahren in Deutschland. Bei 11,5 % sind es weniger als fünf Jahre. Die Verteilung bei den Erwerbstätigen insgesamt ist ähnlich. 56,8 % von ihnen sind seit 20 Jahren und länger in Deutschland und nur 8,3 % weniger als fünf Jahre.

Im Land Brandenburg besitzen 61 970 Erwerbstätige mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause (94,3 %) keinen Migrationshintergrund. Von den Personen mit Migrationshintergrund leben 49,0 % (alle Erwerbstätige: 49,9 %) seit 20 und mehr Jahren in Deutschland, gefolgt von weiteren 16,9 % (alle Erwerbstätige: 14,4 %), die seit 10 bis unter 15 Jahren in Deutschland leben. Analysen zu den tiefer gegliederten Migrationsausprägungen sowie zu den

Herkunftsländern können aufgrund der geringen Fallzahl von 3 720 Heimerwerbstätigen mit Migrationshintergrund nicht durchgeführt werden.

Erwerbstätige, deren Arbeitsort überwiegend zu Hause ist, haben höhere Bildungsabschlüsse

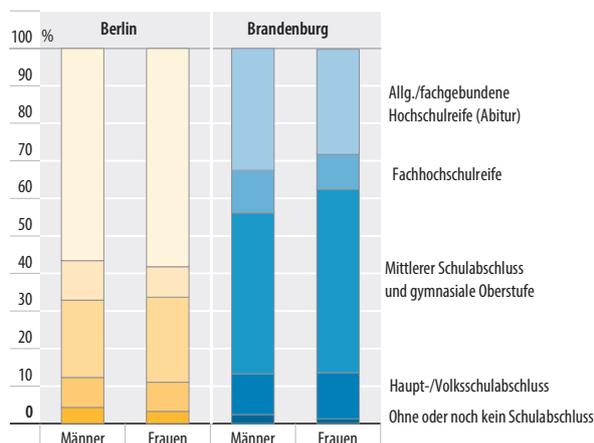
Auch beim höchsten Schulabschluss der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Während beispielsweise 57,4 % dieser Berliner Erwerbstätigen Abiturienten sind, sind es im Land Brandenburg nur 29,7 %. Bei den Heimerwerbstätigen im Land Brandenburg ist der Mittlere Schulabschluss und die gymnasiale Oberstufe (46,3 %) am häufigsten vertreten.

Der Vergleich zu allen Erwerbstätigen zeigt, dass in Berlin 42,0 % der Personen, die hauptsächlich zu Hause arbeiten, ein Abitur besitzen. Das heißt, der Anteil der zu Hause erwerbstätigen Abiturienten an allen Erwerbstätigen, die zu Hause arbeiten, ist 15,4 Prozentpunkte höher als der Anteil der erwerbstätigen Abiturienten an allen Erwerbstätigen. Auch in Brandenburg ist dieser Anteil um 6,5 Prozentpunkte höher. Die Anteile der Mittleren Schulabschlüsse sowie gymnasialen Oberstufe sind mit 35,0 % in Berlin und 55,2 % in Brandenburg hingegen bei der Analyse aller Erwerbstätigen höher als bei den Erwerbstätigen, die überwiegend zu Hause arbeiten.

Eine weitere Unterteilung der überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen nach Männern und Frauen veranschaulicht eine unterschiedliche Verteilung der Schulabschlüsse zwischen den Ländern (Abbildung e). In Brandenburg beispielsweise besitzen 48,7 % von allen überwiegend zu Hause arbeitenden erwerbstätigen Frauen einen mittleren Schulabschluss oder einen Abschluss der gymnasialen Oberstufe. Bei den Männern in Brandenburg nimmt dieser Abschluss ebenfalls den höchsten Anteil ein, fällt aber mit 42,8 % etwas geringer aus. Umgekehrt ist dies beispielsweise bei den Personen mit Abitur. Hier ist der Anteil unter den Männern in Brandenburg (32,5 %) höher als der Anteil bei den Frauen (26,2 %) In Berlin ist dieser Anteil wiederum bei den Frauen um 1,6 Prozentpunkte höher (56,6 % zu 58,2 %).

Erwerbstätige, deren Arbeitsort überwiegend zu Hause ist, haben höhere Bildungsabschlüsse. Dies zeigt der Vergleich mit den Strukturen aller Erwerbstätigen. Zum 9. Mai 2011 hatten, bezogen auf alle Erwerbstätigen, 40,7 % der Berliner Männer und 43,2 % der Berliner Frauen eine allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife (Abitur). In Brandenburg sind es 22,0 % der Männer und 24,4 % der Frauen. Im Vergleich zu den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen fallen die Anteile dieser Erwerbstätigengruppe vor allem in Berlin deutlich höher aus. Der Abschluss Mittlerer Schulabschluss und gymnasiale Oberstufe weist ein umgekehrtes Verhältnis auf. Hier sind die Anteile an allen Erwerbstätigen mit 33,8 % (Berliner Männer), 36,2 % (Berliner Frauen), 55,5 % (Brandenburger Männer) und 54,9 % (Brandenburger Frauen) höher als die der Heimerwerbstätigen. Der Anteil mit Haupt- und Volksschul-

e | Anteil der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach dem höchsten Schulabschluss und dem Geschlecht



abschluss ist bei den Frauen etwas niedriger und bei den Männern etwas höher (13,2 %, 9,6 %, 11,9 %, 8,4 %). Die Anteile der Erwerbstätigen ohne oder mit noch keinem Schulabschluss sind bei beiden Erwerbstätigengruppen ungefähr gleich.

Berliner Heimerwerbstätige weisen bei allen beruflichen Abschlüssen einen Männerüberschuss auf

Die Strukturen, die aus dem Merkmal Schulabschluss ersichtlich sind, zeigen sich auch im höchsten beruflichen Abschluss. Abbildung f stellt die unterschiedliche Verteilung der Abschlüsse zwischen allen Erwerbstätigen und den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen dar. Auch hier ist erkennbar, dass die Anteile der höchsten Berufsabschlüsse bei den Heimerwerbstätigen – sowohl in Berlin als auch in Brandenburg – größer sind.

Werden für Berlin nur die überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen betrachtet, ist der höchste Anteil (32,6 %) bei den Hochschulabsolventen zu erkennen, gefolgt von 25 230 Personen (22,8 %) mit einer Lehre oder einer Berufsausbildung im dualen System. An dritter Stelle folgen mit 19,4 % Personen ohne einen beruflichen Abschluss.

28 600 Erwerbstätige in Brandenburg mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause (43,5 %) haben eine Lehre oder eine Berufsausbildung im dualen System absolviert, gefolgt vom Fachschul- (16,1 %), Hochschul- (13,4 %) und Fachhochschulabschluss (12,0 %).

Werden die Geschlechterverteilungen aller Erwerbstätigen mit denen der Heimerwerbstätigen verglichen (Tabelle 3), zeigen sich Unterschiede bei den Abschlüssen. In Berlin liegen bei den Heimerwerbstätigen ausschließlich Männerüberschüsse vor.² Mit 57,9 % ist dieser bei den Personen ohne beruflichen Abschluss am höchsten und geht bis zu

einem minimalen Überschuss von 0,5 Prozentpunkten bei den Fachschulabschlüssen. Die Ergebnisse im Land Brandenburg zeigen keinen reinen Männerüberschuss in den einzelnen Merkmalsausprägungen.

In Berlin arbeiten mehr Selbstständige, in Brandenburg mehr Angestellte überwiegend zu Hause

In Berlin sind 16,8 % und in Brandenburg 11,4 % aller Erwerbstätigen selbstständig. Von den 110 490 Erwerbstätigen im Land Berlin und den 65 690 Erwerbstätigen im Land Brandenburg, die hauptsächlich zu Hause arbeiteten, waren hingegen in Berlin 61,1 % und in Brandenburg 42,9 % selbstständig erwerbstätig. Bezogen auf alle Selbstständigen (Berlin: 265 020, Brandenburg: 141 920)³ arbeiten in Berlin 25,5 % und Brandenburg 19,9 % der Selbst-

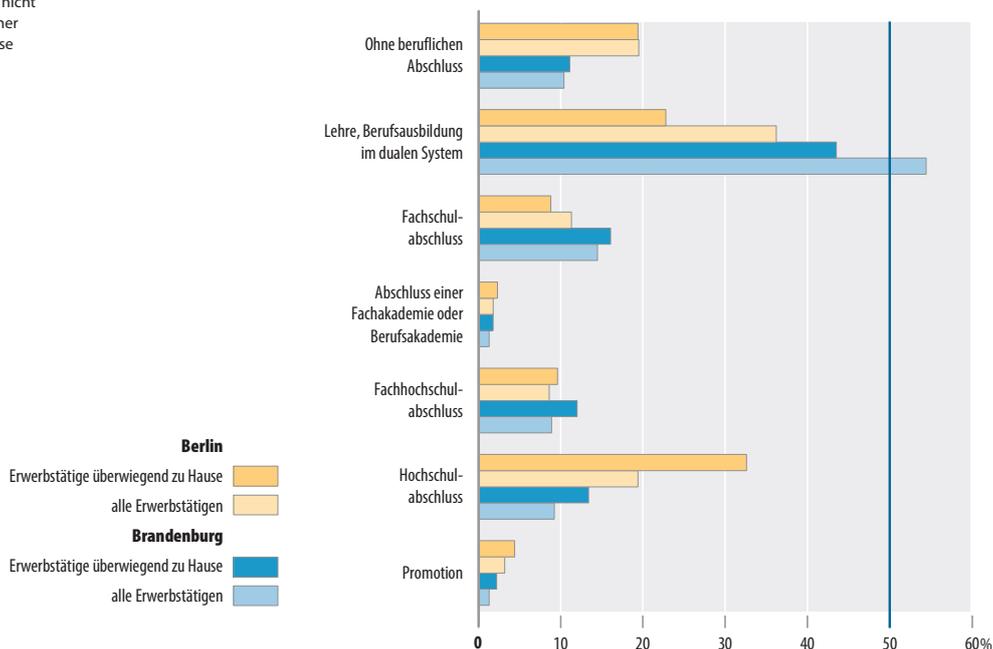
3 | Anteil der männlichen Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Arbeitsort und höchstem beruflichen Abschluss

Höchster beruflicher Abschluss	Berlin		Brandenburg	
	alle Erwerbstätigen	überwiegender Arbeitsort zu Hause	alle Erwerbstätigen	überwiegender Arbeitsort zu Hause
Ohne beruflichen Abschluss	55,3	57,9	55,4	50,1
Lehre, Berufsausbildung im dualen System	53,6	53,1	55,1	47,2
Fachschulabschluss	39,4	50,5	42,4	47,0
Abschluss einer Fachakademie oder Berufsakademie	43,5	/	40,9	55,5
Fachhochschulabschluss	52,5	53,5	51,0	55,0
Hochschulabschluss	48,8	50,8	49,4	58,7
Promotion	63,3	55,3	64,6	67,2

2 Der Zahlenwert bei den Heimerwerbstätigen für den Abschluss einer Fachakademie nach den Geschlechtern in Berlin ist stichprobenbedingt nicht sicher genug und wird daher bei der Geschlechteranalyse nicht berücksichtigt.

3 Aus der Haushaltsstichprobe hochgerechnetes Ergebnis

f | Anteil der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach dem höchsten beruflichen Abschluss



ständigen zu Hause. Von ihnen haben 85,6 % in Berlin und 75,9 % im Land Brandenburg keine Beschäftigten. Bei den Erwerbstätigen insgesamt fallen die Anteile mit 71,1 % und 57,0 % niedriger aus.

Während in Berlin der Anteil der Selbstständigen an allen Heimerwerbstätigen (61,1%) am höchsten ist, befinden sich im Land Brandenburg ungefähr die Hälfte aller Erwerbstätigen mit überwiegender Arbeitsort zu Hause (33 340) in einem Angestelltenverhältnis.

Bei der Analyse aller Erwerbstätigen stellen die Angestellten in beiden Ländern die meisten Personen. In Berlin arbeiten 77,2 % und in Brandenburg 82,7 % in einem Angestelltenverhältnis. Damit zeigen sich deutlich andere Strukturen bei den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen.

Beamte und mithelfende Familienangehörige nehmen mit 2,0 % und 2,7 % in Berlin sowie 2,6 % und 3,8 % in Brandenburg den geringsten Anteil an Heimerwerbstätigen ein. Bezogen auf alle Erwerbstätigen liegen diese Anteile bei 5,4 % und 0,5 % sowie 5,5 % und 0,5 %.

Bereits bei der Betrachtung nach Alter und Geschlecht (Abbildungen b und c) sind die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg bei den über-

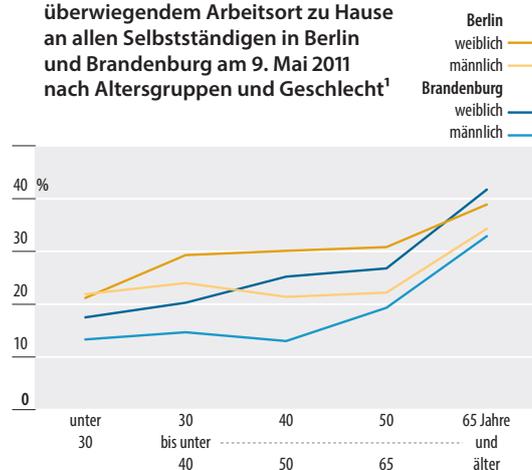
wiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen sichtbar. Unter Einbeziehung der Merkmalsausprägungen *Angestellte* und *Selbstständige*⁴ zeigen sich zum Teil andere Kurvenverläufe.

Werden die Heimerwerbstätigen zu allen Erwerbstätigen ins Verhältnis gesetzt, ist der Kurvenverlauf bei den Angestellten identisch zu Abbildung b. Die Anteile liegen dabei zwischen ca. 3 % bei den unter 30-Jährigen und ca. 10 % bei den Erwerbstätigen über 65 Jahren. Anders sieht es aus, wenn die Selbstständigen mit überwiegender Arbeitsort zu Hause zu allen Selbstständigen ins Verhältnis gesetzt werden (Abbildung g). Bei den Frauen steigen in beiden Ländern die Anteile, wenn auch nur leicht, mit den höheren Altersgruppen an. Bei den Männern ist hingegen, ebenfalls in beiden Ländern, ein geringerer Rückgang in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen erkennbar.

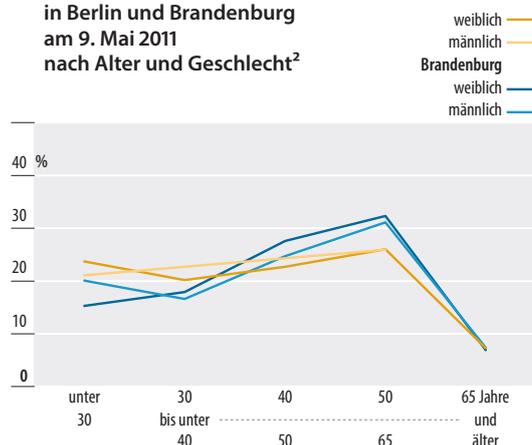
Werden die Kurven innerhalb der überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen betrachtet, weichen, im Gegensatz zum Verhältnisvergleich aller Erwerbstätigen, die Kurvenverläufe der Angestellten mit überwiegender Arbeitsort zu Hause ab (Abbildung h). Bei den Selbstständigen ist der Kurvenverlauf zu Abbildung c sehr ähnlich.

4 mit und ohne Beschäftigte

g Anteil der Selbstständigen mit überwiegender Arbeitsort zu Hause an allen Selbstständigen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Altersgruppen und Geschlecht¹



h Anteil Angestellter mit überwiegender Arbeitsort zu Hause in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Alter und Geschlecht²



4 Erwerbstätige mit überwiegender Arbeitsort zu Hause in den Ländern Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach tatsächlich ausgeübter Tätigkeit (KldB 2010)

Beschäftigungsbereich	Berlin		Brandenburg	
	2011	%	2011	%
Militär.....	/	/	/	/
Land-, Forst- und Tierwirtschaft und Gartenbau.....	/	/	3 020	4,6
Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung.....	14 030	12,7	8 830	13,4
Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik.....	7 830	7,1	5 800	8,8
Naturwissenschaft, Geografie und Informatik.....	4 820	4,4	2 130	3,2
Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit.....	5 840	5,3	5 690	8,7
Verkauf, Vertrieb und Tourismus.....	16 230	14,7	10 400	15,8
Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung.....	20 820	18,8	15 490	23,6
Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung.....	16 730	15,1	10 410	15,8
Geisteswissenschaften, Kultur und Gestaltung.....	23 120	20,9	3 800	5,8

¹ Basis entspricht allen Erwerbstätigen.
² Basis entspricht den Erwerbstätigen mit überwiegender Arbeitsort zu Hause.

Der Anteil der unter 30-jährigen Heimerwerbstätigen ist bei den Angestellten höher als bei den Selbstständigen. In Berlin liegt er bei den weiblichen Selbstständigen bei ungefähr 10 % und bei den weiblichen Angestellten bei ungefähr 24 %.

Bei den Angestellten in Brandenburg zeigt sich ein Frauenüberschuss in den Altersklassen von 30 bis unter 65 Jahren. In Berlin liegt indes ein Männerüberschuss vor. Mit ca. 26 % in Berlin und ca. 31 % in Brandenburg sind die weiblichen und männlichen Anteile bei den 50- bis unter 65-jährigen Angestellten mit Homeoffice in beiden Ländern am höchsten. Bei den Selbstständigen liegt der Scheitelpunkt in Berlin bei den 40- bis unter 50-Jährigen und in Brandenburg, ebenso wie bei den Angestellten, bei den 50- bis unter 65-Jährigen.

Der Renteneinstieg erwerbstätiger Personen mit ca. 65 Jahren führt zu einem deutlich geringeren Anteil Heimerwerbstätiger in der Altersklasse 65 Jahre und älter. Bei den Angestellten sinkt der Anteil auf unter 7,5 %, bei den Selbstständigen ist dieser mit 8,0 % bei den Berlinerinnen und 14,4 % bei den Männern in Brandenburg etwas höher. Auch beim Vergleich der jüngsten und ältesten Altersklasse sind Unterschiede zwischen Angestellten, die Homeoffice betreiben, und Selbstständigen, die überwiegend zu Hause arbeiten, erkennbar. Bei den Angestellten sind die Anteile der jüngsten Altersklasse mindestens dreimal so groß wie die der ältesten.

Erwerbstätige aus dem Bereich Geisteswissenschaft, Kultur und Gestaltung arbeiten am häufigsten zu Hause

Die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit des Erwerbstätigen nach nationalen Standards (KldB 2010)⁵ zeigt, dass ungefähr jeder Fünfte in Berlin, der zu Hause wohnt und arbeitet, im Bereich *Geisteswissenschaften, Kultur und Gestaltung* tätig ist. Im Land Brandenburg nimmt dieser Tätigkeitsbereich gerade einmal einen Anteil von 5,8 % ein. Hier sind Erwerbstätige im Bereich *Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung* am häufigsten (23,6 %) vertreten. Dieser Bereich steht in Berlin an zweiter Stelle mit einem Anteil von 18,8 %. Tabelle 4 zeigt eine Übersicht der nationalen Berufsklassen für die Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause.

Bezogen auf die Erwerbstätigen insgesamt in Berlin arbeiten lediglich 7,5 % im Bereich *Geisteswissenschaften, Kultur und Gestaltung*, 19,7 % von ihnen überwiegend zu Hause. Bei den restlichen Bereichen ergeben sich Heimerwerbstätigenanteile zwischen 3,2 % im Bereich *Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit* und 8,8 % bei den Erwerbstätigen im Bereich *Naturwissenschaften, Geografie und Informatik*. Im Land Brandenburg ist der Anteil der Geisteswissenschaften etc. an allen Erwerbstätigen mit

11,6 % ebenfalls am höchsten. Die übrigen Heimerwerbstätigenanteile liegen zwischen 3,2 % und 7,7 %. Diese beiden höchsten Werte befinden sich in den gleichen Bereichen wie die in Berlin.

Fast die Hälfte der Heimerwerbstätigen kommt in beiden Ländern aus dem Wirtschaftszweig der sonstigen Dienstleistungen

Der Wirtschaftszweig bezieht sich auf die Art der Produktion oder Tätigkeit des Betriebs oder einer ähnlichen Wirtschaftseinheit, in dem bzw. in der sich der Arbeitsplatz einer derzeit erwerbsaktiven Person befindet.

Die Rangfolge der Wirtschaftszweige ist in Berlin und Brandenburg gleich. Die meisten Erwerbstätigen, die überwiegend zu Hause arbeiten, gehören zum Produktions- und Tätigkeitsbereich *Sonstiger Dienstleistungsbereich* gefolgt von *Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation (IuK)*, dem *Produzierenden Gewerbe* und der *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei*. Bei allen Erwerbstätigen arbeiten in Brandenburg etwas mehr Personen im *Produzierenden Gewerbe* (25,6 %) als im *Handel, Gastgewerbe und Verkehr, IuK* (24,4 %). Drei dieser vier Wirtschaftszweig-Hauptgruppen können in weitere Teilbereiche unterteilt werden.

3,1 % aller Erwerbstätigen und 4,7 % der überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen sind im Land Brandenburg in der *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* beschäftigt. Für Berlin ist der entsprechende Wert stichprobenbedingt nicht sicher genug und wird daher nicht ausgewiesen.

10,4 % aller in Berlin und 22,1 % im Land Brandenburg lebenden Heimerwerbstätigen arbeiten im *Produzierenden Gewerbe*. Dabei nimmt, mit jeweils fast 50 % in beiden Ländern, der Teilbereich *Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe* den höchsten Anteil ein. Bei allen Erwerbstätigen liegen die Anteile bei 15,8 % in Berlin und 25,6 % in Brandenburg. Auch hier stellen der Bergbau und das verarbeitende Gewerbe mit mehr als 50 % den höchsten Anteil.

Mit 28,0 % ist der Anteil der Heimerwerbstätigen im *Handel, Gastgewerbe und Verkehr, IuK* in Berlin genau 4 Prozentpunkte höher als in Brandenburg. Dieser Wirtschaftszweig wird in zwei Teilbereiche gegliedert. Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den beiden Ländern. In Berlin ist der Anteil im Bereich *Verkehr und Lagerei, Kommunikation* mit 60,3 % am höchsten, in Brandenburg mit 56,4 % der Bereich *Handel, Reparatur von Kfz, Gastgewerbe*. Bezogen auf alle Erwerbstätigen arbeiten in beiden Ländern mit 54,7 % und 61,6 % mehr Personen im *Handel, Reparatur von Kfz und Gastgewerbe*.

Sonstige Dienstleistung ist, mit 61,3 % in Berlin und 49,2 % in Brandenburg, der Wirtschaftszweig in dem am häufigsten zu Hause gearbeitet wurde. In Bezug auf alle Erwerbstätigen liegen die Anteile bei 56,6 % in Berlin und 46,9 % in Brandenburg. Tabelle 5 stellt die Verteilung der vier Teilbereiche des Wirtschaftszweigs *Sonstige Dienstleistungen* vergleichend dar.

⁵ Klassifikation der Berufe 2010 – eine Unterscheidung auf Basis der Tätigkeit, des Kenntnisstandes, der Fertigkeit und des Anforderungsniveaus des Berufes.

Paare mit mindestens einem Kind arbeiten im Land Brandenburg am häufigsten zu Hause

Die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg setzen sich auch beim Vergleich der Haushaltstypen⁶, in denen die Erwerbstätigen leben, fort. Die Verteilung in Berlin zeigt, dass gut drei Viertel aller Erwerbstätigen sich gleichmäßig auf die Merkmalsausprägungen Paare ohne Kind(er) im Haushalt (Heimerwerbstätige: 28,3 %, alle Erwerbstätige: 26,2 %), Einpersonenhaushalte (Heimerwerbstätige: 27,4 %, alle Erwerbstätige: 27,0 %) und Paare mit Kind(ern) im Haushalt (Heimerwerbstätige: 27,2 %, alle Erwerbstätige 29,9 %) aufteilen.

Im Land Brandenburg überwiegen die Haushaltstypen Paare mit und ohne Kind(er) im Haushalt (Heimerwerbstätige: 77,0 %, alle Erwerbstätige: 75,3 %). 56,6 % aller Erwerbstätigen, die in einem Paar-Haushalt wohnen und überwiegend zu Hause arbeiten, leben mit mindestens einem Kind⁷ zusammen. Bezogen auf alle Erwerbstätigen sind es 53,3 %. Die Einpersonenhaushalte stellen 13,5 % bei den Heimerwerbstätigen und 14,2 % in Bezug auf alle Erwerbstätigen. Die hohen Unterschiede zwischen Berlin

und Brandenburg sind u.a. durch die allgemeinen Strukturen innerhalb der Länder erklärbar. In Berlin sind beispielsweise fast die Hälfte aller Haushalte Einpersonenhaushalte, sodass der Anteil der Erwerbstätigen hier ebenfalls höher ausfällt als im Land Brandenburg mit einem Anteil von 34,5 %.

Unter Einbeziehung des Geschlechts und der Stellung im Beruf wird deutlich, dass der Frauenanteil pro Haushaltstyp bei den Angestellten, die überwiegend Heimerwerbstätige betreiben, immer höher ist als bei den Selbstständigen – mit und ohne eigene Beschäftigte –, die überwiegend zu Hause arbeiten (Abbildung i). Bei der Analyse aller Erwerbstätigen zeigt sich dieselbe Struktur. Nur bei den Alleinerziehenden ist in beiden Ländern und beiden Berufsstellungen ein deutlicher Frauenüberschuss erkennbar. Ansonsten sind Frauenüberschüsse nur noch bei den Erwerbstätigen zu finden, die in einem Angestelltenverhältnis überwiegend zu Hause arbeiten und in einem Paar-Haushalt leben. In der Gruppe aller Erwerbstätigen ist lediglich bei Paaren mit Kind(ern) kein Frauenüberschuss vorhanden. Die übrigen Strukturen sind gleich.

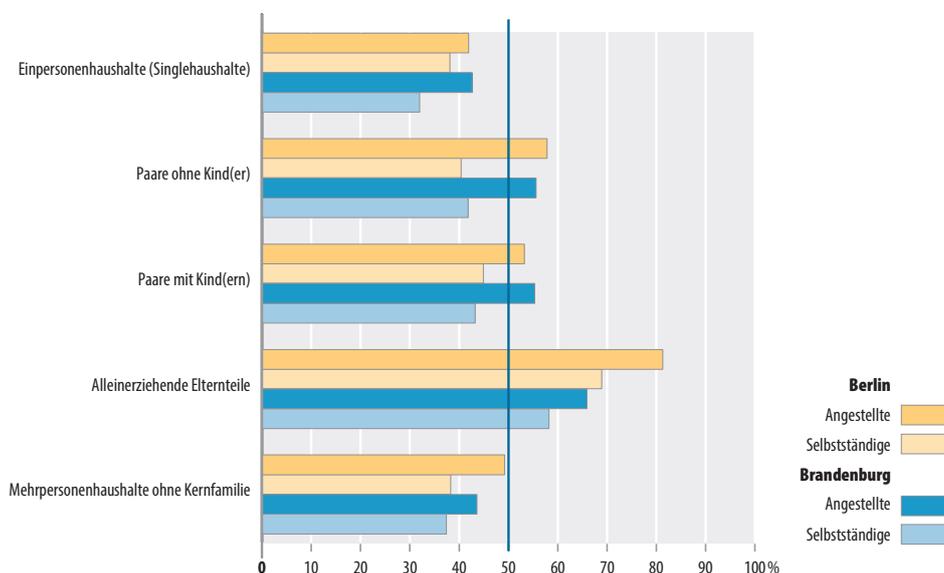
5 | Anteil der Erwerbstätigen im Wirtschaftszweig Sonstige Dienstleistungen in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Arbeitsort

Beschäftigungsbereich	Berlin		Brandenburg	
	alle Erwerbstätigen	überwiegender Arbeitsort zu Hause	alle Erwerbstätigen	überwiegender Arbeitsort zu Hause
Finanz- und Versicherungsdienst	4,6	3,4	5,4	8,4
Grundstücks-/Wohnungswesen, wirtschaftlicher Dienst.....	24,2	41,3	18,6	33,1
Öffentliche Verwaltung u. Ä.....	15,2	4,1	22,0	10,7
Öffentlicher und privater Dienst (ohne öffentliche Verwaltung)...	56,0	51,1	53,9	47,9

⁶ Erwerbstätige in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind hier nicht enthalten, sondern nur Personen, die eine eigene Haushaltsführung aufweisen.

⁷ Unter Kind ist ein leiblicher Sohn bzw. ein Stief- oder Adoptivsohn oder eine leibliche Tochter bzw. eine Stief- oder Adoptivtochter (ungeachtet des Alters) zu verstehen.

i | Frauenanteil der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Haushaltstyp und Stellung im Beruf



Zur Verfügung stehende Wohnfläche für Wohnen und Arbeiten in Berlin und Brandenburg relativ identisch

77,9 % der Erwerbstätigen⁸, die überwiegend zu Hause arbeiten, und 81,1 % bei allen Erwerbstätigen wohnen in Berlin in einer Mietwohnung. Im Land Brandenburg besitzen hingegen etwa sechs von zehn Erwerbstätigen, sowohl unter den Heimerwerbstätigen als auch bei den Erwerbstätigen insgesamt, Wohneigentum.

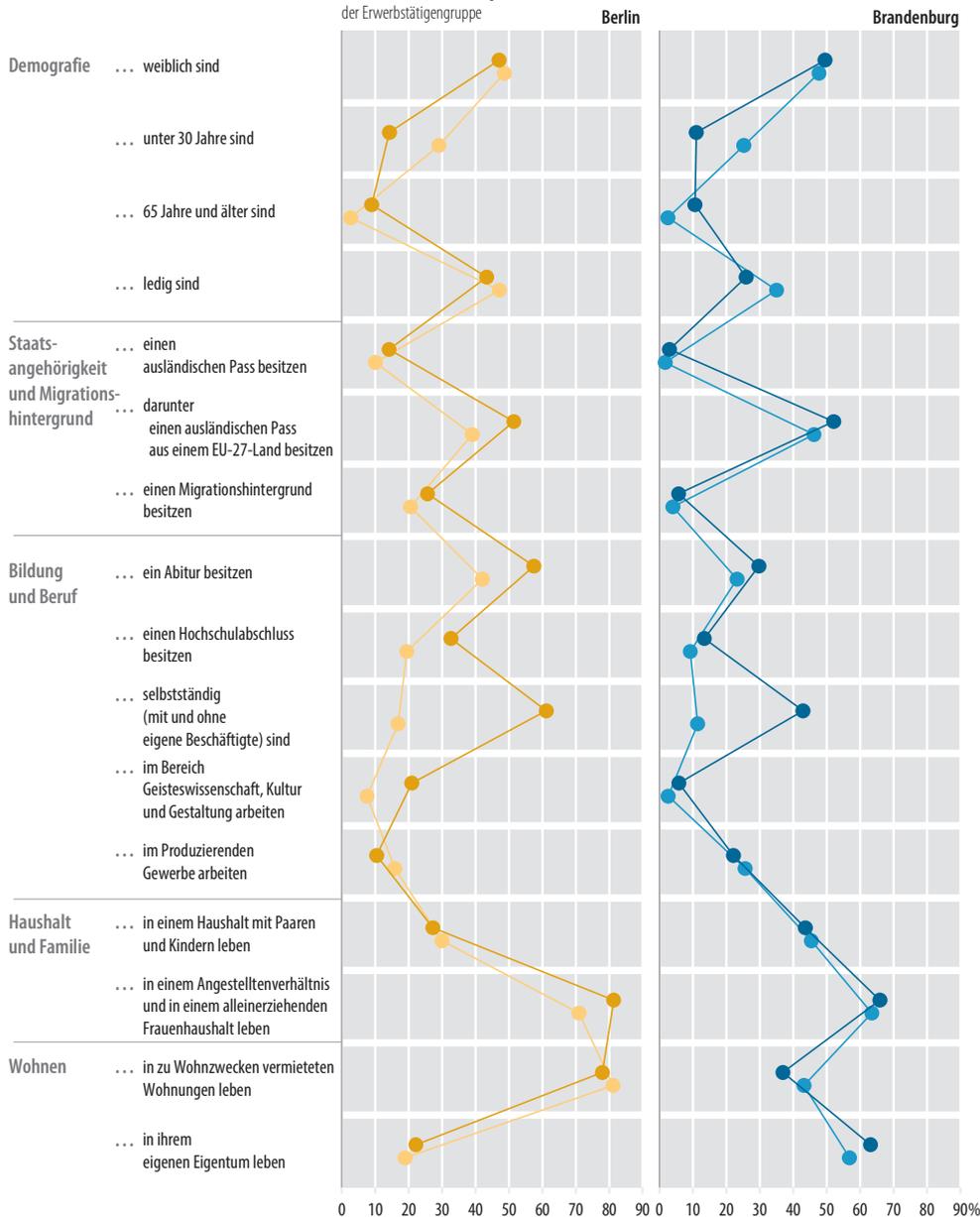
Die Untersuchung der durchschnittlichen Wohnfläche und der durchschnittlichen Raumanzahl der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause zeigt, dass die Erwerbstätigen mit Eigentum in Berlin mehr Fläche, aber weniger Räume zur Verfügung haben als in Brandenburg (Tabelle 6). Bei denen, die zur Miete wohnen, ist sowohl die durchschnittliche Wohnfläche als auch die durchschnittliche Raumanzahl im Land Brandenburg höher als in Berlin.

⁸ Erwerbstätige in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind hier nicht enthalten, sondern nur Personen, die eine eigene Haushaltsführung aufweisen.

j | Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Arbeitsort und ausgewählten Merkmalen

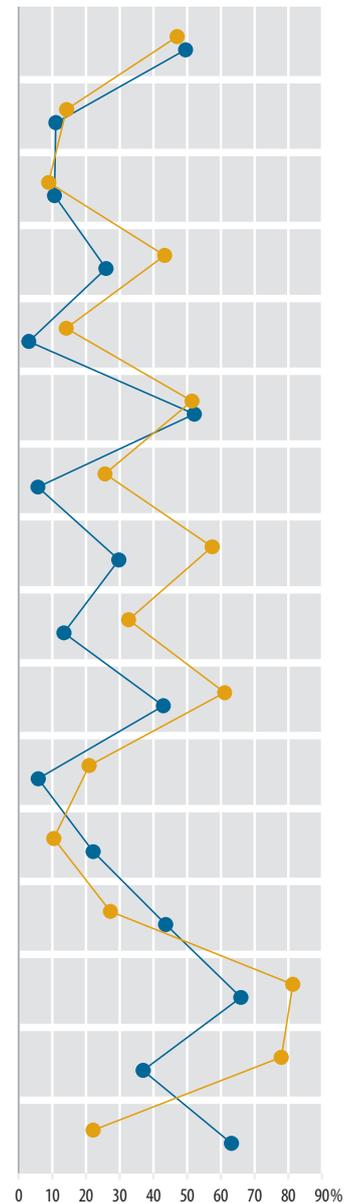
Anteil der
 ● Heimerwerbstätigen bzw.
 ● Erwerbstätigen insgesamt, die ...

Anteile an allen Erwerbstätigen der Erwerbstätigengruppe



k | Erwerbstätige mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach ausgewählten Merkmalen

● Berlin
 ● Brandenburg



Werden die Ergebnisse der Tabelle 6 mit den Erwerbstätigen insgesamt verglichen, sind die durchschnittlichen Wohnflächen und Raumzahlen geringer. So leben alle erwerbstätigen Eigentümer durchschnittlich auf 114,7 m² (Berlin) bzw. 117,8 m² (Brandenburg) und die Wohnungsmieter auf durchschnittlich 73,2 m² bzw. 72,4 m². Die durchschnittliche Anzahl der Räume ist bei den Eigentümern ca. 0,3 Räume geringer.

Zusammenfassung

Die Analysen zeigen, dass es Unterschiede zwischen den Strukturen des Heimerwerbstätigen und den Strukturen aller Erwerbstätigen gibt. So arbeiten beispielsweise Personen aus dem Bereich der *Geisteswissenschaften, Kultur und Gestaltung* in Berlin am häufigsten zu Hause, während dieser Bereich, bezogen auf alle Erwerbstätigen, mit 7,5 % nicht sehr häufig vorkommt. Festzuhalten ist auch, dass je höher der Schul- bzw. Berufsabschluss ist, desto höher sind die Anteile der zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen. Ebenso zeigt sich, dass bei den überwiegend zu Hause arbeitenden Erwerbstätigen ein höherer Anteil selbstständig ist als in den allgemeinen Erwerbsstrukturen Berlins und Brandenburgs.

Aber auch Unterschiede zwischen Stadtstaat und Flächenland sind erkennbar. So arbeiten beispielsweise im Land Brandenburg mehr ältere Erwerbstätige überwiegend zu Hause. In Berlin ist wiederum der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Abitur höher. Die Ergebnisse des Zensus 2011 zeigen auch, dass es in Berlin einen höheren Anteil männlicher Angestellter und im Land Brandenburg den höheren Anteil selbstständiger Frauen in der Altersklasse 40 bis unter 50 Jahre gibt.

Die Profildiagramme (Abbildungen j und k) stellen einige Merkmale für die Heimerwerbstätigen sowie allen Erwerbstätigen noch einmal zusammenfassend gegenüber.

Da der Zensus 2011 eine Momentaufnahme des 9. Mai 2011 ist und andere Statistiken diese Merkmals-tiefe nicht vorweisen, können momentan keine Aussagen zu Entwicklungen aufgezeigt werden. Dies wird erst nach dem nächsten Zensus – welcher voraussichtlich 2021 stattfinden wird – möglich sein, da das Merkmal Arbeitsort in der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (ABl. L 218, S.14) enthalten ist und somit zu den Pflichtmerkmalen des zukünftigen Zensus gehört.

Verena Kutzki, Diplom-Volkswirtin und Master of Science, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Zuvor war sie Mitarbeiterin des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

6 | Durchschnittliche Wohnfläche und Raumanzahl der Erwerbstätigen mit überwiegendem Arbeitsort zu Hause in Berlin und Brandenburg am 9. Mai 2011 nach Art der Wohnungsnutzung

Art der Wohnungsnutzung	Berlin		Brandenburg	
	Wohnfläche in m ²	Raumzahl	Wohnfläche in m ²	Raumzahl
Von Eigentümer/-in bewohnt	127,6	5,3	125,1	5,6
Zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei).....	79,7	3,6	80,2	4,0

Neuerscheinung

Dritter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder erschienen

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt IT.NRW den *Dritten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011–2013* fertiggestellt. Der Bericht wird von der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) verfasst und von der IntMK herausgegeben. Der Bericht zeigt den Stand der Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bundesländern anhand von Kennzahlen und Indikatoren aus den zentralen Integrationsbereichen Bevölkerung, Rechtliche Integration, Kindertagesbetreuung, Bildung, Arbeitsmarkt, Lebensunterhalt, Wohnen, Kriminalität und interkulturelle Öffnung. Ein Zeitvergleich ermöglicht die Feststellung von Integrationsfortschritten.

Auf Berlin und Brandenburg bezogen stellt der Bericht beispielsweise fest, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in beiden Ländern immer noch sehr unterschiedlich ist. Im Jahr 2013 hatte in Berlin ein Viertel (24,5%) der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in Brandenburg nur ein Zwanzigstel (4,6%). Dabei wurde die im Zensus 2011 verwendete Definition des Migrationshintergrunds zugrunde gelegt. Während im Jahr 2013 in Berlin 13,2% der ausländischen und 6,6% der deutschen Schülerinnen und Schüler ohne Abschlusszeugnis die allgemeinbildende Schule verlassen haben, blieben in Brandenburg 6,3% der ausländischen und 8,4% der deutschen Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss. Dagegen hatten 39,9% der Berliner und 35,9% der Brandenburger 18- bis unter 65-jährigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Hochschulreife erreicht, von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund traf das in Berlin auf 42,1% und in Brandenburg auf 22,6% zu. In beiden Ländern ist die Erwerbstätigenquote bei Personen mit Migrationshintergrund um etwa 20 Prozentpunkte geringer als bei Personen ohne Migrationshintergrund (Berlin: 54,8% und 73,2%; Brandenburg: 56,1% bzw. 75,5%). Das kann eine Ursache dafür sein, dass die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin mit 26,9% und in Brandenburg mit 38,0% nach dem jeweiligen Landes-

maßstab erheblich höher lag als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Berlin: 11,2%; Brandenburg: 13,1%). Für eine umfassende Betrachtung bietet der Bericht eine Vielzahl weiterer Indikatoren aus den verschiedenen Integrationsbereichen an.

Mit der Veröffentlichung des Dritten Berichts ist das Internetportal „Integrationsmonitoring der Länder“ online gegangen. Es präsentiert den aktuellen und alle bisher erschienenen Berichte zum Integrationsmonitoring der Länder und bietet eine komfortable Möglichkeit, die umfangreichen Datentabellen des Berichts abzurufen.



Das Portal ist unter

www.integrationsmonitoring-laender.de erreichbar.

Historisches

Über Inhalt und Methode einer Berliner Schulstatistik Schulstatistik um 1870 – Teil 1

von Jürgen Hübner und Holger Leerhoff

Vorbemerkung

Bei der Beschäftigung mit der 150-jährigen Geschichte der Berliner Statistik im Jahr 2012 wurde sehr umfangreiches Material gesichtet. Einiges davon konnte bei den damaligen Ausarbeitungen nicht berücksichtigt werden. Einer der interessantesten und umfangreichsten Beiträge war im vierten Jahrgang der Schrift *Berlin und seine Entwicklung. Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik* von 1870 enthalten: die Abhandlung „Über Inhalt und Methode einer Berliner Schulstatistik“. Autoren waren der erste Direktor des ‚Statistischen Bureaus‘, Dr. H. Schwabe, und der ebenfalls durch andere Veröffentlichungen aus dieser Zeit nicht ganz unbekannt Dr. F. Bartholomäi. Während in Abschnitt A der 77 Seiten umfassenden Abhandlung das Idealbild einer Schulstatistik für Berlin skizziert wird – was wäre wichtig zu wissen, welche Daten müssten dafür erhoben werden –, wird in Abschnitt B die Situation der Berliner Schulen im Jahr 1867/68 auf Grundlage der tatsächlich vorhandenen Daten beschrieben. Es zeigt sich dabei deutlich, dass das Auseinanderklaffen von (teilweise selbstgesetztem) Anspruch und Wirklichkeit der Statistik nicht erst ein Phänomen unserer Zeit ist.

Aufgrund seiner Länge sowie inhaltlichen Dichte wird der Originalbeitrag in dieser Zeitschrift als Fortsetzungsartikel besprochen. Dazu werden die Kernaussagen orientiert an der Gliederung des Originals wiedergegeben und, wo es sich anbietet, in einen aktuellen Kontext gesetzt. In der vorliegenden und der folgenden Ausgabe wird zunächst der Teil A „Theoretische Zielpunkte der Schulstatistik“ untersucht.

A. Die theoretischen Zielpunkte der Schulstatistik

1. Die Vorlage

Zu Beginn wurde, wie auch heute noch üblich, der Auftrag genau definiert. Grundlage bildete eine „Promemoria“ (Denkschrift) des Berliner Oberbürgermeisters Seydel vom 6. März 1867. Dieser formulierte das Ziel, „eine Statistik des Schulwesens unserer Stadt aus dem Gesichtspunkte herzustellen, welcher sich ergibt, wenn man die bestehenden Schulen, deren Einrichtungen und Leistungen vergleicht mit dem Bildungs=Bedürfnis der städtischen Bevölkerung resp. der verschiedenen Klassen oder Schichten [...]“

Nach Meinung des Oberbürgermeisters müsste man vier soziale Klassen unterscheiden:

- „1. das Proletariat,
2. die Armen,
3. die eigentliche Bürgerschaft,
4. die höheren und höchsten Gesellschaftsklassen“.

Die beiden ersten Klassen unterscheiden sich, so Seydel, auch hinsichtlich ihres Bildungsbedürfnisses: Lediglich arme Eltern – die das Schulgeld nicht zahlen können – müssen zu Recht, „um die Gesittung ihrer Kinder fürchten, wenn dieselben [...] mit den Kindern des eigentlichen Proletariats vermischt werden“.

Zu der in Bildungsbelangen defizitären Lage der Kinder dieser beiden unteren Schichten bemerkt Seydel: Es müsse beachtet werden, „daß die geistige Regsamkeit und Bildsamkeit der Kinder im Großen und Ganzen von dem Hause, von den Umgebungen mit abhängig, daher in den unteren Ständen geringer ist“ und dass man auch weniger von

ihnen erwarten dürfte, da das betreffende Kind „in dem elterlichen Hause nicht findet, was es braucht, vielleicht nicht einmal ein Plätzchen, wo es eine Schularbeit machen kann.“ – Der heutige Bildungsforscher wird dabei umgehend an die Risikolagenkonzeption, der Soziologe an Bourdieus Ausführungen zum Kapitalbegriff denken.

Eine weitere Unterteilung nach noch tiefer differenzierten Bildungsbedürfnissen macht Seydel wiederum in der dritten Klasse, der Bürgerschaft, aus. Hier unterscheidet er vier Gruppen:

- (1) Die der Geringverdiener, die jedoch nicht zu den vom Schulgeld befreiten Armen zählen – da die Gemeindeschulen (öffentlichen Schulen) in Berlin aber durchweg ‚ständegemischt‘ sind, tritt diese Gruppe in der Stadt nicht hervor;
- (2) die Gruppe der Zufriedenen, die mit dem Leistungsspektrum der Gemeindeschulen durchweg zufrieden sind;
- (3) die der leicht Unzufriedenen, die sich für ihre Kinder insbesondere in den höheren Klassen etwas mehr wünschen, als die Gemeindeschule bieten kann;
- (4) die derjenigen Eltern, die ihre Kinder von vornherein auf private Anstalten schicken, an denen „die Klassen nur wenig gefüllt und überwiegend nur Kinder aus den höheren Gesellschaftskreisen zu finden sind“, sodass „ihren Zöglingen eine umfangreiche und höhere Bildung gewährt wird“ – mithin mehr, als an gewöhnlichen Gemeindeschulen geleistet werden kann.

Dem von Seydel formulierten Hauptziel – der Klärung der Frage nämlich, ob das Schulangebot in Quantität und Qualität der bestehenden Nachfrage entspricht – müsste man sich auf verschiedenen Wegen nähern. Vergleichsweise unproblematisch ist nach Einschätzung des Oberbürgermeisters die Analyse der Beschulung insgesamt, die Gegenüberstellung der schulpflichtigen Kinder und der beschulten Kinder (im schulpflichtigen Alter). Ob aber „die Schulen der Zahl und Einrichtung nach dem Bildungsbedürfnis der verschiedenen Volksklassen entsprechen“, dürfte nur über Umwege herauszufinden sein – etwa über die Entwicklung des Umfangs des Privatunterrichts, der den Unterricht der Gemeindeschule ersetzt oder ergänzt. Auch geeignet wäre eine Betrachtung der Entwicklung der Anzahl von Schülern, die Schulformen besuchen, deren Bildungsgänge und -abschlüsse von den entsendenden Eltern eigentlich nicht für die Kinder vorgesehen sind, was sich an

Abgängen vor dem Erreichen der schulartspezifischen Abschlüsse erkennen ließe: Auf die heutige Zeit bezogen könnte man die Unzufriedenheit der Eltern mit der Integrierten Sekundarschule etwa daran erkennen, dass sie ihre Kinder, ob schon sie ‚nur‘ einen mittleren Schulabschluss für sie vorsehen, bis zur zehnten Klasse auf das Gymnasium schicken.

Der Oberbürgermeister gesteht ein, dass es sich um ein schwieriges Unterfangen handelt, „aber der Versuch wird einmal gemacht werden müssen, wenn wir bei der Organisation und Fortbildung unseres Schulwesens aus [...] dem Tasten und Wandeln im Dunkeln herauskommen wollen.“ – Die Bildungsstatistik sollte entsprechend steuerungsrelevantes Wissen liefern, die Politik mit Fakten versorgen, nach der sie ihr Handeln auszurichten gedachte.

Abschließend gibt Seydel den Auftrag: „Ich wünsche nur die Aufmerksamkeit des statistischen Büreaus auf diesen Gegenstand, der gerade jetzt bei den vorliegenden Fragen von großer Wichtigkeit ist, zu lenken und bitte denselben zu erwägen und mit mir zu besprechen.“

Der Reaktion des angesprochenen Statistikamtes nach scheint der Oberbürgermeister mit seinem Auftrag offene Türen eingearannt zu haben, denn der daraufhin von den Dres. Schwabe und Bartholomäi entfaltete Entwurf einer Schulstatistik und die Bestandsaufnahme der vorliegenden Daten gehen weit über das Verlangte hinaus.

Fortsetzung folgt

Dr. Jürgen Hübner war bis zu seinem Ausscheiden im Mai 2014 verantwortlich für die Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg.

Dr. Holger Leerhoff ist Referent für *Bildungsanalysen* beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.



Einladung zur Konferenz

19. Konferenz „Messung der Preise“

16. und 17. Juni 2015

Die Preisentwicklung ist von hoher Bedeutung für die Beurteilung makro-ökonomischer Entwicklungen. Neben Methoden und Ergebnissen der Preisstatistiken sollen auch die Möglichkeiten der Regionalisierung von Preis- und Mietentwicklungen Schwerpunkte der diesjährigen Veranstaltung sein.

Anmeldungen richten Sie bitte an:

Preise@statistik-bbb.de

Veranstaltungsort
Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin

Informationen zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/messung-der-preise.asp>

Die Konferenzreihe dient dem Gedankenaustausch zwischen Theoretikern, Nutzern der Preisstatistiken und der amtlichen Statistik. Seit 1995 wird die Konferenz vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in Kooperation mit anderen Partnern an wechselnden Orten organisiert. In diesem Jahr findet die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin statt.

Einladung zum Kolloquium

8. Berliner VGR-Kolloquium

18. und 19. Juni 2015

Mit der aktuellen VGR-Revision 2014 sind Blicke auf die Methoden und Ergebnisse angebracht. Aber auch die Möglichkeiten einer gestiegenen Vergleichbarkeit der EU-Gesamtrechnungen, bereits anstehende Weiterentwicklungen sowie Zahlungsbilanzen und Außenhandel sind Schwerpunkte der diesjährigen Veranstaltung.

Beiträge zu diesen und anderen Themen können gerne noch eingereicht werden.

Anmeldungen richten Sie bitte an:

vgr@statistik-bbb.de

Veranstaltungsort
Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg
Standort Berlin

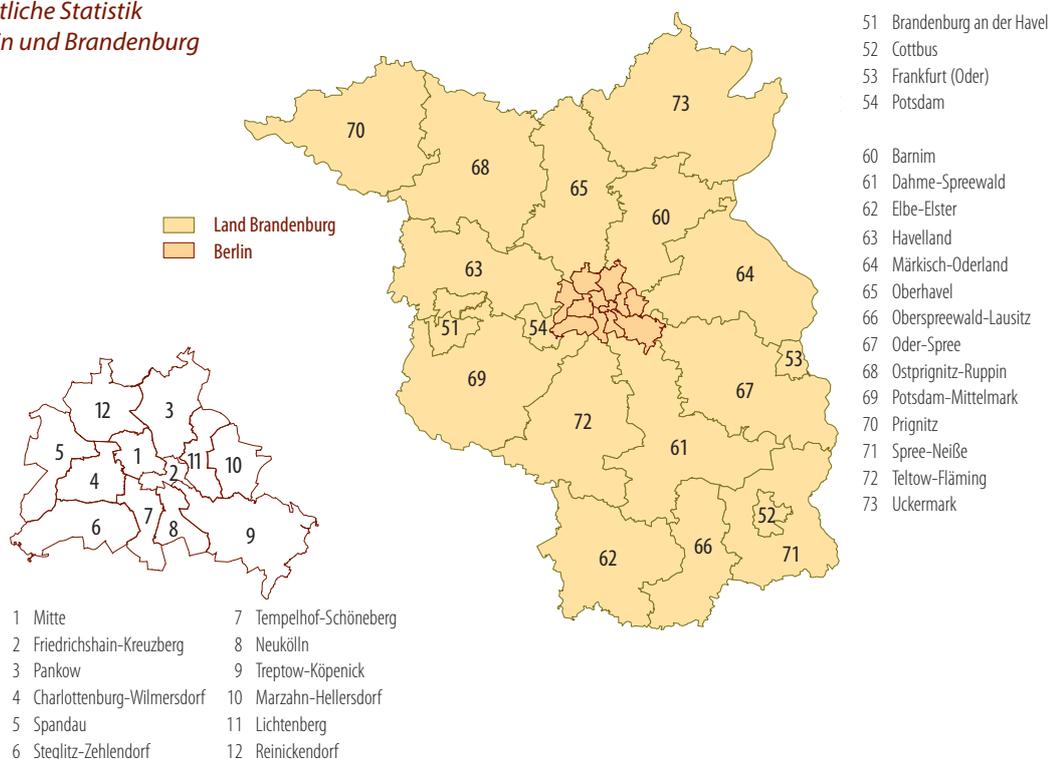
Informationen zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter:
<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/vgr-kolloquium.asp>

Das Kolloquium dient dem Gedankenaustausch zwischen Theoretikern, Nutzern und der amtlichen Statistik. Seit 2008 wird das VGR-Kolloquium einmal jährlich durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ausgerichtet.

statistik Berlin Brandenburg

- | Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.
- | Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflicht.
- | Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.
- | Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.
- | Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.
- | Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg



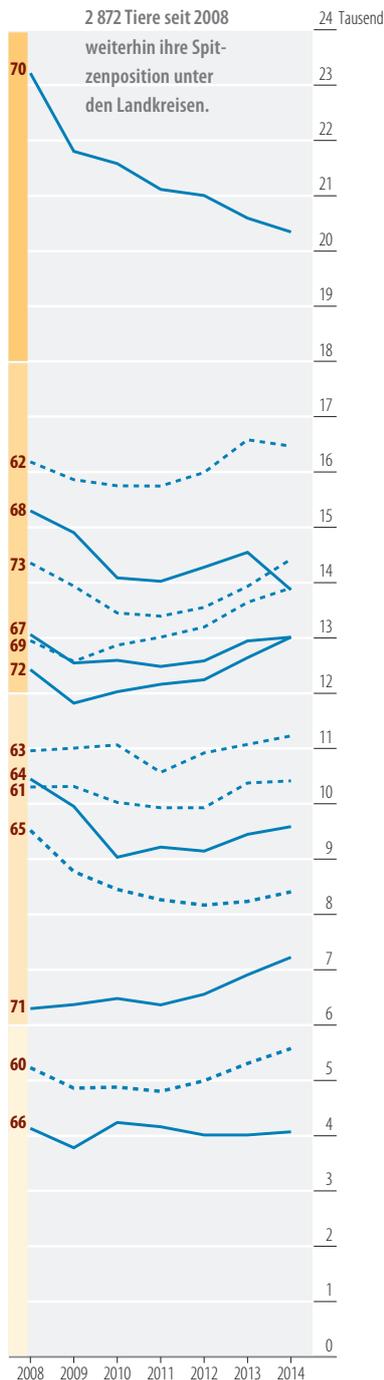
Unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

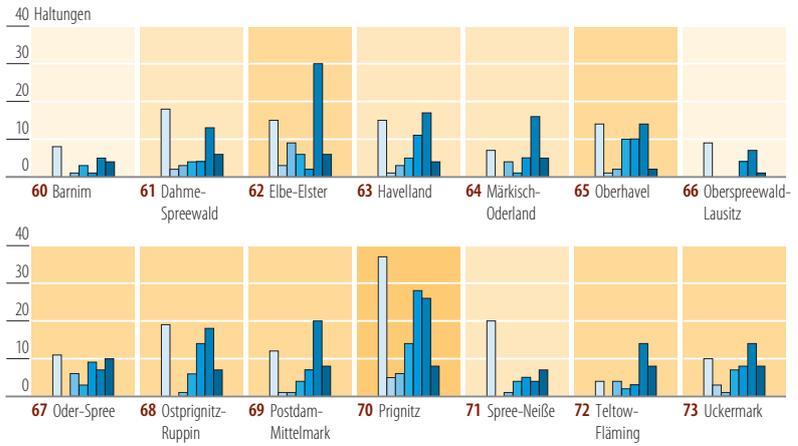
finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

Milchkühe im Land Brandenburg 2014

Am 3. November 2014 gab es im Land Brandenburg **163 871 Milchkühe** – 1 264 mehr als ein Jahr zuvor. Die Prignitz (70) behauptete trotz eines Rückgangs um 2 872 Tiere seit 2008

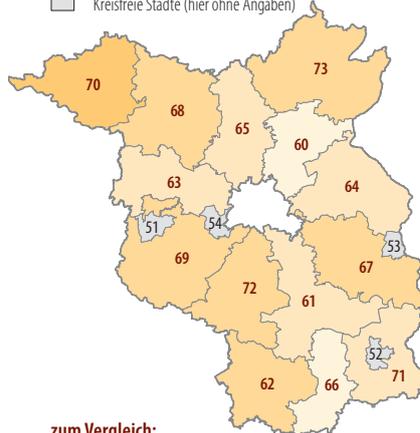


weiterhin ihre Spitzenposition unter den Landkreisen.



Milchkühe in den Landkreisen

- unter 6 000
- 6 000 bis unter 12 000
- 12 000 bis unter 18 000
- 18 000 und mehr
- Kreisfreie Städte (hier ohne Angaben)



Insgesamt gab es im Land Brandenburg **733** Haltungen mit Milchkühen, 8 weniger als im Vorjahr.

Haltungen mit ... Milchkühen

Die Gruppe mit 200 bis unter 500 Milchkühen ist mit 208 Haltungen am größten, die meisten Tiere (72 496) stehen jedoch in Haltungen mit über 500 Milchkühen.

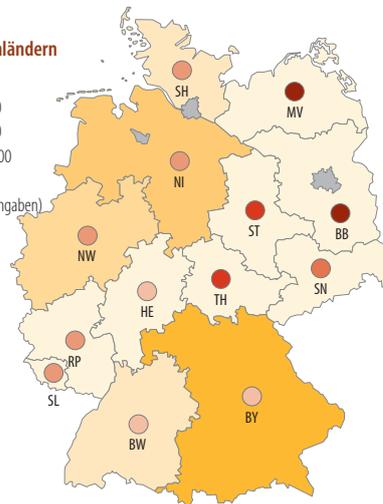
- unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 bis unter 50
- 50 bis unter 100
- 100 bis unter 200
- 200 bis unter 500
- 500 und mehr

zum Vergleich:

Bayern hatte 2014 mit 1 216 166 Milchkühen den größten Bestand unter den Bundesländern. Brandenburg folgt an 8. Stelle.

Milchkühe in den Flächenländern

- bis unter 200 000
- 200 000 bis unter 400 000
- 400 000 bis unter 700 000
- 700 000 bis unter 1 000 000
- 1 000 000 und mehr
- Stadtstaaten (hier ohne Angaben)



Am 3. November 2014 verfügte Brandenburg mit **224 Milchkühen je Haltung** über die im Durchschnitt größten Milchkühhaltungen Deutschlands, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 215 und Sachsen-Anhalt mit 194 Milchkühen je Haltung.

Milchkühe je Haltung

- bis unter 50
- 50 bis unter 100
- 100 bis unter 150
- 150 bis unter 200
- 200 und mehr